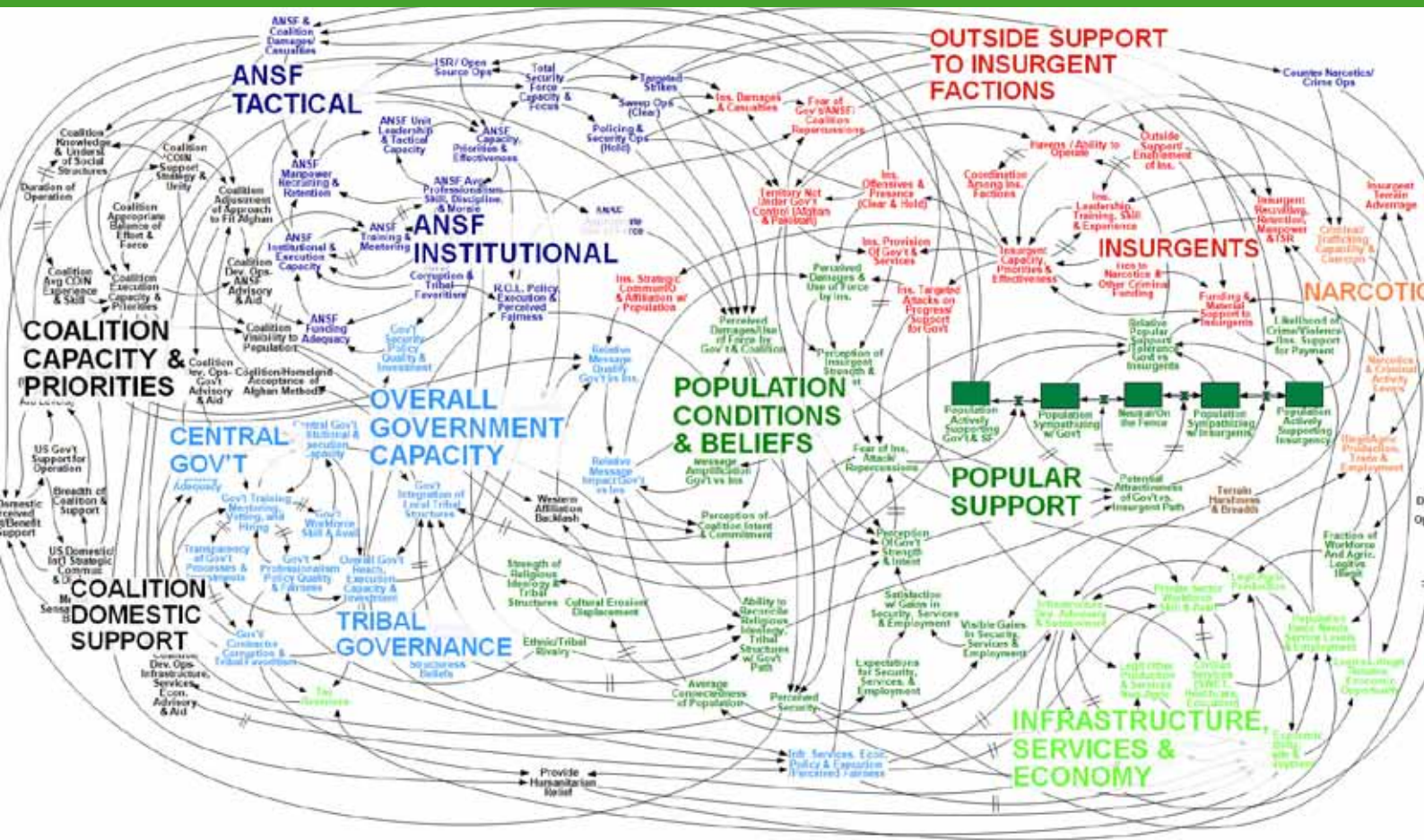


# Experimentierfeld Afghanistan

## Zehn Jahre Krieg und kein Ende in Sicht

Haid/Schürkes/Wagner



„Wenn wir diese Grafik verstanden haben, haben wir den Krieg gewonnen!“  
Stanley McChrystal im Herbst 2009, damals noch Oberkommandierender der NATO  
in Afghanistan, bei einem Vortrag über die Schwierigkeiten der Aufstandsbekämpfung.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	<b>3</b>	6.4 Den Bürgerkrieg anheizen, die korrupte Regierung bewaffnen .....	46
<b>Teil I: Afghanistan: Hausgemachte Eskalation</b> .....	<b>4</b>	6.5 SSR als NATO-Standardkonzept .....	47
<b>1. Afghanistan: Der Krieg und die Interessen des Westens</b> .....	<b>4</b>	<b>7. Afghanistan: Militarisierung Deutschlands</b> .....	<b>48</b>
1.1 Geopolitik .....	4	7.1 Armee im Einsatz: Deutschland wird am Hindukusch verteidigt .....	48
1.2 ...und Pipelinepoker .....	5	7.2 Interessen: Neue Ehrlichkeit .....	48
1.3 Afghanistan Inc.! Rohstoffe und die Ausplünderung Afghanistans .....	8	7.3 Barbarisierung des Diskurses .....	50
1.4 Afghanistan: Lackmustest für die Zukunft der NATO .....	12	7.4 Vernetzte Sicherheit, Aufstandsbekämpfung und Militarisierung der Entwicklungshilfe .....	51
<b>2. Die NATO im Krieg: Vom Stabilitätsexport zur Aufstandsbekämpfung</b> .....	<b>13</b>	7.5 Etikettenschwindel Sparzwang: Bundeswehr-Umbau und Militarisierung der Gesellschaft .....	51
2.1 Phasenweise in den Krieg: Stationen der ISAF-Expansion ..	13	7.6 Militärjustiz – Sonderrecht für deutsche Soldaten? .....	53
2.2 Truppen für die Aufstandsbekämpfung .....	15	7.7 Militarisierung der Innenpolitik .....	54
2.3 Brutalisierung des Krieges .....	16	<b>Teil III: Quo vadis Afghanistan?</b> .....	<b>55</b>
2.4 Die Logistik des Krieges und die Kontrolle Zentralasiens ..	18	<b>8. Bürgerkrieg – Parzellierung – UN-Protectorat?</b> .....	<b>55</b>
<b>3. Deutschlands Schritte über den Rubikon: Per Salamatik in den Krieg</b> .....	<b>22</b>	8.1 Nebelkerze Truppenabzug .....	55
3.1 Interessensgeleitete Verantwortungsrhetorik .....	22	8.2 Übergabestrategie in Verantwortung? .....	56
3.2 Scheibchenweise in den Krieg .....	23	8.3 Dauerbürgerkrieg unter westlicher Beaufsichtigung .....	56
<b>4. Staatsaufbau à la NATO: Fassadendemokratie, Neo-liberales Nation Building und Guerillakrieg im Eigenbau</b> .....	<b>27</b>	8.4 Planspiele: UN-Protectorat oder Komplettzerschlagung? ..	57
4.1 Autoritäre Scheindemokratie ohne jegliche Legitimität ..	28	<b>Fazit</b> .....	<b>59</b>
4.2 Der neoliberale Umbau Afghanistans .....	32	<b>Kästen:</b>	
4.3 Humanitäre Katastrophe .....	33	Eine kurze Geschichte Afghanistans .....	6
4.4 Alles Taliban? .....	35	Afghanistan und das Völkerrecht .....	10
4.5 Eskalation in Afghanistan: Das Drama in Zahlen .....	36	Drohnen & gezielte Tötungen .....	17
<b>Teil II: Afghanistan: Meilenstein für die Militarisierung von Politik und Gesellschaft</b> .....	<b>37</b>	Aufstandsbekämpfung - Das Vorbild Faluddscha .....	24
<b>5. Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung: Prototyp für die NATO-Kriege der Zukunft?</b> .....	<b>37</b>	Auf Konfrontationskurs mit dem humanitären Völkerrecht ..	27
5.1 Neo-Kolonialismus und die „Logik“ des Comprehensive Approach .....	38	Krieg für Frauenrechte .....	29
5.2 Afghanistan: Offenbarungseid Zivil-militärischer Aufstandsbekämpfung .....	39	Boom-Branche Drogenanbau .....	34
5.3 Die Institutionalisierung des Comprehensive Approach ..	41	Krieg für Frauenrechte .....	24
<b>6. Stunde der Stellvertreter - Aufbau lokaler Repressionsorgane</b> .....	<b>43</b>		
6.1 Eine Polizei zur Aufstandsbekämpfung .....	43		
6.2 Eine Armee für einen anhaltenden Bürgerkrieg .....	45		
6.3 Korrupt, brutal, verhasst: Die Sicherheitskräfte und die Bevölkerung .....	45		

## Impressum:

Herausgeber von „Experimentierfeld Afghanistan - Zehn Jahre Krieg und kein Ende in Sicht“ ist die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Autoren: Micheal Haid, Jonna Schürkes, Jürgen Wagner

Erscheinungszeitpunkt: November 2011

Erscheint als Supplement zum IMI-Magazin AUSDRUCK  
Dez. 2011, ISSN 6153-2115

IMI, Hechinger Str. 203

72072 Tübingen

[imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)/[www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.

## Einleitung

Zehn Jahre nach seinem Beginn liegt das sorgsam um den Afghanistan-Krieg herum gebaute Lügegebäude in Trümmern: Was dem größtenteils passiv-ablehnenden westlichen Publikum als „bewaffnete Entwicklungshilfe“ verkauft wurde, entpuppt sich mehr und mehr als brutale Aufstandsbekämpfung. Der afghanischen Bevölkerung, der blühende Landschaften versprochen wurden, hat der Krieg unsägliches Leid gebracht.

Mittlerweile ist eine beängstigende Eskalationsspirale in Gang gesetzt worden, die zur Folge hat, dass die Intensität der Kampfhandlungen jährlich zunimmt. Im ersten Teil dieser Broschüre soll deshalb dargestellt werden, dass es die westliche Kriegspolitik ist, die hierfür die maßgebliche Verantwortung trägt: Die rücksichtslose Durchsetzung geostrategischer und ökonomischer Interessen, die Brutalisierung der westlichen Kriegsführung, die Etablierung einer autoritären Fassadendemokratie sowie der neoliberale Umbau des Landes und die Verarmung der Bevölkerung. Das sind die maßgeblichen Faktoren, die zur Eskalation des Krieges geführt haben. Die westlichen Truppen sind Teil des Problems und nicht die Lösung für die Probleme der afghanischen Gesellschaft – sie müssen sofort aus dem Land abgezogen werden.

Dies scheint aber eine der wenigen Optionen zu sein, die von westlicher Seite nicht in Betracht gezogen wird. Alle gegenwärtigen Planungen deuten darauf hin, dass der Krieg noch viele Jahre – auch über das angebliche Abzugsdatum 2014 hinaus – fortgesetzt werden wird. So stellte der neue NATO-Oberkommandierende für Afghanistan, John Allen, Anfang Oktober 2011 unmissverständlich klar: „Der Plan ist es, zu gewinnen. Der Plan ist, erfolgreich zu sein. Und deshalb werden wir, auch wenn einige Leute meinen zu hören, wir würden 2014 abziehen, [...] tatsächlich noch für eine lange Zeit dort bleiben.“<sup>1</sup> Der Grund hierfür liegt vor allem darin, dass ein „Scheitern“ in Afghanistan es der NATO nahezu unmöglich machen würde, künftig ähnlich gelagerte Einsätze zur Unterwerfung renitenter Staaten und zur Durchsetzung eigener Interessen durchzuführen. Ronald Naumann, bis 2007 US-Botschafter in Afghanistan, bringt das Dilemma der NATO-Strategen auf den Punkt: „Die NATO ist die fundamentale Verpflichtung eingegangen, in Afghanistan zu gewinnen. Und entweder wird sie gewinnen, oder sie wird als Organisation scheitern.“<sup>2</sup>

Deshalb werden krampfhaft Mittel und Wege gesucht, um den Einsatz auf Biegen und Brechen doch noch „siegreich“ beenden zu können. Statt aus der erschreckenden Eskalationsspirale die einzig richtige Schlussfolgerung zu ziehen und abzurücken, wird per „Versuch und Irrtum“ ein Konzept nach dem anderen erprobt, um Afghanistan doch noch unter Kontrolle zu bekommen: „Seit Ende 2001 stochert die internationale Gemeinschaft im Nebel, probiert aus, erleidet Rückschläge und kann nur darauf

hoffen, dass eine Änderung in ihrer Strategie endlich doch noch zum Erfolg führt. Vielleicht noch schlimmer: Unter Umständen würde sie den Erfolg gar nicht erkennen.“<sup>3</sup>

Anfang Dezember 2011 steht der nächste wichtigste Termin an, an dem die „internationale Gemeinschaft“ beabsichtigt, weiter an der Zukunft Afghanistan herumzuxperimentieren. Zehn Jahre nach den fatalen Entscheidungen der ersten Konferenz auf dem Bonner Petersberg, sollen dort erneut die Weichen für die weitere westliche Kriegspolitik gestellt werden. Im zweiten Teil der Broschüre sollen deshalb die derzeitigen Konzepte vorgestellt werden, mit denen auf dem „Experimentierfeld Afghanistan“ versucht wird, den Aufstand niederzuschlagen. Die dabei zur Anwendung kommenden Strategien – der Aufbau lokaler Repressionsorgane und die zivil-militärische Aufstandsbekämpfung – sollen nach gegenwärtigen Planungen auch bei anderen künftigen Einsätzen zur Anwendung kommen, und zwar obwohl sich die katastrophalen Auswirkungen dieser Konzepte bereits heute abzeichnen. Der Afghanistan-Krieg ist somit ein wesentlicher Faktor, der zu einer weiteren Militarisierung von Politik und Gesellschaft führt. Dies gilt insbesondere für Deutschland, wo der Afghanistan-Einsatz zum Ausgangspunkt für eine dramatische „Enttabuisierung des Militärischen“ (Gerhard Schröder) geworden ist.

Eine aktuelle Bilanz, was zehn Jahre Afghanistan-Krieg „bewirkt“ haben, fällt dementsprechend ernüchternd aus: „Das Übergewicht des Militärischen dürfte in der deutschen Außenpolitik auch in Zukunft spürbar werden. Die Wehrpflicht ist abgeschafft, die Bundeswehr soll eine professionelle Armee aus effizienten, hoch gerüsteten Kämpfern werden. Man will sich vorbereiten auf die nächste Intervention. Denn die kommt bestimmt. Wozu diese Armee dienen wird, welche Interessen sie verfolgen soll, ob sie erreichbar sind, in welches Verhältnis Deutschland mit dieser unübersichtlichen Welt treten will – auf all diese Fragen gibt es keine Antwort, genauso wenig wie es während der zehn Jahre Afghanistan darauf schlüssige Antworten gab.“<sup>4</sup>

Dennoch wird weiter suggeriert, es gäbe diese schlüssigen Antworten. Deshalb soll im dritten Teil der Versuch einer Einschätzung unternommen werden, wie sich die Lage in Afghanistan weiterentwickeln wird. Leider deutet dabei vieles darauf hin, dass dem Land und seiner Bevölkerung eine düstere Zukunft bevorsteht. Ein wesentlicher Faktor um dies abzuwenden wäre ein sofortiger Abzug der westlichen Truppen, was auch die Kernforderung der Proteste gegen die Petersberg-Konferenz im Dezember 2011 darstellt. Diese Broschüre soll dabei einen Beitrag zur Mobilisierung leisten, denn von allein werden die Herrschenden nicht von ihrer Kriegspolitik abrücken.

1 Smith, Jack A.: America's Endless Wars in Afghanistan and Iraq, Globalresearch.ca, 25.10.2011.

2 „Nicht gleich zum Feigling werden“, Spiegel Nr.39/2006.

3 Tettweiler, Falk: Lernen in Interventionen? Evaluation am Beispiel der deutschen Afghanistan-Mission, SWP-Studie, September 2011, S. 5.

4 Ladurner, Ulrich: Der afghanische Gast. Wie hat der Einsatz Deutschland verändert?, in: Internationale Politik, November/Dezember 2011.

### 1. Afghanistan: Der Krieg und die Interessen des Westens

Vieles deutet darauf hin, dass eine Mixtur aus geostrategischen und ökonomischen Interessen ausschlaggebend für die Entscheidung der Vereinigten Staaten war, in der dann praktizierten Form auf die Anschläge des 11. September 2001 zu reagieren – nämlich mit einem Krieg gegen Afghanistan zur Beseitigung des Taliban-Regimes (zu einem spezifisch deutschen Interesse s. 3.1). Tatsächlich existieren zahlreiche Belege, dass eine solche Militärintervention bereits vor den Anschlägen zumindest ernsthaft in Erwägung gezogen worden war – Afghanistan bot sich somit zynisch gesagt aus verschiedenen Gründen als Angriffsziel geradezu an.<sup>5</sup> Eine Verhandlungslösung war jedenfalls nicht erwünscht, denn wie sonst ließe sich erklären, dass das Angebot der Taliban, Osama Bin Laden, der für die Attentate verantwortlich gemacht wurde, auszuliefern, von US-Seite barsch abgelehnt wurde – augenscheinlich sollte der Krieg unter allen Umständen geführt werden.<sup>6</sup>

Wie später bei der Invasion des Iraks war man sich wohl sicher, Afghanistan ohne allzu große Probleme unter Kontrolle bringen zu können.<sup>7</sup> Kein Entscheidungsträger schien vorhergesehen oder befürchtet zu haben, dass die NATO innerhalb von zehn Jahren in einen Guerillakrieg geraten würde, der mittlerweile immer alptraumhaftere Züge annimmt. Die personellen, finanziellen und politischen Kosten des Kriegs haben dabei für den Westen schon lange jeden denkbaren unmittelbaren ökonomisch-strategischen „Nutzen“ weit überschritten. Doch ein Truppenabzug steht entgegen allen vollmundigen Erklärungen nicht zur Debatte (siehe 8.1).

Augenscheinlich muss der Krieg unter allen Umständen – koste es was es wolle – „siegreich“ beendet werden, zumindest scheint aber das Minimalziel darin zu bestehen, dauerhaft eine pro-westliche „Regierung“ in Afghanistan

zu etablieren, was ohne westliche Militärpräsenz illusorisch ist. Dies lässt sich mit „profanen“ geostrategischen oder gar ökonomischen Interessen kaum mehr erklären. Der Grund hierfür liegt vielmehr darin, dass in Afghanistan inzwischen weit mehr auf dem Spiel steht: Am Hindukusch wird sich entscheiden, ob die NATO künftig in der Lage sein wird, westliche Interessen auch in anderen Ländern gewaltsam durchzusetzen. Scheitert sie dabei, steht ihre Existenz – und damit auch der gesamte westliche Vormachtanspruch – auf dem Spiel. Treffend fasste dies etwa der letzte republikanische Präsidentschaftskandidat, John McCain, folgendermaßen zusammen: „Die Zukunft des Bündnisses hängt untrennbar mit den Ergebnissen in Afghanistan zusammen. [...] Wenn die NATO in Afghanistan versagt, ist es schwierig sich vorzustellen, dass die Allianz weitere ‚harte‘ Operationen innerhalb oder außerhalb des Bündnisses unternimmt, und ihre Glaubwürdigkeit würde schweren Schaden nehmen.“<sup>8</sup>

#### 1.1 Geopolitik...

Mit dem Untergang der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre errang der von den Vereinigten Staaten angeführte Westen zumindest vorübergehend die unangefochtene weltweite Vormachtstellung. Seither ist es das erklärte Ziel der USA (mit den mal mehr, mal weniger enthusiastisch folgenden EU-Verbündeten im Schlepptau), das Aufkommen eines neuen machtpolitischen Rivalen unter allen Umständen zu verhindern. Formuliert wurde dieses Bestreben bereits 1992 in der unter Präsident George Bush senior verfassten „Defense Planning Guidance“ (DPG) des US-Verteidigungsministeriums: „Unser erstes Ziel ist es, das Entstehen eines neuen Rivalen, ob auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo, zu verhindern, der eine Bedrohung ähnlicher Ordnung wie die frühere Sowjetunion darstellen könnte. Dieser Gedanke bestimmt grundlegend die neue regionale Verteidigungsstrategie, dies erfordert, dass wir jegliche Macht daran hindern, eine Region zu beherrschen, deren Ressourcen, sofern unter ihrer Kontrolle, ausreichen würden, eine neue Großmacht zu werden.“<sup>9</sup>

Zwar können diese recht unverhohlenen Drohungen auch als Warnung an einige US-Verbündete (v.a. Japan und Deutschland) interpretiert werden, Hauptadressaten waren (und sind) aber in erster Linie Russland und Chi-

5 So war die Unterstützung für einen Militärschlag als Reaktion auf die Anschläge des 11. September 2001 sowohl in der Regierung als auch in der Bevölkerung enorm. Allerdings stand Afghanistan nicht ganz oben auf der Prioritätenliste. Wie inzwischen hinlänglich belegt ist, drängten einflussreiche Kräfte in der Bush-Administration bereits unmittelbar nach Amtsantritt der US-Regierung und verstärkt nach den Anschlägen des 11. September 2001 auf einen sofortigen Angriff auf den Irak. Der einzige Grund, weshalb hiervon zunächst Abstand genommen wurde, lag darin, wie u.a. der damalige Finanzminister Paul O'Neill angab, dass dies beim besten Willen nicht vermittelbar gewesen wäre. Dies spricht allerdings nicht dagegen, dass auch für den Angriff auf Afghanistan strategische und ökonomische Motive ausschlaggebend waren. Vgl. Suskind, Ron: *The Price of Loyalty: George W. Bush, the White House, and the Education of Paul O'Neill*, New York 2004.

6 Kompromisslinie. Taliban erwägen Auslieferung Bin Ladens an Drittstaat, Spiegel Online, 14.10.2001.

7 Vgl. Neighbour, Sally: *How We Lost the War: Afghanistan a Decade on from September 11*, *The Monthly*, September 2011.

8 McCain, John, Rede auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 10.02.2007.

9 Die ersten Auszüge wurden veröffentlicht bei Tyler, Patrick E.: *Pentagon Drops Goal of Blocking New Superpowers*, *The New York Times*, 24.05.1992.

na. Die Kernelemente der „Defence Planning Guidance“ fanden sich in den Folgejahren in nahezu sämtlichen Dokumenten der Clinton-Administration und bestimmten seither maßgeblich die amerikanische Politik: „Obwohl sich US-Offizielle damals öffentlich von der DPG distanzieren, haben ihre Logik und Argumente tatsächlich die US-Sicherheitspolitik bestimmt. [...] In der Tat folgten die US-Politiker konsequent einer Strategie, die ein klares Ziel verfolgte – die Bewahrung der überragenden amerikanischen Position in der Welt.“<sup>10</sup>

Vor allem aber die seit dem Jahr 2000 (unter zweifelhaften Umständen) ins Amt gewählte Regierung unter Präsident George W. Bush jr. verfolgte eine überaus aggressive Machtpolitik, die zum Ziel hatte, die amerikanische Vormachtstellung so weit wie möglich auszubauen und abzusichern.<sup>11</sup> Dies ist insofern nicht weiter verwunderlich, als die Personen, die bereits die „Defense Planning Guidance“ verfasst hatten, sich nun erneut an Schlüsselstellen der US-Regierung befanden und deren Politik nahezu im Alleingang bestimmten. In Auftrag gegeben wurde die DPG seinerzeit von Dick Cheney, damals Verteidigungsminister und zum Zeitpunkt der US-Angriffe auf Afghanistan US-Vizepräsident. Angefertigt wurde das Dokument von Paul Wolfowitz, in der zweiten Bush-Administration stellvertretender Verteidigungsminister und von Zalmay Khalilzad, der zwischen 2003 und 2005 zum US-Botschafter – de facto Statthalter – in Afghanistan „befördert“ wurde.<sup>12</sup>

Ein wesentliches Element zum Erhalt der amerikanischen Vorherrschaft ist es dabei, so nah wie nur möglich an den Grenzen potenzieller Rivalen eine dauerhafte Militärpräsenz zu errichten, um so deren etwaige Versuche, ihre Einflussphäre auszuweiten, im Keim ersticken zu können. Wie etwa Zbigniew Brzezinski, der Spiritus rector der amerikanischen Geopolitik nach dem Kalten Krieg, ausführt, geht es dabei im Falle Russlands vor allem um die Länder der kaspischen Region, in der darüber hinaus auch noch große Öl- und Gasvorkommen lagern. Dazu gehören neben dem Südkaukasus, also Armenien, Aserbaidschan sowie Georgien, auch die fünf zentralasiatischen Staaten.<sup>13</sup>

Ausgehend von den in der „Defence Planning Guidance“ festgeschriebenen Prioritäten liegt somit die Vermutung

nahe, dass ein wesentliches US-Kriegsziel darin bestand, mit einer dauerhaften Militärpräsenz das geopolitische Gleichgewicht der Region zugunsten Washingtons zu verschieben und die rohstoffreiche Region unter Kontrolle zu bringen. Afghanistan spielt dabei bis heute eine wichtige Rolle.

## 1.2 ...und Pipeline-Poker

Afghanistan „erfreute“ sich schon mehrfach verstärkter westlicher Aufmerksamkeit. Die Bevölkerung hat somit viele (schlechte) Erfahrungen mit äußeren Einmischungen. Im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts war es das British Empire und zwischen 1979 und 1989 wurde das Land zum Schauplatz eines – von den USA provozierten – blutigen Stellvertreterkrieges zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.<sup>14</sup> Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen und dem Ende der Blockkonfrontation wurde die zuvor hochgerüstete Bevölkerung dann sich selbst und ihrem Bürgerkrieg überlassen, der zunächst einmal niemanden wirklich interessierte. Erst etwa Mitte der 1990er Jahre erwachte das Interesse aufs Neue. Der Grund lag in den enormen Öl- und Gasvorkommen der angrenzenden kaspischen Region, um deren Kontrolle harte Auseinandersetzungen zwischen den USA und Russland entbrannt waren, die bis heute andauern. Afghanistan sollte in den Planungen Washingtons einen zentralen Transitkorridor darstellen, um das damals bestehende russische Transportmonopol zu brechen und die Region so dem Zugriff Moskaus zu entziehen (unter gleichzeitiger Umgehung des Irans).<sup>15</sup>

10 Mastanduno, Michael: Preserving the Unipolar Moment: Realist Theories and U.S. Grand Strategy After the Cold War, in: Kapstein, Ethan B./Mastanduno, Michael (eds.): Unipolar politics: realism and state strategy after the Cold War, New York 1999, S. 138-181, S. 152, 139.

11 Vgl. zur US-Strategie unter George W. Bush etwa Halper, Stefan/Clarke, Jonathan: America Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order, Cambridge 2004.

12 Als dritte Person war noch Lewis Libby beteiligt, der später der Stabschef von Dick Cheney in der zweiten Bush-Administration wurde. Wichtige Inputs kamen noch von Richard Perle, Andrew Marshall und Albert Wohlstetter. Vgl. Mann, James: Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet, New York 2004, S. 209 ff.

13 Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht, Weinheim und Berlin 1997; vgl. zB auch den Staatssekretär im Verteidigungsministerium der zweiten Bush-Regierung Rodman, Peter W.: Uneasy Giant: The Challenges To American Preponderance, The Nixon Center, Washington D.C. 2000, S. 24f.

14 Mittlerweile ist belegt, dass die USA den sowjetischen Einmarsch bewusst provozierten und dass Zbigniew Brzezinski hierbei eine wesentliche Rolle gespielt hatte: „Seit dem 5. Dezember 1978 hatte die prosovjetische Regierung der Demokratischen Volkspartei Afghanistans einen ‚Freundschafts- und Beistandspakt‘ mit der Sowjetunion. [...] Gemäß der offiziellen amerikanischen Version der Geschichte begann die Unterstützung der Mudschaheddin durch die CIA erst im Laufe des Jahres 1980, also nach dem Eingreifen der sowjetischen Armee in Afghanistan am 24. Dezember 1979. Laut einem Interview Brzezińskis mit der französischen Zeitschrift ‚Le Nouvel Observateur‘ vom Januar 1998 setzte die amerikanische Unterstützung der fundamentalistischen Mujaheddin dagegen schon am 3. Juli 1979 ein, also fast ein halbes Jahr vor der Invasion. Präsident Carter unterschrieb an diesem Tag die erste Direktive für eine geheime Unterstützung der Mudjahedin. Brzeziński war sich bewusst, dass diese Aktionen das Risiko für eine militärische Intervention der Sowjets erheblich erhöhen würden. Z. Brzezinski: ‚Diese verdeckte Operation war eine hervorragende Idee. Sie bewirkte, dass die Russen in die afghanische Falle tappten [...]. Am Tag, an dem die Russen offiziell die Grenze überschritten, schrieb ich Präsident Carter: Jetzt haben wir die Möglichkeit, der UdSSR ihren Vietnamkrieg zu liefern. Und tatsächlich sah sich Moskau während der folgenden 10 Jahre gezwungen, einen Krieg zu führen, den sich die Regierung nicht leisten konnte, was wiederum die Demoralisierung und schließlich den Zusammenbruch des sowjetischen Herrschaftsgebiets zur Folge hatte.‘“ (Wikipedia: Zbigniew Brzeziński).

15 „Falls die wichtigsten Ölleitungen in der Region weiterhin durch russisches Territorium zum russischen Absatzmarkt in Nowosibirsk verlaufen, werden sich die politischen Konsequenzen, auch ohne daß die Russen die Muskeln spielen lassen, bemerkbar machen. Die Region wird eine politische Dependence bleiben und Moskau

## Eine kurze Geschichte Afghanistans

**Größe 650.000 km<sup>2</sup> (Deutschland ca. 350.000 km<sup>2</sup>), ca. 32 Mio. Einwohner**

**1839-1842:** Erster britisch-afghanischer Krieg. Das Ziel Großbritanniens war es, Afghanistan zu besetzen und Indien anzugliedern, was aber scheiterte.

**1878-1880:** Zweiter britisch-afghanischer Krieg.

**1919:** Ende des dritten britisch-afghanischen Krieges. Im späteren Vertrag von Kabul (1921) wird die Unabhängigkeit des Landes von Großbritannien und Russland anerkannt.

**1973:** Ende der Monarchie. Ausrufung der Republik Afghanistan durch Daoud Khan, der sofort alle Staatsämter übernimmt.

**1978:** Daoud Khan wird gestürzt und hingerichtet. Die „Demokratische Republik Afghanistan“ wird ausgerufen. Aufgrund der sozialistischen Ausrichtung beginnt nahezu gleichzeitig die US-Unterstützung des Widerstands der Mudschaheddin – also lange vor dem sowjetischen Einmarsch (Zbigniew Brzezinski: „Die Sowjets in die afghanische Falle tappen lassen.“).

**Dezember 1979:** Einmarsch Sowjetunion: Zehnjähriger Stellvertreterkrieg.

**1989:** Abzug der Sowjettruppen.

**1989-1995:** Bürgerkrieg verschiedener Mudschaheddin-Gruppen.

**1996:** Nachdem die Taliban im Spätsommer 1994 erstmals in Süd-Afghanistan auftraten, im Oktober 1995 Herat einnahmen, fällt im September 1996 Kabul in ihre Hände. Gründung der „Nordallianz“ als Reaktion.

**10. März 2001:** Zerstörung der Buddha-Statuen von Bamian durch die Taliban.

**11. September 2001:** Anschläge auf Ziele in den USA. Als Drahtzieher wird Osama Bin Laden verdächtigt, der sich in Afghanistan aufhält.

**12. September 2001:** Die NATO ruft den Bündnisfall (Artikel 5) aus.

**7. Oktober 2001:** USA beginnen im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ mit der Bombardierung von Stellungen der Taliban.

**8. Dezember 2001:** Taliban verlieren ihre letzte wichtige Bastion Kandahar und ziehen sich in das Grenzgebiet zu Pakistan sowie ins südliche Zentralafghanistan zurück.

**27. November – 5. Dezember 2001:** Petersberger Konferenz, auf der Hamid Karzai auf Betreiben der USA als „Präsident“ einer Übergangsregierung inthronisiert wird.

**20. Dezember 2001:** Der UN-Sicherheitsrat beschließt die Resolution 1386 (ISAF) zur Absicherung der Übergangsregierung.

**22. Dezember 2001:** Vereidigung von Hamid Karzai als Interimspräsident.

**21. Januar 2002:** Internationale Geberkonferenz in Tokio.

**Juni 2002:** Die große Ratsversammlung, Emergency Loja Dschirga, bestätigt Hamid Karzai als Präsidenten der Übergangsregierung.

**August 2003:** NATO übernimmt ISAF.

**4. Januar 2004:** Loja Dschirga verabschiedet die neue Verfassung.

**31. März 2004:** Internationale Geberkonferenz in Berlin.

**9. Oktober 2004:** Hamid Karzai wird mit 55,5 Prozent zum Präsidenten gewählt.

**18. September 2005:** Parlamentswahlen

**19. Dezember 2005:** Konstituierung des afghanischen Parlaments, die den Petersberger Prozess offiziell abschließt.

**31. Januar bis 1. Februar 2006:** Internationale Geberkonferenz („Afghanistan Compact“) in London.

**1. Juni 2006:** Deutschland übernimmt das Regionalkommando Nord.

**31. Juli 2006:** ISAF übernimmt den Süden. Sommer 2006: Den Taliban gelingt es, Kandahar zu umzingeln und kurzfristig von Kabul abzuschneiden. Oktober 2006: ISAF übernimmt den Osten.

**Anfang 2007:** Bundesregierung entsendet Aufklärungs-Tornados der Luftwaffe.

**Mai 2007:** EU beschließt „EUPOL Afghanistan“ zum Aufbau der afghanischen Polizei.

**2009:** Massive Aufstockung der NATO-Truppen. Ausweitung des Kriegsgbietes auf Pakistan. Zunehmend offensiveres Vorgehen von NATO und Bundeswehr.

**Januar 2010:** London-Konferenz: Beschluss, die ISAF-Truppen weiter aufzustocken.

**Dezember 2011:** Auf der Petersberg-II-Konferenz in Bonn sollen die Weichen für die weitere Afghanistan-Politik gestellt werden.

Von den Taliban erhoffte man sich in diesem Zusammenhang, dass sie die für den sicheren Betrieb der geplanten Öl- und Gaspipelines erforderliche Stabilität im Land herstellen könnten, weshalb sie Washington zunächst regelrecht hofierte.<sup>16</sup> Nach deren Machtübernahme am 26. September 1996 erwogen die USA zunächst sogar ihre diplomatische Anerkennung. Eine Schlüsselrolle kam dabei Zalmay Khalilzad zu, der zwischenzeitlich auch für UN-OCAL, die Firma, die für den Bau der Pipelines vorgesehen war, arbeitete. Er plädierte zunächst in zahlreichen Beiträgen für eine enge Kooperation mit den Taliban. Erst ab 1998 setzte ein Sinneswandel ein, denn es wurde klar, dass die Taliban von den US-Pipelineplänen keineswegs helllauf begeistert waren und zudem auch Schwierigkeiten

hatten, das Land vollständig unter Kontrolle zu bekommen. Aus diesem Grund plädierte u.a. Khalilzad von da ab für einen Regime-Change: „Washington muss die Taliban schwächen. [...] Mit der Zeit sollten sich die USA um eine neue afghanische Führung bemühen, eine, die mehr im Einklang mit unseren regionalen Interessen steht.“<sup>17</sup>

Parallel zur Verschärfung des Kurses nahm Washington Verhandlungen mit den Taliban auf, die Ende 2000 begannen und zwischen Juli und August 2001 scheiterten. Die USA bestanden dabei auf zwei Forderungen: Zum einen auf der Auslieferung Bin Ladens; zum anderen auf einer Regierungsbeteiligung der mit den Taliban verfeindeten Nordallianz, da man dies für eine Stabilisierung des Landes - und damit die Verlegung der Pipelines - für zwingend erforderlich hielt. Offensichtlich scheiterte eine Einigung am

darüber entscheiden können, wie der neue Reichtum der Region verteilt werden soll.“ (Bzezinski 1997, S. 203).

16 Vgl. US gave silent blessing to Taliban rise to power, AFP, 07.10.2001.

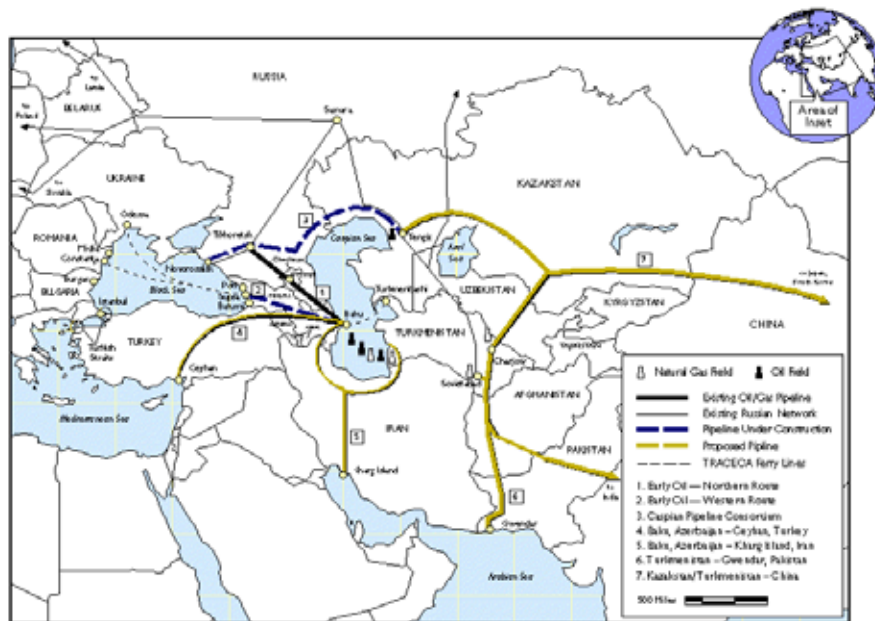
17 Khalilzad, Zalmay/Byman, Daniel: Afghanistan: The Consolidation of a Rogue State, in: The Washington Quarterly 23:1, Winter 2000, S. 65-78, S. 74.

zweiten Punkt, denn Berichten zufolge boten die Taliban während des Verhandlungsprozesses mehrfach die Auslieferung Bin Ladens an: „Am 27. September 2000 hält der stellvertretende Außenminister der Taliban-Regierung, Abdur Rahmin Zahid, sogar einen Vortrag im Washingtoner Middle East Institute. Darin fordert er die politische Anerkennung seines Regimes und gibt zu verstehen, dass unter dieser Voraussetzung auch der Fall Bin Laden geregelt werden könnte.“<sup>18</sup> Dieses Angebot wurde im Februar 2001 nochmals wiederholt.<sup>19</sup>

Im November 2001 veröffentlichten die beiden Sicherheitsexperten Jean-Charles Brisard und Guillaume Dasquié das Buch „Bin Laden, la vérité interdite“<sup>20</sup>, in dem die Verhandlungen zwischen den USA und den Taliban sowie deren Scheitern ausführlich analysiert wurden.

Das Öl der kaspischen Region stand offenbar tatsächlich im Zentrum des gesamten Verhandlungsprozesses: „Die beiden französischen Autoren bestätigen [...], es sei offen besprochen worden, dass die Taliban den Bau einer Pipeline aus Kasachstan erleichtern müssten, um als Gegenleistung von den USA und auf internationaler Ebene anerkannt zu werden.“<sup>21</sup> Als diese Gespräche nicht den gewünschten Verlauf nahmen, häuften sich die Drohungen gegenüber der afghanischen Regierung und die Pläne für einen Angriff wurden konkretisiert. Dem damaligen pakistanischen Außenminister Niaz Naik „wurde von hohen US-Offiziellen Mitte Juli [2001] mitgeteilt, dass militärische Maßnahmen gegen die Taliban Mitte Oktober beginnen würden. [...] Herr Naik sagte gegenüber der BBC, dass die US-Vertreter ihm bei diesem Treffen mitteilten, dass die USA, solange Bin Laden nicht zügig ausgeliefert wird, Militäraktionen zur Tötung oder Ergreifung sowohl Bin Ladens als auch des Taliban-Führers Mullah Omar ergreifen würden. Das weitere Einsatzziel sollte laut Naik der Sturz des Taliban-Regimes und stattdessen die Einsetzung einer Übergangsregierung moderater Afghanen sein. [...] Er sagte, er habe Zweifel daran, dass Washington, selbst bei einer umgehenden Auslieferung Bin Ladens seitens der Taliban, diesen Plan fallen lassen würden.“<sup>22</sup>

Die geostrategische „Notwendigkeit“, eine Ölpipeline über afghanisches Gebiet zu verlegen, ist inzwischen allerdings erheblich zurückgegangen. Einmal, weil sich die



Oil and Natural Gas Export Infrastructure in Central Asia and the Caucasus

Pipelines in der kaspischen Region (Quelle: US-Außenministerium).

Mitte bis Ende der 1990er angestellten Schätzungen über die Ölvorkommen der kaspischen Region – sie wurden anfangs mit denen im Irak gleichgesetzt – als deutlich zu hoch herausgestellt haben.<sup>23</sup> Andererseits steht inzwischen mit der 2005 in Betrieb gegangenen Baku-Ceyhan-Trasse eine Alternative zur Verlegung einer Öl-Pipeline über Afghanistan zur Verfügung, die ebenfalls Russland und den Iran umgeht, deren Realisierung aber zuvor lange noch unsicher war. An der Verlegung einer Gaspipeline von Turkmenistan über Afghanistan nach Pakistan (und möglicherweise bis nach Indien) besteht jedoch weiter größtes Interesse seitens der USA. Noch 2007 gab Richard Boucher, damals Staatssekretär für Süd- und Zentralasien im US-Außenministerium, an: „Es ist eines unserer Ziele, Afghanistan zu stabilisieren, damit es zu einer Verbindung und zu einem Drehkreuz zwischen Süd- und Zentralasien werden kann – damit die Energie nach Süden fließen kann.“<sup>24</sup> Auch hochrangige Mitglieder der Obama-Regierung äußerten sich später in ähnlicher Weise.<sup>25</sup> Ob und wann diese so genannte TAPI-Pipeline gebaut werden kann, steht gegenwärtig jedoch noch in den Sternen. Der Baubeginn wurde zwar nach der westlichen Invasion mehrfach beschlossen, aufgrund der Sicherheitslage aber ebenso häufig nach hinten verschoben.<sup>26</sup> Demgegenüber versucht Teheran eine Konkurrenztrasse auf den Weg zu bringen, die über den

18 Abramovici, Pierre: Erdölkonsortien, Geheimdienste und Internationale Vermittler, *Le Monde diplomatique*, Januar 2002.

19 Vgl. Marlowe, Lara: US efforts to make peace summed up by 'oil', *The Irish Times*, 19.11.2001.

20 Auf Deutsch erschienen als Brisard, Jean-Charles/Dasquié, Guillaume: *Die verbotene Wahrheit: Die Verstrickungen der USA mit Osama Bin Laden*, Zürich 2002.

21 Martin, Patrick: Der Krieg gegen Afghanistan wurde lange vor dem 11. September geplant, *World Socialist Web Site*, 22.11.2001.

22 Arney, George: US 'planned attack on Taleban', *BBC News*, 18.09.2001.

23 Sie wurden von 100 Mrd. Barrel Öl auf inzwischen 18-34 Mrd. herunterkorrigiert. Vgl. Andrianopoulos, Andreas: *The Economics and Politics of Caspian Oil*, in: Hunter, Shireen (Hg.): *Strategic developments in Eurasia after 11 September*, London 2004, S. 76-92, S. 76f.

24 Dellawar, Shukria/Juhasz, Antonia: *Afghanistan's energy war*, *Asia Times Online*, 07.10.2011.

25 Ebd.

26 Vgl. Escobar, Pepe: *Obama does Pipelinistan*, *Ann Arbor* 2009, S. 79; Foster, John: *A Pipeline Through a Troubled Land: Afghanistan, Canada, and the New Great Energy Game*, *Canadian Center for Policy Alternatives, Foreign Policy Series*, Vol. 3, No. 1, June 19, 2008; Dellawar, Shukria/Juhasz 2011.

Iran, Pakistan und Indien (IPI) verlaufen würde. Solange es den westlichen Truppen nicht gelingt, Afghanistan unter Kontrolle zu bringen und hierdurch die notwendige Stabilität zum Bau der Trasse zu gewährleisten, dürfte die Realisierung von IPI wahrscheinlicher sein, wodurch sich die US-Pipelinepläne endgültig erledigen würden.<sup>27</sup>

Selbstverständlich waren und sind sich auch deutsche Politiker und Militärs darüber bewusst, dass es sich bei der kaspischen Region um ein geopolitisches Filetstück handelt. So äußerte sich etwa der ehemalige Außenminister und heutige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier folgendermaßen: „Es geht um eine Region mit gewaltigen Energieressourcen. [...] Ich meine den Schwarzmeerraum und Zentralasien: beides Regionen mit einem enormem Potential für die Zusammenarbeit; beides Regionen, die wir deshalb während unserer Präsidentschaft in den Fokus europäischer Außenpolitik gerückt haben. [...] Das macht uns zu einem Spieler in einer Region, die nicht nur als Energie- und Transportkorridor heftig umworben wird, sondern die auch eine wichtige Brückenfunktion hat: in den Nahen und Mittleren Osten oder hin zum Kaspischen Meer.“<sup>28</sup> Auch im deutschen Sicherheitsdiskurs gilt Afghanistan dabei als „das südliche Tor zu den riesigen Öl- und Gasvorkommen Turkmenistans, Kasachstans und Aserbaidschans; ebenso zum großen Goldproduzenten Usbekistan und zu Tadschikistan, wo die größten Silbervorkommen lagern. Für diese Bodenschätze gibt es nur drei Transportwege an die Weltmeere. [...] Aus Sicht westlicher Interessenten würde die Pakistan-Route zu einer besseren Risikoverteilung beitragen, doch dafür braucht man ein stabiles Afghanistan.“<sup>29</sup>

Neben diesen geostrategischen Motiven spielten sicher auch ökonomische Interessen eine Rolle hinter der Entscheidung, in Afghanistan einzumarschieren.

### 1.3 Afghanistan Inc.! Rohstoffe und die Ausplünderung Afghanistans

In bzw. mit Afghanistan lässt sich viel Geld verdienen. Dies betrifft einmal natürlich die Rüstungskonzerne, für die Krieg immer gut fürs Geschäft ist. Besonders profitabel ist auch das Wiederaufbauunwesen, denn die Geberländer achten tunlichst darauf, dass ihre Hilfgelder wieder in die Taschen der eigenen Konzerne zurückwandern. Obwohl afghanische Firmen die meisten Aufträge billiger und hochwertiger durchführen könnten, sollen sich lieber westliche Konzerne eine goldene Nase verdienen. So kritisiert *Caritas International* die vorherrschende Vergabepaxis mit folgenden Worten: „Viel davon ist das Ergebnis ‚ge-

*bundener Hilfe*‘ bei der die Geldgeber ihre Unterstützung an vertraglich vereinbarte Bedingungen knüpfen, dass importierte Arbeitskräfte und Güter genutzt werden müssen, zumeist des jeweiligen Geber-Landes.“<sup>30</sup> Während *Oxfam* den Anteil der „gebundenen Hilfe“ auf 40% schätzt, geht das *Center for Strategic and International Studies* gar von 90% aus<sup>31</sup> - beträchtliche Summen, wenn man bedenkt, dass zwischen 2001 und 2010 zwar weit weniger als zugesagt, aber dennoch 57 Mrd. Dollar ausgeschüttet wurden.<sup>32</sup>

Fast die Hälfte dieses Geldes wird dabei gleich in den Sicherheitssektor gepumpt und direkt für die Aufstandsbekämpfung zweckentfremdet (siehe 4.3). Doch auch wenn auf den ersten Blick sinnvolle Maßnahmen finanziert werden, wie etwa der Bau von Schulen und Straßen, so liefern die hiermit beauftragten westlichen Firmen in den meisten Fällen vollkommen mangelhafte Produkte ab.<sup>33</sup> Eine Studie mit dem viel sagenden Titel „Afghanistan Inc.“ der afghanischen Politikwissenschaftlerin Fariba Nawa beschreibt den primär westliche Konzerninteressen bedienenden „Wiederaufbau“ ihres Landes mit folgenden Worten: „Die Afghanen verlieren das Vertrauen in die Entwicklungsexperten, deren Aufgabe der Wiederaufbau des Landes ist. [...] Was die Menschen sehen, sind eine handvoll ausländischer Firmen, die Prioritäten für den Wiederaufbau setzen, die sie reich machen, sich aber teilweise auf absurde Weise gegenüber dem, was notwendig ist, als kontraproduktiv erweisen.“<sup>34</sup>

Darüber hinaus wurde bereits unmittelbar nach Besatzungsbeginn der neoliberale Umbau Afghanistans in Angriff genommen, was u.a. die Privatisierung von Staatsunternehmen sowie die Öffnung der afghanischen Wirtschaft für westliche Investitionen und Produkte nach sich zog (siehe 4.3). Um generell Investitionen im Privatsektor zu fördern, wurde unter tatkräftiger deutscher Mithilfe die *Afghan Investment Support Agency* (AISA) ins Leben gerufen. Ihren Angaben zufolge haben sich bis Anfang 2010 etwa 7.500 Unternehmen als Investoren registrieren lassen. Das erfasste Investitionsvolumen belief sich Ende 2008 auf ca. 2,8 Mrd. US-Dollar. Zu den großen ausländischen Investoren zählen u.a.: Siemens, Tobishima Japan, British Petroleum, Air Arabia, Alcatel, Dagrif, Coca-Cola, KPMG, Roshan, Alcatel, Hyatt, Serena Hotels und DHL.<sup>35</sup> Nachdem in Afghanistan zudem bescheidende, aber nichtsdestotrotz lukrative Ölvorkommen in Höhe von 1,6 bis 1,8 Mrd. Barrel entdeckt wurden, wurde im Januar 2009 ein Kohlenwasserstoff-Gesetz (Hydrocarbon Law) verabschiedet, das zum Ziel hat, den bislang staatseigenen Öl- und

27 Vgl. TAPI and IPI - Pipelines for Good, Daily Outlook Afghanistan, 16.10.2011, URL: [http://outlookafghanistan.net/topics?post\\_id=2209](http://outlookafghanistan.net/topics?post_id=2209).

28 Frank-Walter Steinmeier, Auf dem Weg zu einer europäischen Ostpolitik. Die Beziehungen Deutschlands und der EU zu Russland und den östlichen Nachbarn, Rede in Berlin, 04.03.2008.

29 So etwa Berndt-Georg Thamm, Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft, im Magazin „Europäische Sicherheit“. Vgl. Haydt, Claudia u.a.: Afghanistan – Die deutsche Rolle, IMI-Analyse 2007/029.

30 Caritas fordert Strategiewechsel für Afghanistan, 10. Juni 2008.

31 Lindley-French, Julian: Enhancing Stabilization and Reconstruction operations, CSIS, January 2009, S. 7; Waldman, Matt: Falling Short - Aid Effectiveness in Afghanistan, ACBAR Advocacy Series, Oxfam 2008.

32 Aid and Conflict in Afghanistan, Crisis Group Asia Report N°210, 4 August 2011, S. 1.

33 Vgl. Hantke, Martin: Kriegsökonomien und ihre Profiteure - Die Beispiele Kongo und Afghanistan, in: AUSDRUCK (Februar 2007).

34 Nawa, Fariba: Afghanistan Inc., Oakland 2006, S. 28.



Gassektor vollständig zu privatisieren – im April 2011 begannen die ersten Ausschreibungen.<sup>36</sup>

Selbstredend sind auch deutsche Konzerne daran interessiert, vom Afghanistan-Geschäft zu profitieren: „Afghanistan ist nach fast 25 Jahren Krieg ein zerstörtes Land und hat gegen Bürokratie, Korruption und Drogenanbau zu kämpfen. ‚Doch gerade diese Zerstörung bietet auch ungeheure Chancen für Investitionen und Handel‘, sagt Josef Iglhaut, der Regierungsberater für Wirtschaftsförderung in Afghanistan.“<sup>37</sup> Ohne eine „Befriedung“ des Landes sind die erhofften Gewinne aber nicht zu realisieren. So schrieb das *Bundesamt für Außenwirtschaft* (heute: *Germany Trade & Invest*): „Voraussetzungen für die Nutzung dieser Potenziale sind aber die Verbesserung der Sicherheitslage, die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen und die Wiederherstellung der Infrastruktur. Derzeit verschrecken aber unzählige Anschläge (selbst auf der Hauptverbindungsstraße des Landes von Kabul nach Kandahar) potentielle Investoren und Hilfsorganisationen bzw. treiben die Kosten für Sicherheitsmaßnahmen rasant in die Höhe.“<sup>38</sup> Deshalb bezeichnet der ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Lothar Rühl, die „Sicherung der westlichen Investitionen in das neue Afghanistan“ als eine der Hauptaufgaben der Bundeswehr.<sup>39</sup>

Allerdings - zugegebenermaßen – allzu viele ökonomische Filetstücke sind in Afghanistan nicht vorhanden; die hierbei erzielbaren Gewinne sind vergleichsweise bescheiden, wenn sie natürlich auch dennoch mitgenommen werden.

Im Sommer 2010 ließen Meldungen von erheblichen Rohstofffunden in Afghanistan aufhorchen: „Kupfer, Lithium, Eisen, Gold: Die USA haben wertvolle Bodenschätze in Afghanistan entdeckt. Die Mineralvorkommen sind nach ersten Schätzungen fast eine Billion Dollar wert.“<sup>40</sup> Da bisher nur 30% des Landesgebietes untersucht seien, könnte der Wert nach Ansicht des afghanischen Bergbauministers Wahidullah Shahrani noch höher liegen: „Wir schätzen den Wert unserer kartierten Bodenschätze auf drei Billionen US-Dollar.“<sup>41</sup> Gleichzeitig versuchte er, Investoren auf einer Konferenz in London mit paradiesischen Bedingungen zum Einstieg ins afghanische Rohstoffgeschäft zu ermutigen: „Wir sehen uns nicht als Produzent, sondern als Vermittler und Regulierer“, versicherte der Minister dem exklusiven Publikum. Zu den lukrativen Verträgen versprach er als Bonus ein ‚simples Steuerrecht‘ mit völliger Kapitalverkehrsfreiheit und der Möglichkeit, Verluste unbegrenzt abzuschreiben. Alle Ausschreibungen

und Verträge sollen schon bald transparent auf der Website des Bergbauministeriums veröffentlicht werden.“<sup>42</sup>

Nachdem darüber hinaus ein internes Pentagon-Memo zirkulierte, das vor allem den afghanischen Lithiumvorräten strategische Bedeutung zusprach und das Land als künftiges „Saudi Arabien des Lithiums“ bezeichnete, wurde verschiedentlich darüber spekuliert, ob das Interesse, sich diese Ressourcen unter den Nagel zu reißen, nicht die versteckte Agenda hinter dem westlichen Einmarsch sein könnte.<sup>43</sup> Allerdings gilt es hier zu bedenken, dass diese Vorkommen nur sehr schwer zu fördern sind. Die Afghanistan-Expertin Citha Maaß sieht deshalb in der Meldung eher eine Nebelkerze, um die Aufmerksamkeit von der desaströsen Lage im Land auf einen Nebenkriegsschauplatz umzulenken: „Und zwar ablenken von den doch sehr begrenzten Erfolgen, die die NATO-Operation in Südafghanistan bislang gezeitigt hat.“<sup>44</sup> Außerdem haben zwar westliche Konzerne sicher fraglos ein Interesse, mögliche Profite im Mineralsektor mitzunehmen, gegenwärtig sind hierfür aber indische und vor allem chinesische Unternehmen weit besser positioniert.<sup>45</sup>

Natürlich beschwert man sich trotzdem lautstark darüber, dass sich die westlichen Truppen eine blutige Nase holen, während China die Profite einstreicht. So beklagte sich etwa der Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder, der unmittelbar nach Bekanntwerden der Rohstofffunde nach Afghanistan reiste: „Vor wenigen Tagen erst habe ich mich von einer Fachgruppe von Leuten informieren lassen über die neuesten Entwicklungen, über die Vorbereitung der Nutzung von Rohstoffen in Afghanistan. Während wir uns darum bemühen, auch mit unserer Bundeswehr, den Menschen dort Zukunftsperspektiven und Frieden zu sichern haben sich die Chinesen zuerst einmal weitgehend unbemerkt, sich darum bemüht, welche Rohstoffquellen es in Afghanistan gibt. Das ist zunächst einmal eine legitime Sache. Wir Deutsche allerdings müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir von dieser Thematik der Rohstoffgewinnung noch mehr und mehr abgeschnitten wurden und uns zum Teil auch selbst abgeschnitten haben.“<sup>46</sup> Wäre die Ausbeutung der afghanischen Rohstoffvorkommen aber ein vorrangiges Kriegsinteresse gewesen, hätte man es wohl überhaupt nicht so weit kommen lassen. Durch die Militärpräsenz vor Ort wäre es leicht gewesen, China aus dem Markt herauszuhalten, hätte dies Priorität besessen.

Ob und wie weit diese geostrategischen und ökonomischen Motive tatsächlich entscheidend für den Angriff gewesen sind, muss letztlich offen bleiben - schließlich wollte man nach den Anschlägen des 11. September

35 Germany Trade & Invest 2009, S. 6.

36 Dellawar/Juhasz 2011.

37 Füglein, Rosemarie: Investorensuche für Afghanistan, e.velop – das entwicklungs-magazin, Nr. 48/2007.

38 Investoren kehren Afghanistan den Rücken, Bundesamt für Außenwirtschaft, 19.08.2008.

39 Rühl, Lothar: Deutsche Sicherheitsinteressen in Afghanistan, Strategie und Technik, Juli 2007.

40 Multimilliarden-Schatz. USA finden riesige Rohstofflager in Afghanistan, Spiegel Online, 14.06.2010.

41 Fischer, Jasmin: Afghanistan wirbt für Abbau seiner Bodenschätze, Der Westen, 25.06.2010.

42 Ebd.

43 Vgl. etwa Beutler, Benjamin: „Saudi-Arabien des Lithiums“. US-Geologen entdeckten in Afghanistan riesige Mineralvorkommen, Neues Deutschland, 15.06.2010.

44 Maaß, Citha: Man sollte die Sensation herunterspielen, Deutschlandradio Kultur, 15.06.2010.

45 Wallace, Charles: China, Not U.S., Likely to Benefit from Afghanistan's Mineral Riches, dailyfinance.com, 14.06.2010.

46 Globaler Kampf um Rohstoffe, Deutschlandfunk, 24.07.2010.

Aus rein völkerrechtlicher Sicht stellt sich die Frage, ob die USA und ihre Verbündeten, also auch Deutschland, in Afghanistan nach den Maßstäben des Kriegsverhütungsrechts der Vereinten Nationen Ende 2001 militärisch Gewalt anwenden dürfen und bis heute fortdauernd noch dürfen. Denn nach der UN-Charta gilt das zwingende Verbot der Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen (Art. 2 Ziff. 4). Von diesem Grundsatz darf nur in zwei Ausnahmefällen abgewichen werden: Entweder es liegt ein Mandat des UN-Sicherheitsrats nach Kapitel VII der UN-Charta vor oder die militärischen Maßnahmen dienen dem Zweck der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung nach Art. 51 UN-Charta.<sup>1</sup> Um es vorweg zu nehmen: der erstere Ausnahmefall ist gegeben, er unterliegt aber starken Zweifeln hinsichtlich seiner Legitimität; dem zweiten Ausnahmefall fehlen jegliche Voraussetzungen. Hinzu kommen noch Bedenken, die sich aus dem Wortlaut des Grundgesetzes und dem ihm innewohnenden Friedensgebot ergeben. Dazu nun kurz im Einzelnen:

#### **Das ISAF-Mandat – legal, aber illegitim!**

Der Einsatz der Bundeswehr erfolgt seit Ende 2001 durch die in regelmäßigen Abständen verabschiedeten Mandate des Bundestags. Diese Autorisierungen ergingen auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und der Folgeresolutionen, zuletzt der Resolution 1843 (2010) des UN-Sicherheitsrates.<sup>2</sup> Sie legalisieren nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Entsendung der deutschen Streitkräfte nach Afghanistan im Rahmen der ISAF unter Führung der NATO. Allerdings ist die legitimatorische Grundlage des Ein-

satzes der UN-mandatierten ISAF-Verbände erheblichen Zweifeln ausgesetzt. Sie begründen sich vor allem aus völkerrechtlichen und demokratischen Mängeln in unüberbarem Ausmaß. Das Petersberg-Abkommen, auf dessen Umsetzung die UN-Resolutionen abzielen, die Wahl von Hamid Karsai zum Präsidenten, als auch die Wahl der Delegierten zur nationalen Verfassungsversammlung („Verfassungs-Loya-Dschirga“) sowie die Ausarbeitung und Verabschiedung der neuen afghanischen Verfassung genügen keinen demokratischen Mindestanforderungen und waren gekennzeichnet durch externe Einmischungen seitens der USA, Korruption, Stimmenkauf, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und der Einbeziehung von Warlords und Drogenbaronen.<sup>3</sup> Es ist daher kaum möglich, die diese Verhältnisse sichernde militärische Präsenz der ISAF - mit der nicht gerade unbedeutenden Beteiligung Deutschlands als drittgrößtem Truppensteller - als legitim zu erachten.

#### **OEF unter dem Deckmantel des Selbstverteidigungsrechts – völkerrechtswidrig!**

Im Unterschied zur ISAF wird die Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan von der US-Regierung bis heute auf das Selbstverteidigungsrecht des Art. 51 UN-Charta gestützt. Diesem Rechtfertigungsversuch folgte auch die NATO, die einen Tag nach dem 11. September 2001 den Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrages ausrief, der immer noch in Kraft ist. Allerdings sind für die USA die Voraussetzungen eines Rechts auf Selbstverteidigung nach Art. 51 UN-Charta nicht nachweisbar. Damit entfällt auch eine Rechtfertigung für die unter dem Dach der OEF operierenden deutschen

Einheiten. Diese Verbände können sich nur auf eine bewaffnete Nothilfe zugunsten der USA beziehen, wenn sich die USA ihrerseits rechtmäßig auf Art. 51 UN-Charta hätte berufen können.

Die Berufung auf die Selbstverteidigung ist nur zulässig, wenn ein Staat einem bewaffneten Angriff eines anderen Staats unterliegt und dieser Angriff noch gegenwärtig (noch nicht abgeschlossen) ist. Geht der Angriff nicht direkt von den Organen eines Staates aus, sondern von substaatlichen (privaten) Akteuren (hier die Attentäter von 9/11), so fordert der Ständige Internationale Gerichtshof (IGH), dass die Handlung der Attentäter dem anderen Staat (Afghanistan bzw. das Taliban-Regime, welches über ca. 90% des afghanischen Territoriums die Kontrolle ausübte) zumindest eindeutig zugerechnet werden kann (was ein Kontroll- oder zumindest Kooperationsverhältnis zwischen dem betreffenden Staat und den Terroristen voraussetzt).<sup>4</sup>

Hierbei ist schon allein fraglich, ob die 9/11-Anschläge als bewaffneter Angriff zu werten sind, da eine gewisse Intensitätsschwelle nicht überschritten worden sein dürfte. Die gesellschaftliche wie die militärische Infrastruktur der USA blieben völlig intakt. Hinter dieser Hürde steckt der Gedanke, dass nicht jeder gewaltsame „Zwischenfall“ die andere Seite zu einem militärischen Vorgehen berechtigen soll; schließlich steht im Vordergrund die Kriegsverhütung. Dieses Ziel wird auch durch die Anforderung an die Verhältnismäßigkeit der Reaktion Ausdruck verliehen, welche angesichts ausgeschlagener Verhandlungsangebote der Taliban ebenfalls nicht gewahrt worden sein dürfte. Ferner war der Angriff mit dem Aufprall der Flugzeuge auf das

WTC und das Pentagon abgeschlossen, mithin nicht mehr gegenwärtig. Auch drohte von den Attentätern und ihren – dem Taliban-Regime zurechenbaren – „Hintermännern“ (Al-Quaida) nach deren ab Oktober 2001 erfolgten Sturz auch keine gegenwärtige Gefahr mehr.

Eine Inanspruchnahme des Art. 51 UN-Charta im Hinblick auf 9/11 ist folglich gegenstandslos. Selbst wenn unterstellt wird, dass bis zum Sturz des Taliban-Regimes die Voraussetzungen des Selbstverteidigungsrechts tatsächlich vorgelegen hätten, ist nicht ersichtlich, dass diese (insbesondere ein bewaffneter Angriff auf die USA) heute immer noch vorliegen. Allenfalls könnte dies für die kurze Zeitspanne zwischen dem Attentat und dem Sturz des Taliban-Regimes wenige Wochen später bemüht werden.<sup>5</sup> Letztendlich sind militärische Maßnahmen durch das Selbstverteidigungsrecht nur bis zu dem Zeitpunkt gerechtfertigt, „bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat“ (Art. 51 UN-Charta). Dies war aber bereits mit der Einrichtung der ISAF im Dezember 2001 durch die Resolution 1383 des UN-Sicherheitsrats der Fall.<sup>6</sup>

Das völkerrechtlich gebotene Handeln für die USA wäre gewesen, unter Vorlage entsprechender konkreter Beweise, die Auslieferung weiterer Tatverdächtiger und Hintermänner an ein nationales oder internationales Gericht zu betreiben. Als seriös einzuschätzende Angebote seitens des Taliban-Regimes, Osama bin Laden auszuliefern, sind nachweisbar. Art. 2 Ziff. 3 UN-Charta bestimmt ausdrücklich, dass alle Staaten ihre internationalen Streitigkeiten, dazu gehört auch die Auslieferung von Tatverdächtigen, ausschließlich durch

friedliche Mittel beizulegen haben. Es besteht kein Wahlrecht zwischen einer friedlichen Streitbeilegung und einer militärischen Gewaltanwendung (Art. 51 UN-Charta), soweit letztere über die unmittelbare Abwehr eines gegenwärtigen bewaffneten Angriffs hinausgeht.<sup>7</sup>

Es spricht dem Gedanken des Selbstverteidigungsrechts regelrecht Hohn, in ihm missbräuchlich eine quasi Blankovollmacht zu sehen, um noch nach zehn Jahren in Afghanistan (und ebenso andernorts) die Ausübung militärischer Gewalt (häufig unter der Bezeichnung „Krieg gegen den Terrorismus“) zu rechtfertigen. Deutschland engagiert sich militärisch in Afghanistan seit 2008 nur noch im Rahmen der ISAF. Die Beteiligung an der OEF wurde in Afghanistan ausgesetzt; sie findet aber noch im Mittelmeer und in den angrenzenden Seegebieten des Horns von Afrika statt. Beide Militäroperationen (ISAF und OEF) wurden in der täglichen Praxis zunehmend vermischt. Daher machte die weitere Aufrechterhaltung einer künstlichen Trennung keinen Sinn mehr. Die im Rahmen der OEF von 2002 bis 2008 eingesetzten deutschen Truppen agierten völkerrechtlich illegal. Der (nachträglich) erfolgten Zustimmung der afghanischen Regierung zur ISAF und OEF in der Bonner Vereinbarung von 2001 und in den Abschlussdokumenten mehrerer Afghanistan-Konferenzen kann angesichts der oben ausgeführten erheblichen (völker-)rechtlichen und demokratischen Defizite bei ihrer Konstituierung schwerlich eine rechtlich wirksame Bedeutung zukommen.

### Das Friedensgebot des Grundgesetzes:

Nicht zuletzt stehen auch Zweifel

hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit des Bundeswehrengagements im Raum. Dies umso mehr, da nach wie vor (unabhängig davon, dass das Bundesverfassungsgericht „out-of-area“-Einsätze 1994 im Grundsatz für legal erklärte), dem Grundgesetz ein Friedensgebot zu entnehmen ist. Nach Art. 87a GG dürfen die Streitkräfte nur „zur Verteidigung“, im Falle von 9/11 als Abwehr gegen einen bewaffneten Angriff im Wege der kollektiven Selbstverteidigung, eingesetzt werden. Jedoch dürfen sie aus verfassungsrechtlicher Sicht keinesfalls zur Verfolgung und Durchsetzung von Bündnis- oder sicherheitspolitischer Interessen, genau so wenig wie zur Bekämpfung von individueller, organisierter oder terroristischer Kriminalität entsandt werden.<sup>8</sup> Jedoch wird gerade die Wahrnehmung solcher Interessen von der Bundesregierung zur Begründung der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan in den Vordergrund gestellt.

### Anmerkungen

- 1 Vgl. Zu den Prinzipien des Kriegsvölkerrechts, des Gewaltverbots und seine Ausnahmen Hobe, Stephan: Einführung in das Völkerrecht, 9. Auflage, Tübingen und Basel, 2008, S. 324 ff..
- 2 Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/4402 vom 13. Januar 2011.
- 3 Vgl. Deiseroth, Dieter: Jenseits des Rechts. Deutschlands „Kampfeinsatz“ am Hindukusch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2009, S. 45-54, S. 52 f..
- 4 Vgl. Hobe, ebd., S. 332 ff..
- 5 Vgl. Deiseroth, ebd., S. 50 f..
- 6 Vgl. Paech, Norman/ Stuby, Gerhard: Unser Krieg am Hindukusch. Afghanistan und die Aufweichung des Völkerrechts, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/2010, S. 81-89, S. 83.
- 7 Vgl. Deiseroth, ebd., S. 47 f..
- 8 Vgl. Deiseroth, ebd., S. 47.

ohnehin „Handlungsfähigkeit“ demonstrieren. Dass sie eine zusätzliche Motivation darstellten, genau in dieser Form in Afghanistan einzumarschieren, ohne die - angebotene - Auslieferung Bin Ladens überhaupt in Betracht zu ziehen, kann aber wohl mit einiger Sicherheit angenommen werden. Allerdings ist es mehr als zweifelhaft, dass die zuvor beschriebenen Interessen die Triebfedern dafür sind, nunmehr über zehn Jahre – und nach gegenwärtigen Planungen auch noch lange darüber hinaus - Krieg zu führen.

#### 1.4 Afghanistan: Lackmustest für die Zukunft der NATO

Die 1949 gegründete NATO war – und ist bis heute – eine Militärallianz, deren Hauptzweck die Durchsetzung der Interessen ihrer (wichtigsten) Mitgliedsstaaten darstellt. Während des Kalten Krieges wurden ihre wesentlichen Aufgaben von ihrem ersten Generalsekretär Lord Ismay folgendermaßen zusammengefasst: „Um Russland draußen, die Deutschen klein und die Amerikaner in Europa zu halten.“<sup>47</sup> Mit anderen Worten, das Ziel der NATO lautete folgendermaßen: Sieg des westlich-kapitalistischen Blocks unter Führung der Vereinigten Staaten über die Sowjetunion. Nach deren Untergang Anfang der 1990er Jahre konnte diesbezüglich Vollzug gemeldet werden. Von nun an ging es darum, die soeben erlangte Vorherrschaft dauerhaft abzusichern – und ein zentrales Mittel hierfür war die NATO. Zu diesem Zweck wurde sie auf zweierlei Weise konsequent neu ausgerichtet: *territorial* ging man rasch dazu über, sich möglichst große Teile der sowjetischen Konkursmasse per NATO-Mitgliedschaft dauerhaft einzuverleiben<sup>48</sup>, während die Allianz *funktional* ihren Operationsschwerpunkt von der Landesverteidigung hin zu globalen Militäreinsätzen verlagerte. Diese Interventionsausrichtung fand mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien Anfang 1999 ihren „krönenden“ Abschluss und wurde nahezu parallel mit der Verabschiedung eines neuen Strategischen Konzepts schriftlich fixiert.<sup>49</sup>

Die NATO hat also mehr oder minder offen für sich das „Recht“ reklamiert, nicht nur beliebig nahezu jedes Land der Welt überfallen zu dürfen, sondern mittlerweile ist sie sogar dazu übergegangen, so genannte Problemstaaten anschließend auch faktisch zu annektieren. Der bis dato mit Abstand größte Militäreinsatz in Afghanistan ist vor diesem Hintergrund zum Gradmesser geworden, ob die

NATO künftig in der Lage sein wird, weitere Länder ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Scheitert sie dort, haben sich ähnlich geartete Einsätze auf absehbare Zeit wohl erledigt, wodurch sogar die Existenz der NATO selbst auf dem Spiel steht, wie nicht zuletzt Bundeskanzlerin Angela Merkel verdeutlicht: „Ich glaube, sagen zu können [...], dass die Stabilisierung Afghanistans derzeit eine der größten Herausforderungen für die NATO und ihre Mitgliedstaaten ist. Sie ist gleichsam so etwas wie ein Lackmustest für ein erfolgreiches Krisenmanagement und für eine handlungsfähige NATO.“<sup>50</sup>

Gleichzeitig fällt die Sorge um die Handlungsfähigkeit der NATO mit dem rasanten machtpolitischen Aufstieg der potenziellen Rivalen Russland und China sowie zunehmenden Konflikten mit diesen beiden Ländern zusammen. Die Vormachtstellung des Westens bröckelt rapide und nicht wenige Beobachter prophezeien bereits einen neuen Kalten Krieg, eine „Rückkehr der Geopolitik“ (Robert Kagan), eine „globale Großkonkurrenz“ (Nikolaus Busse) oder einen „Weltkrieg um Wohlstand“ (Gabor Steingart).<sup>51</sup> Um für diese Herausforderungen gerüstet zu sein, muss die NATO als traditionelles Instrument westlicher Interessendurchsetzung ihre Schlagkraft unter Beweis stellen - und Afghanistan ist nun einmal der zentrale Schauplatz, auf dem dies - gewollt oder ungewollt - demonstriert werden muss. Unmissverständlich jedenfalls ist der Bericht der US-Geheimdienste „Global Trends 2025“ vom November 2008 bezüglich der geopolitischen Auswirkungen eines westlichen Rückzugs aus Afghanistan. Dort findet sich ein auf das Jahr 2015 vordatierter fiktiver Brief des Vorsitzenden der Shanghaier Vertragsorganisation (SCO), jenem bereits teilweise als Anti-NATO bezeichneten Militärbündnis zwischen Russland, China und mehreren zentralasiatischen Staaten, an den NATO-Generalsekretär: „Vor 15 bis 20 Jahren hätte ich mir nie träumen lassen, dass sich die SCO und die NATO auf gleicher Augenhöhe befinden - wenn nicht gar, dass die SCO die sogar wichtigere internationale Organisation ist. [...] Ich denke man kann sagen, dass dies seinen Anfang mit dem westlichen Rückzug aus Afghanistan nahm, ohne dass das Missionsziel einer Pazifizierung erreicht worden wäre.“<sup>52</sup> Abseits aller - sicherlich vorhandenen - ökonomischen und strategischen Interessen dürfte hier der eigentliche Grund liegen, weshalb der Krieg am Hindukusch auf Biegen und Brechen „siegreich“ beendet werden muss - koste es die afghanische Bevölkerung, was es wolle.

47 Koschut, Simon: Allianz unter Anpassungsdruck, in: Internationales Magazin für Sicherheit (IMS) 5/2008, S. 19-20.

48 Dies geschah trotz des Versprechens Anfang der 1990er, im Austausch für die NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands keine Erweiterung nach Osten vorzunehmen. Startschuss hierfür war im Januar 1994 das Programm „Partnerschaft für den Frieden“, in dessen Rahmen die ehemaligen Ostblockstaaten an das Bündnis herangeführt wurden.

49 Vgl. Pflüger, Tobias: Die Waffe des Westens: Strukturen und Strategien der NATO in einer brüchig werdenden Weltordnung, in: DFG-VK/IMI 2009, S. 1-10.

50 Merkel, Angela: Handlungsfähigkeit der Nato stärken, URL: <http://www.deutscheatlantischegesellschaft.de/cms/upload/reden/redemerkel.pdf>.

51 Busse, Nikolaus: Entmachtung des Westens: die neue Ordnung der Welt, Berlin 2009; Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde, Bonn 2008; Steingart, Gabor: Weltkrieg um Wohlstand: Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden, München 2008.

52 National Intelligence Council: Global Trends 2025: A Transformed World, November 2008, S. 38.

## 2. Die NATO im Krieg: Vom Stabilitätsexport zur Aufstandsbekämpfung

Am 7. Oktober 2001 begann der Krieg gegen Afghanistan durch Truppen der so genannten Nordallianz. Sie übernahm das Gros der Kampfhandlungen am Boden und wurde dabei hauptsächlich von den USA massiv mit Spezialeinheiten, vor allem aber aus der Luft unterstützt. Ausgehend von ihrem Machtbereich im Norden des Landes, den sie auch während der Taliban-Herrschaft gehalten hatte, nahm die Nordallianz nur etwas mehr als einen Monat später, am 13. November 2001, die afghanische Hauptstadt Kabul ein. Spätestens mit der Eroberung der Taliban-Hochburgen Kunduz und Kandahar (25. November und 7. Dezember) galt der Krieg als „erfolgreich“ beendet. Gleichzeitig wurden bei der Petersberg-Konferenz in Bonn, die am 5. Dezember 2001 endete, die Pföcke für die afghanische „Nachkriegsordnung“ eingetrieben. Unter Aufsicht und auf Betreiben der USA wurde dort Hamid Karzai, der über keinerlei Basis im Land verfügte, zum Chef einer Übergangsregierung gekürt. Viele Ministerposten wurden zudem mit Vertretern der Nordallianz besetzt, die sich während des Bürgerkrieges ebenfalls schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht hatten und den Taliban in ihrer Menschenverachtung, wenn überhaupt, nur wenig nachstanden. Per westlichem Dekret wurde Afghanistan eine Demokratie verordnet, deren autoritärer und illegitimer Charakter maßgeblich zum Erstarken des Widerstands beigetragen hat (siehe 4.1).

Ein weiterer wichtiger Eskalationsfaktor ist das Verhalten der „International Security Assistance Force“ (ISAF), die zunächst lediglich zur unmittelbaren Absicherung der „Regierung“ in Kabul im Dezember 2001 ins Leben gerufen wurde. Sie wurde zwar erst später von der NATO übernommen, aber westliche Staaten hatten in ihr von Anfang an die Schlüsselfunktionen inne. Mit einem Kampfeinsatz wollte man offiziell nichts zu tun haben, lieber bezeichnete sich die ISAF-Mission wahlweise als „Friedensmission“, „Stabilisierungseinsatz“ oder „Wiederaufbaumission“, kurz als eine Art „bewaffnete Entwicklungshilfe“. Die Bekämpfung der restlichen „anti-westlichen Kräfte“, die sich in den Süden des Landes zurückgezogen hatten, übernahm dagegen zunächst primär die von den USA befehligte „Operation Enduring Freedom“ (OEF).<sup>53</sup>

Doch in dem Maße, wie sich der Widerstand gegen die Besatzung neu formierte und an Boden gewann, ging auch die NATO immer aggressiver vor und ist damit maßgeblich für die dramatische Eskalation des Krieges verantwortlich. Nach wenigen Jahren war von der vorgeblichen Friedens- und Stabilisierungsmission nichts mehr übrig,

wie etwa die Regierungsberater der *Stiftung Wissenschaft und Politik* nüchtern feststellen: „In ganz Afghanistan hat sich die ISAF-Mission seit 2006 von einer reinen Stabilisierungsoperation zu einem Einsatz mit dem Schwerpunkt Aufstandsbekämpfung entwickelt.“<sup>54</sup> Mit Amtsantritt von Präsident Barack Obama und der Neuausrichtung der US-Afghanistan-Strategie Anfang 2009 wurde der NATO-Einsatz noch weiter brutalisiert, was den Widerstand letztlich aber eher stärkte als schwächte.

### 2.1 Phasenweise in den Krieg: Stationen der ISAF-Expansion

Ins Leben gerufen wurde die ISAF von Resolution 1386 (20. Dezember 2001) des UN-Sicherheitsrates. Allerdings wurde sie zunächst nicht von der NATO, sondern von einzelnen Staaten geführt. Erst am 9. August 2003 übernahm die Allianz die Verantwortung für die Führung, Planung und Unterstützung der ISAF-Mission. Nachdem der Aktionsradius zu Anfang auf die afghanische Hauptstadt Kabul beschränkt war, ermöglichte die im Oktober 2003 verabschiedete UN-Sicherheitsratsresolution 1510 „die Ausweitung des Mandats der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe, [zur] Aufrechterhaltung der Sicherheit in Gebieten Afghanistans außerhalb Kabuls.“<sup>55</sup>

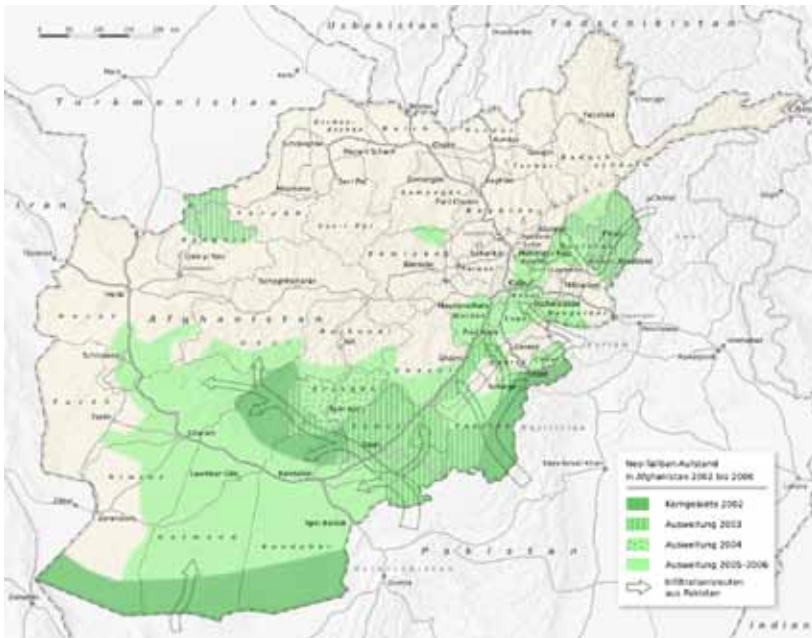
Daraufhin wurde das NATO-Einsatzgebiet in mehreren Schritten ausgeweitet: In Phase I, die Ende 2004 abgeschlossen war, wurde die Verantwortung über die nördlichen Provinzen übernommen. Im folgenden Jahr übernahm die NATO in Phase II die Kontrolle über die Provinzen im Westen des Landes. Dies war noch relativ unproblematisch, denn beides waren - seinerzeit noch - vergleichsweise ruhige Landesteile. Doch damit nicht genug: Im Dezember 2005 beschloss die NATO, die Kontrolle über das gesamte Land übernehmen zu wollen. Hierfür wurde das ISAF-Einsatzgebiet in zwei weiteren Schritten zuerst bis Juli 2006 auf den Süden (Phase III) und ab Oktober auf den Osten und damit das gesamte Land ausgedehnt (Phase IV). In beiden Gebieten war der Widerstand besonders stark, was zu einem sprunghaften Anstieg der Kampfhandlungen führte.

Ein wesentliches Element der Neuausrichtung der amerikanischen Afghanistan-Strategie unter Barack Obama bestand dann in der nochmaligen Ausdehnung der Kampfzone auf Pakistan („AFPAK“). Dies wurde vom US-Präsidenten im Frühjahr 2009 mit folgenden Worten angekündigt: „Ich möchte, dass das amerikanische Volk versteht, dass wir ein klares Ziel scharf vor Augen haben: Al

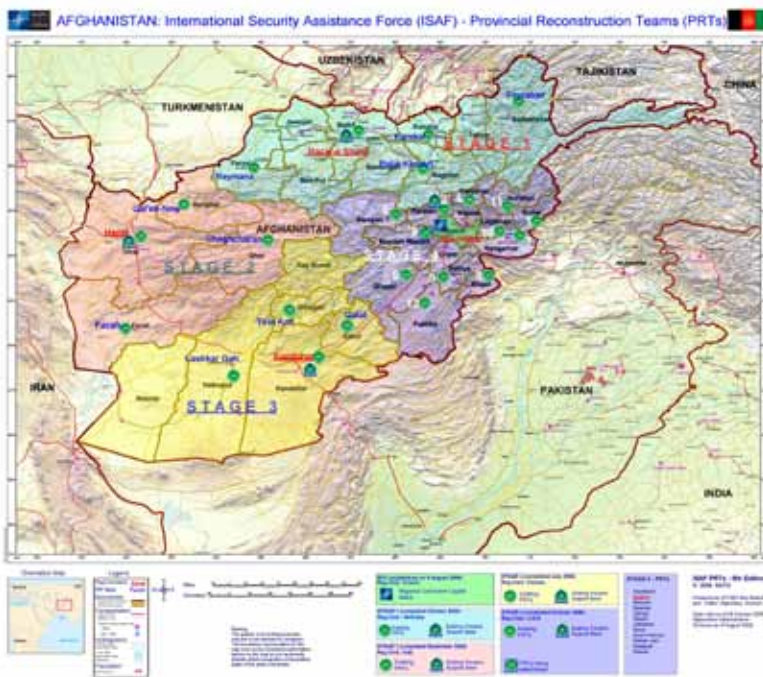
53 Allerdings arbeiteten ISAF und OEF von Anfang an Hand in Hand: Die Anfangs verbal betonte strikte Abgrenzung beider Operationen diente primär PR-Zwecken und existierte real nie. Vgl: Wagner, Jürgen: Lackmustest Afghanistan. Der Hindukusch als Experimentierfeld für Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung und Neoliberalen Kolonialismus, IMI-Studie 2008/11, S. 6f.

54 Noetzel, Timo/Zapfe, Martin: Aufstandsbekämpfung als Auftrag: Instrumente und Planungsstrukturen für den ISAF-Einsatz, SWP-Studie, Mai 2008, S. 15.

55 Resolution 1510 (2003). Adopted by the Security Council at its 4840th meeting, 13.10.2003.



Gebietsgewinne des afghanischen Widerstands zwischen 2002 und 2006 (Quelle: Wikipedia).



Die NATO-Expansionsschritte in Afghanistan (Quelle: NATO).

Qaida in Pakistan und Afghanistan zu stören, zu zersetzen und zu besiegen.“<sup>56</sup> Allerdings stellt Lothar Rühl, ehemals Staatssekretär im Verteidigungsministerium, richtigerweise fest: „Der afghanische Krieg hat sich schon seit längerem über die Grenze ausgebreitet und begonnen, beide Länder zu einem Kriegsgebiet Südwestasien zu verschmelzen.“<sup>57</sup>

Hintergrund für diese Entscheidung ist einmal, dass Teile des Widerstands ihre Rückzugsgebiete in Pakistan haben, es könnte aber noch mehr dahinterstecken: Wie aus den von Wikileaks veröffentlichten US-Dokumenten zum Afghanistan-Krieg hervorgeht, wird der pakistanische

Geheimdienst (Inter-Services Intelligence, ISI) verdächtigt, die afghanischen Aufständischen mit Waffen und Ausrüstung zu unterstützen.<sup>58</sup> Allerdings ist fraglich, ob der pakistanische Geheimdienst hier mit Billigung der Regierung handelt, wahrscheinlicher ist, dass er auf eigene Rechnung agiert. Darüber hinaus deutet einiges darauf hin, dass die kritisierte Unterstützung der afghanischen Aufständischen, so überhaupt vorhanden, eher gering ist.<sup>59</sup> Dennoch sehen manche Beobachter in der Ausweitung der Kampfzone eine Art Vorspiel, um einen Regimewechsel in Pakistan herbeizuführen.<sup>60</sup>

Allerdings ist es mehr als schleierhaft, wie in Pakistan neue Machthaber installiert werden könnten, die westlichen Interessen aufgeschlossener wären, eher das Gegenteil ist wahrscheinlich. Dennoch scheint die Destabilisierung des Landes von den USA, wenn nicht gezielt herbeigeführt, so doch zumindest bewusst in Kauf genommen zu werden. Dazu trägt vor allem die massive Ausweitung von Einsätzen mit Kampfdrohnen vom Typ „Predator“ („Räuber“) oder „Reaper“ („Sensenmann“) zur Ausschaltung tatsächlicher oder vermeintlicher Widerstandskämpfer auf pakistanischem Gebiet bei. Wurden zwischen 2004 und 2008 lediglich 42 solcher Angriffe durchgeführt, stiegen sie mit Amtsantritt Barack Obamas sprunghaft an: allein 2009 waren es 53 und 2010 schon 118. Auch die Opferzahlen nahmen rapide zu: bis Oktober 2011 fielen zwischen 1.600 und 2.600 Menschen solchen Drohnenangriffen zum Opfer.<sup>61</sup> Der Begriff der „gezielten Tötung“ ist dabei mehr als zynisch, da mehr oder weniger wahllos auch Unbeteiligte mit ins Visier genommen werden, was sich aber nahtlos ins Bild einer allgemeinen Brutalisierung der westlichen Kriegsführung einfügt (s.u.). Hierbei handelt es sich um eine schwer wiegende Verletzung der pakistanischen Souveränität, Islamabad's Forderungen, in die Planung und Ausführung der Drohnenangriffe eingebunden zu werden, wurden von Washington schlicht ignoriert, wodurch anti-westliche Positionen weiter an Einfluss gewinnen.<sup>62</sup>

58 Wikipedia: Veröffentlichung des Kriegstagebuchs des Afghanistan-Krieges durch WikiLeaks.

59 Vgl. Qazi, Shehzad H.: The Neo-Taliban, Counterinsurgency, & the American Endgame in Afghanistan, Institute for Social Policy and Understanding, Report, April 2011, S. 15.

60 Vgl. Madsen, Wayne: Next Stop is Pakistan, Globalresearch.ca, 10.10.2011; Escobar, Pepe: Pentagon aims at target Pakistan, Asia Times Online, 30.09.2011.

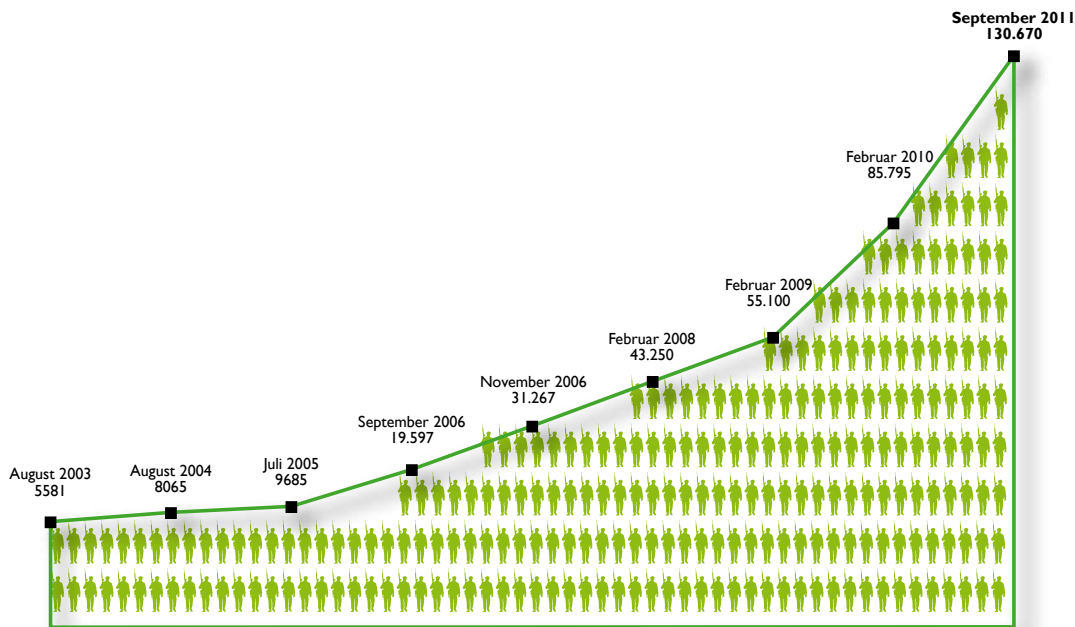
61 New America Foundation: The Year of the Drone, URL: <http://counterterrorism.newamerica.net/drones>.

62 Pakistan fordert Verfügungsgewalt über US-Drohnen auf seinem Gebiet, Der Standard, 13.05.2009.

56 Horlohe, Thomas: Obamas Krieg – wie die USA das Blatt am Hindukusch wenden wollen, Streitkräfte & Strategien, 04.04.2009.

57 Rühl, Lothar: Übergang zum Partisanenkrieg, FAZ, 25.05.2009.

Auch bei der Ausschaltung Osama Bin Ladens Mitte 2011 wurden schwere Konflikte mit Pakistan zumindest billigend in Kauf genommen: Die Regierung wurde nicht über die Kommandoaktion unterrichtet – ob dies aus Sorge geschah, dass Bin Laden gewarnt werden könnte oder als bewusste Provokation gedacht war, lässt sich nicht zuverlässig beantworten. „Der Angriff barg die Gefahr einer militärischen Konfrontation des US-Militärs und mit pakistanischen Truppen auf



Aufstockung der NATO-Truppen: 2003-2011, Grafik IMI.

pakistanischem Territorium und in unmittelbarer Nähe pakistanischer Militäranlagen. Ein solcher Konflikt lässt sich mit dem Wurf eines entzündeten Streichholzes in ein Pulverfass vergleichen. Aber selbst ohne dass es zu einer solchen Konfrontation gekommen ist, hat der Angriff in Pakistan zu einer erheblichen Wut in der Bevölkerung geführt, die sich sowohl gegen die Vereinigten Staaten, als auch gegen die eigene Regierung richtet. Die pakistanische Regierung sah sich gezwungen, hierauf zu reagieren. Premierminister Yussaf Gilani warnte in einer Rede vor dem Parlament, dass Pakistan jede Verletzung seiner Souveränität in Zukunft ‚mit aller Gewalt beantworten‘ werde.“<sup>63</sup> Augenscheinlich ist die US-Regierung bereit, mit dem Feuer zu spielen: unmittelbar nach der Tötung Bin Ladens wurden die Drohnenangriffe abermals intensiviert.

## 2.2 Truppen für die Aufstandsbekämpfung

Parallel zur Ausweitung der Kampfzone wurde damit begonnen, die NATO-Truppen massiv aufzustocken. Anfangs umfasste die ISAF lediglich etwas über 5.000 Soldaten, im Juli 2005 waren es immer noch „nur“ ca. 9.600. Mit dem Versuch, die Kontrolle über das gesamte Land zu übernehmen und dem damit verknüpften Übergang des ISAF-Einsatzes zu einer aggressiven Aufstandsbekämpfungsoption wurde das Kontingent dann jedoch massiv erhöht. Im November 2006 waren es schon 31.000 Soldaten und im Februar 2009, am Anfang der Regierungszeit von US-Präsident Barack Obama, 55.000. Unter Obama rissen dann alle Dämme: denn ein weiteres Element der unter ihm eingeleiteten Neuausrichtung der US-Afghanistanstrategie stellten massive Truppenerhöhungen („surge“) dar. Dies hatte zur Folge, dass mittlerweile etwas mehr als 130.000 NATO-Soldaten am Hindukusch stationiert sind (Stand: Ende September 2011). Darüber hinaus kämpfen

weiter etwa 10.000 US-Soldaten im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ sowie knapp 19.000 von den USA beschäftigte „private Sicherheitsdienstleister“ (Stand: März 2011).<sup>64</sup> Zwar haben die USA angekündigt, bis Ende 2011 zunächst 10.000 und bis Mitte 2012 weitere 23.000 US-Soldaten zurückzuziehen, weitergehende Reduzierungen stehen aber noch in den Sternen. Es kann aber eher davon ausgegangen werden, dass eine beträchtliche Truppenpräsenz noch für Jahre aufrecht erhalten werden wird.

Ein weiterer Schritt, der wesentlich zur Eskalation des Krieges beitrug, war die Änderung der NATO-Einsatzregeln (rules of engagement). Diese Einsatzregeln legen die Kriterien und Umstände fest, unter denen NATO-Soldaten Gewalt anwenden dürfen. Sie schrieben für Afghanistan lange Zeit vor, dass Waffengewalt ausschließlich zur Selbstverteidigung nach einem erfolgten Angriff eingesetzt werden durfte.<sup>65</sup> Dies ist nicht mehr der Fall: Mittlerweile umfasst das Mandat auch die aktive Bekämpfung von Widerstandsgruppen – also Aufstandsbekämpfung: „Das Mandat der ISAF ist es, ein sicheres Umfeld zu garantieren. [...] Das ist der Grund, weshalb unsere Kommandeure diese neuen robusten Einsatzregeln erhalten, um damit präemptive Operationen gegen mögliche Gefahren für unsere Truppen oder die afghanische Bevölkerung durchzuführen. Um es zusammenzufassen: Robustere Einsatzregeln.“<sup>66</sup>

Die Truppenerhöhungen und die offensive Ausrichtung des Einsatzes sind die direkte Folge der immer tiefer gehenden Veränderung des NATO-Operationsschwerpunktes in Richtung Aufstandsbekämpfungs-Strategie (Counterinsurgency, COIN), die nahezu eins zu eins von

63 Van Auken, Bill: Nach bin Ladens Tötung droht Kriegsausweitung, World Socialist Web Site, 12.05.2011.

64 Schwartz, Moshe: The Department of Defense's Use of Private Security Contractors in Afghanistan and Iraq: Background, Analysis, and Options for Congress, Congressional Research Service, 13.05.2011, S. 7.

65 Außerdem kann jedes Land seinen eigenen Soldaten zusätzliche Beschränkungen auferlegen (caveats).

66 Joint ISAF/CFC-A News Conference, 20.02.2006.

den USA übernommen wurde. Sie wurde vor allem als Reaktion auf die militärischen Schwierigkeiten im Irak entwickelt und unter Federführung des späteren ISAF-Oberkommandierenden und heutigen CIA-Chefs David Petraeus im Dezember 2006 im Feldhandbuch 3-24 zur Aufstandsbekämpfung veröffentlicht.<sup>67</sup> Im Kern steht dabei die Strategie Clear (Säubern), Hold (Behaupten), Build (Aufbauen): Reine Kampfoperationen könnten nicht zum Erfolg gegen eine Aufstandsbewegung führen, hierfür sei ein Zusammenspiel aus militärischen und zivilen Mitteln erforderlich. Dennoch erfordere COIN viele Soldaten, da verlorene Gebiete zuerst offensiv freigezogen (Clear) und danach dauerhaft gesichert (Hold) werden müssten. Dies werde aber nur erfolgreich sein, wenn zugleich eine breite Palette ziviler Maßnahmen ein stabiles Umfeld mit garantieren und den Lebensstandard der Bevölkerung heben, um dadurch dem Aufstand den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Deshalb sei auch der Schutz der Zivilbevölkerung von hoher Priorität.<sup>68</sup>

In der Praxis zeigt sich jedoch – abseits aller vollkommen berechtigten moralischen Bedenken –, dass die COIN-Strategie im Widerspruch zu anderen Zielen der kriegsführenden Staaten steht. So wird etwa die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung durch den neoliberalen Umbau der Wirtschaftsstrukturen verhindert. Auch zeigt sich, dass die Vermischung ziviler und militärischer Instrumente zu einer Unterordnung humanitärer Hilfe unter die militärischen Prioritäten der Aufstandsbekämpfung führt, was der Verbesserung der sozialen Lage zusätzlich abträglich ist (siehe 6.2). Vor allem verträgt sich das Ziel, möglichst viele Aufständische auszuschalten, nicht mit der Absicht, auf die Zivilbevölkerung Rücksicht zu nehmen. In einem flammenden Verriss kommt Peter Rudolf von der *Stiftung Wissenschaft und Politik* zu dem Ergebnis, COIN sei „ein überaus problematisches politisches Konzept.“<sup>69</sup> Es handele sich dabei um eine die „Komplexität reduzierende Theorie“, die durch „fragwürdige theoretische Prämissen und inhärente strategische Probleme“ geprägt sei.<sup>70</sup> Aus diesem Grund sei die COIN-Strategie in Afghanistan (und anderswo) zum Scheitern verurteilt: „Wer die Ansicht hegt, die Unterstützung der Bevölkerung sei unabdingbar für eine erfolgreiche Aufstandsbekämpfung, dem muss daran gelegen sein, dass die Bevölkerung nicht durch exzessiven Gewalteininsatz vor den Kopf gestoßen wird. [...] In der Praxis bleibt das Trilemma der Aufstandsbekämpfung unlösbar: Die drei Ziele – bestmöglicher Schutz der eigenen Truppen, Abgrenzung feindlicher Kämpfer von Nichtkombattanten und die physische Eliminierung der Aufständischen – können nicht gleichzeitig erreicht werden.“<sup>71</sup> Wie sich gerade anhand der NATO-Kriegsführung in Afghanistan zeigt, trifft diese Kritik absolut zu.

67 FM 3-24: Counterinsurgency, Marine Corps Warfighting Publication No. 3-33.5, December 2006.

68 Ebd.

69 Rudolf, Peter: Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung. Analyse und Kritik der Counterinsurgency-Doktrin, SWP-Studie, Januar 2011, S. 20 (Rudolf 2011a).

70 Ebd., S. 6.

71 Ebd., S. 17.

## 2.3 Brutalisierung des Krieges

Allzu große Bemühungen, Zivilopfer zu vermeiden, kann man der NATO nicht nachweisen, auch nicht in der jüngeren Vergangenheit. Schon im Frühjahr 2007 wendete sich der ehemalige deutsche Militärattaché in Kabul, Oberstleutnant Jürgen Heiducoff, mit einem Brandbrief an die Öffentlichkeit: „Ich gerate zunehmend in Widerspruch zu dem, wie die eigenen westlichen Truppen in Afghanistan agieren. [...] Es ist unerträglich, dass unsere Koalitionstruppen und ISAF inzwischen bewusst Teile der Zivilbevölkerung und damit erhoffte Keime einer Zivilgesellschaft bekämpfen. Die Paschtunen müssen dies als Terror empfinden! Westliche Jagdbomber und Kampfhubschrauber verbreiten Angst und Schrecken unter den Menschen. [...] Wir sind dabei, durch die unverhältnismäßige militärische Gewalt das Vertrauen [...] der Afghanen zu verlieren. Es gibt keine Entschuldigung für das durch unsere westlichen Militärs erzeugte Leid unter den unbeteiligten und unschuldigen Menschen.“<sup>72</sup>

Trotz aller Lippenbekenntnisse hat sich an dieser Situation nichts geändert, sie ist sogar noch schlimmer geworden. Um Verluste unter den eigenen Soldaten möglichst gering zu halten, setzen OEF und ISAF mehr und mehr Luftschläge ein, das bekanntlich denkbar schlechteste Instrument zur Vermeidung von Zivilopfern.<sup>73</sup> Dies zeigt sich zum Beispiel in Pakistan, wo die Drohnenangriffe einer – sehr konservativen – Schätzung zufolge zwischen 300 und 500 Zivilisten das Leben gekostet haben.<sup>74</sup> Die Initiative *Pakistan Body Count* geht sogar davon aus, bis 30. September 2011 seien zwischen 1.105 und 2.179 Zivilisten den Drohnenangriffen zum Opfer gefallen.<sup>75</sup> Angesichts der „Auswahl“ der Ziele ist dies jedenfalls nicht verwunderlich: „Wer gerät ins Visier der Drohnen? Afghanische, pakistanische und internationale Geheimdienste und Spezialeinheiten tragen Daten über ihre militärischen Gegner und deren Organisation zusammen, daraus entstehen Todeslisten. Auch der BND und deutsche Spezialeinheiten haben in der Vergangenheit (und wahrscheinlich auch heute noch) zu diesen Datensammlungen beigetragen. Häufig genügt ein Verdacht, um ‚zum Abschuss freigegeben‘ zu werden. Niemand wird darüber informiert, dass er auf den Listen aufgeführt wird, es gibt keine Einspruchsmöglichkeit und in den Regionen, die häufiger von Drohnenangriffen heimgesucht werden, hat es sich herumgesprochen, dass das dumpfe Dröhnen in der Luft den Tod bringen kann.“<sup>76</sup>

In Afghanistan selbst sei laut Peter Rudolf die „Ausschaltung möglichst vieler Aufständischer“ mittels gezielter Tötungen eines der Hauptziele geworden. „Die Intensität solcher Operationen hat sich im Laufe des Jahres

72 Rose, Jürgen: Schreibstubenbellizismus, Ossietzky, 20/2009.

73 King, Laura: Afghan civilian deaths up 15% this year, U.N. report says, Los Angeles Times. 15.07.2011.

74 New America Foundation: The Year of the Drone, URL: <http://counterterrorism.newamerica.net/drones>.

75 Pakistan Body Count, URL: [http://pakistanbodycount.org/drone\\_attack](http://pakistanbodycount.org/drone_attack).

76 Haydt, Claudia: Der Tod kommt aus der Luft, Ossietzky, 20/2011.



## Drohnen & gezielte Tötungen

Im Zuge des im Juni 2011 von US-Präsident Obama angekündigten schrittweisen Abzuges seiner Truppen aus Afghanistan wurde eine schon vorher bedeutende Methode in der US-Kriegsführung nun vollends in den Mittelpunkt des globalen sog. „Kriegs gegen den Terror“ gerückt: die gezielte Tötung (im Englischen „Targeted Killing“) von Feinden durch Drohnen. Diese unbemannten Flugkörper (Unmanned Aerial Vehicle, UAV) sind ferngesteuert und mit sensibler Aufklärungselektronik und tödlichen Präzisionswaffen ausgestattet. Sie avancieren seit 2002 zu einem bevorzugten Instrument zur Ausführung gezielter Tötungen.<sup>1</sup> Obama lässt durchschnittlich alle vier Tage eine raketenbestückte Drohne entsenden, sein Amtsvorgänger Bush schickte dagegen noch jeden 47. Tag eine Kampfdrohne los.<sup>2</sup> Der Anstieg in absoluten Zahlen: 9 (2004 bis 2007), 33 (2008), 53 (2009), 118 (2010) und 64 (bis 20. Oktober 2011).<sup>3</sup>

Der Ausdruck „gezielte Tötung“ ist im internationalen Recht nicht definiert. Im Allgemeinen wird darunter die tödliche Gewalt durch staatliche Organe (Armee, Polizei, Geheimdienste) oder von ihnen beauftragte, kommerziell arbeitende Militärdienstleister verstanden, die mit der Absicht durchgeführt wird (im Gegensatz zu Tötungen als „zivile Kollateralschäden“ im Rahmen militärischer Kampfhandlungen), auf fremdem Territorium, individuell ausgewählte Personen ohne rechtsstaatliches Verfahren und Kontrolle, zu töten.<sup>4</sup> Auf den weder einer gerichtlichen oder parlamentarischen Kontrolle, noch einer medialen Transparenz unterliegenden Todeslisten sollen sich bereits bis zum Frühjahr 2010 367 als Terroristen und 50 als Drogenbarone bezeichnete Personen (darunter auch US-Bürger) befunden haben.<sup>5</sup> Diese Praktiken laufen auf „staatlich angeordneten Mord“<sup>6</sup> hinaus, so die Meinung eines Spiegel-Redakteurs. Tatsächlich ist das letztlich nichts anderes, als eine außergerichtliche (illegale) Hinrichtung mit militärischen Mitteln, autorisiert durch die US-

Regierung, und exekutiert durch das US-Militär und die CIA sowie die von ihnen beauftragten privaten Militärdienstleister. Dies bestätigt auch ein Rechtsgutachten der Vereinten Nationen, das gezielte Tötungen eindeutig als völkerrechtswidrig bewertet und besonders die US-Drohnenpolitik ungemein scharf kritisiert.<sup>7</sup> Lediglich die US-Administration rechtfertigt gezielte Tötungen mit dem seit 9/11 viel bemühten Recht auf Selbstverteidigung. In einer Grundsatzrede zu den juristischen Grundregeln im „Krieg gegen den Terror“ an der Harvard-Universität führte jüngst Obamas oberster Anti-Terror-Berater John Brennan aus, dass Drohnenschläge in Kriegsgebieten wie Afghanistan als auch in Ländern, in denen kein Kriegszustand herrscht, erlaubt seien.<sup>8</sup>

Der Schwerpunkt des Kriegs mittels Drohnen liegt in Afghanistan und vor allem im Grenzgebiet zu Pakistan (Provinz Waziristan). Aber auch im Jemen, in Somalia und im Irak werden sie eingesetzt. Im September 2011 wurden geheime Startbasen in Äthiopien, auf den Seychellen und in Dschibuti öffentlich bekannt.<sup>9</sup> Der Ausbau der Infrastruktur deutet darauf hin, dass der US-Drohnenkrieg zukünftig geographisch ausgeweitet werden dürfte. Drohnen gelten als vergleichsweise kostengünstig und aufgrund ihrer technischen Eigenschaften, aber auch wegen der Möglichkeit, das Risiko der eigenen Soldaten zu minimieren, als nahezu ideale Waffen in der sog. Aufstands- und Terrorismusbekämpfung.<sup>10</sup> Dementsprechend dient der US-Drohnenkrieg in Afghanistan/Pakistan für die Rüstungsfirmen, die Drohnen herstellen (führend sind Firmen aus den USA und Israel, aber vor allem chinesische Unternehmen schließen rasch auf) als willkommene Showbühne für die angebliche Effektivität der Drohnen im „Krieg gegen den Terrorismus“. Und das Business mit dem Tod auf Flügeln boomt. Auf den internationalen Märkten herrscht ein „Rüstungswettkampf für Drohnen“. Bislang haben nur die USA, Israel und Großbritannien mit Drohnen Kampfeinsätze geflogen. Aber rund

50 andere Staaten streben ebenfalls nach dieser Technologie. Mit Drohnen ist viel Geld zu verdienen. Die Budgetzahlen des Pentagon für Drohnen wiesen 2002 noch 550 Millionen Dollar aus, 2011 waren es bereits fast fünf Milliarden Dollar. Auf insgesamt 94 Milliarden Dollar belaufen sich die Schätzungen für den Umsatz mit Drohnen für das kommende Jahrzehnt.<sup>11</sup> Diese Entwicklung wird auf dem Rücken der Todesopfer ausgetragen. Mehr als 2.300 Menschen haben die USA bereits mit von Drohnen abgefeuerten Raketen exekutiert.<sup>12</sup> Schätzungen zu unbeteiligten zivilen Opfern variieren zwischen 10% und 98% der Gesamtzahl der Todesopfer. Verlässliche Quellen existieren nicht.<sup>13</sup>

### Anmerkungen

- 1 Zum Krieg mittels Drohnen, seinen Folgen und Gefahren, die auch teilweise im Text im Überblick dargestellt wurden, vgl. Schönig, Niklas: Die Automatisierung des Krieges, HSFK-Standpunkt, Nr.5/2010; Haid, Michael: Ferngesteuerte Killer. Drohnen als neue Instrumente der Kriegsführung, in: Ausdruck, 6/2010, S. 19-22.
- 2 vgl. Lorenz, Andreas/ von Mittelstaedt, Juliane/ Schmitz, Gregor Peter: Botschafter des Todes, in: Spiegel Online, 17. Oktober 2011.
- 3 vgl. <http://counterterrorism.newamerica.net/drones> (abgerufen am 28. Oktober 2011).
- 4 vgl. Haid, ebd., S. 19.
- 5 vgl. Musharbash, Yassin: Schattenkrieg des Friedensfürsten. Obamas Killerdrohnen, Spiegel Online, 9. März 2010.
- 6 Musharbash, ebd.
- 7 Zur (völker-) rechtlichen Bewertung von gezielten Tötungen im Allgemeinen (und speziell mittels Drohnen, Ziff. 79-86) vgl. Alston, Philip: Studie über gezielte Tötungen, Bericht des Sonderberichterstatters über außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen, Generalversammlung der Vereinten Nationen, A/HRC/14/24/Add.6, 28. Mai 2010.
- 8 vgl. Lorenz u.a., ebd..
- 9 vgl. Lorenz u.a., ebd..
- 10 vgl. Möckli, Daniel: Drohnen: Militärischer Nutzen und politische Debatten, CSS Analysen zur Sicherheitspolitik, Nr. 78, Juli 2010, S. 1 ff..
- 11 vgl. Lorenz u.a., ebd..
- 12 vgl. Lorenz u.a., ebd..
- 13 vgl. Möckli, ebd., S. 3.

2010 denn auch enorm erhöht. [...] Das ‚gezielte Töten‘ in großem Stil ist, so scheint es, zur letzten Hoffnung in Afghanistan geworden. Doch diese könnte trügerisch sein [sic!]. Die Erwartung, die Aufständischen entscheidend zu schwächen, beruht auf der Annahme, die Taliban könnten die Verluste auf Kommandoebene nicht ersetzen, da sich das Rekrutierungspotenzial irgendwann erschöpfe.<sup>77</sup> Tatsächlich sind diese Aktionen alles andere als „gezielt“, ihnen fallen keineswegs nur Anführer der Aufstandsbewegung zum Opfer. Einem Bericht des *Afghanistan Analysts Network* zufolge wird dabei eher nach dem Gießkannenprinzip verfahren. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, die ISAF-Definition eines Anführers sei „so weit gefasst, dass sie inhaltsleer ist.“<sup>78</sup>

Einsätze, bei denen einzelne „Anführer“ gefangen bzw. getötet werden sollen, finden in der Regel nachts statt („night raids“). Diese haben sich seit Amtsantritt der Obama-Regierung Anfang 2009 etwa verfünffacht. Im September 2011 legte die *Open Society Foundations* eine detaillierte Untersuchung dieser night raids vor: „In vielen Fällen scheinen Nicht-Kombattanten eher aufgrund ihrer räumlichen Nähe zu Aktivitäten Aufständischer oder nebensächlicher Informationen über Widerstandsgruppen zum Ziel von night raids geworden zu sein als aufgrund ihres tatsächlichen Verhaltens oder ihrer Funktion.“<sup>79</sup> Nicht nur die Zahl der bei night raids getöteten Afghanen ist sprunghaft gestiegen, viele werden darüber hinaus auch ins Gefängnis geworfen, obwohl sich bei 80% herausstellt, dass gegen sie überhaupt nichts vorliegt.<sup>80</sup>

## 2.4 Die Logistik des Krieges und die Kontrolle Zentralasiens

Die zentralasiatischen Länder spielen bei der Realisierung des NATO-Krieges in Afghanistan eine zunehmend wichtige Rolle. Seit Beginn des Afghanistankrieges unterhalten verschiedene NATO-Staaten Militärbasen in den zentralasiatischen Ländern. Sie nutzen die Infrastruktur dieser Länder und bauen sie für den Transport militärischer Güter nach Afghanistan weiter aus. Sie erhielten Überflugrechte und verhandeln immer wieder über die Möglichkeit, auch letale Güter über diese Staaten nach Afghanistan zu transportieren. Im Gegenzug dazu erhielten die zentralasiatischen Staaten Militär- und Polizeihilfe und bei gravierenden Menschenrechtsverletzungen, die einige Staaten im Kampf gegen ihre politische Opposition begangen hatten, drückte der Westen in der Regel beide Augen zu.

Vor allem sorgt sich der Westen um die „Stabilität“ in der Region. In einer Rede 2006 sagte der damalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, zu den Interessen Deutschlands in Zentralasien: „Das Ziel Stabilität steht an vorderster Stelle. Stabilität in Zentralasien ist unerlässlich für Frieden und Prosperität in der gesamten Region um das Kaspische Meer und das Schwarze Meer. Auch eine Befriedung Afghanistans kann ohne Stabilität in Zentralasien nicht gelingen.“<sup>81</sup> Auch wenn er im Folgenden betonte, dass Stabilität vor allem durch die Förderung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte erreicht werden müsste, zeigt der Umgang Deutschlands, der EU und der USA mit den zentralasiatischen Staaten, dass „Stabilität“ vor allem durch die Unterstützung der Regime – und seien sie noch so autoritär – erreicht werden soll.

### a) Militärbasen in Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan

Der Transport der Truppen nach und ihre Versorgung in Afghanistan waren seit Beginn des Krieges ein gravierendes Problem der NATO. Verschiedene NATO-Staaten nutzen Militärbasen in Zentralasien, um ihre Truppen nach Afghanistan ein und wieder auszufliegen. Die Regierungen der zentralasiatischen Staaten wiederum wurden für ihre „Gastfreundschaft“ – teilweise in Form von Mietzahlungen, teilweise mit Militär- und Polizeihilfe – bezahlt.

Wenige Wochen nach dem 11. September 2001 schlossen die USA ein Abkommen mit der usbekischen Regierung über die Nutzung des „Karshi-Khanabad“ Flughafens im Südwesten des Landes. Im Gegenzug bauten die USA den Flughafen aus und erhöhten massiv die Militär- und Polizeihilfe<sup>82</sup>: die direkte Militärhilfe („Foreign Military Financing“) wurde von 1,75 Mio US-Dollar im Jahr 2000 auf 36,2 Mio US-Dollar 2002 erhöht, hinzu kamen die Ausbildung usbekischer Militärs in den USA sowie weitere finanzielle und materielle Hilfen an die Regierung von Islam Karimov.<sup>83</sup>

2005 jedoch forderte Karimov die USA auf, die Basis zu räumen und alle US-Soldaten aus Usbekistan abzuziehen. Anlass für diese Entscheidung war die Kritik der USA an der brutalen Niederschlagung von Protesten in Andijan im Mai 2005, bei denen *Human Rights Watch* zufolge mehrere hundert Menschen von Sicherheitskräften getötet wurden.<sup>84</sup> Das *Center for Strategic and International Studies* geht jedoch davon aus, dass dies nur der Anlass war und dass das usbekische Regime vor allem wegen der Unterstützung der USA für die „bunten Revolutionen“ in Georgien,

77 Rudolf, Peter: Kriegsmüdigkeit und Strategiewechsel in der amerikanischen Afghanistanpolitik, SWP-Aktuell 43, September 2011, S. 2f. (Rudolf 2011b).

78 Borger, Julian: Nato success against Taliban in Afghanistan ‚may be exaggerated‘, *The Guardian*, 13.10.2011.

79 The Cost of Kill/Capture: Impact of the Night Raid Surge on Afghan Civilians, *Open Society Foundations and The Liaison Office*, 19.09.2011, S. 3.

80 Rudolf 2011b, S. 3.

81 Erler, Gernot: Für eine neue Partnerschaft: Die Europäische Union und Zentralasien, Rede vom 18.05.2006, URL: [http://www.gernot-erler.de/cms/front\\_content.php?idcat=26&idart=61](http://www.gernot-erler.de/cms/front_content.php?idcat=26&idart=61).

82 Jim Nichol: Uzbekistan’s Closure of the Airbase at Karshi-Khanabad: Context and Implications, CRS Report for Congress, März 2009.

83 Lora Lumpe: U.S. Military Aid to Central Asia 1999-2009: Security Priorities Trump Human Rights and Diplomacy, *Central Eurasia Project, Occasional Paper Series N°1*, October 2010.

84 Human Rights Watch: Burying the Truth. Uzbekistan Rewrites the Story of the Andijan Massacre, September 2005.

der Ukraine und Kirgisien es vorzog, das us-amerikanische Militär des Landes zu erweisen.<sup>85</sup>

Anders als die USA musste die Bundeswehr, die seit 2001 ebenfalls eine Militärbasis in Termez im Süden Usbekistans unterhält und über die seither nicht nur die deutschen ISAF-Truppen, sondern auch die anderer NATO-Staaten ins Land geflogen werden, das Land nicht verlassen. Das lag zum einen daran, dass die deutsche Regierung das Regime Karimov für die Nutzung von Termez hohe Summen überwies und militärische Ausbildungs- und Ausstattungshilfe leistete. Zum anderen setzte sich Deutschland vehement dafür ein, die Sanktionen der Europäischen Union gegen Usbekistan nach der Niederschlagung der Protest in Andijan wieder aufzuheben, was auch geschah, ohne dass die Regierung Usbekistans die Bedingungen der EU für die Aufhebung der Sanktionen erfüllt hätte (siehe 3.2).<sup>86</sup>

Der „Karshi-Khanabad“ Flughafen ist nicht die einzige Militärbasis, die die USA in Zentralasien unterhalten, eine weitere befindet sich im Norden Kirgisiens – das sogenannte *Transit Center Manas*. Auch das kirgisische Regime erhielt dafür Militär- und Polizeihilfe, aber im Gegensatz zu Usbekistan wurde hier auch direkt für die Nutzung der Basis bezahlt. Der Council of Foreign Relations geht davon aus, dass es vor allem wirtschaftliche Gründe waren, die die kirgisische Regierung dazu bewogen haben, das US-Militär ins Land zu lassen.<sup>87</sup> Bis 2006 erhielt die kirgisische Regierung 17,4 Millionen US \$ Miete im Jahr. Nachdem sie 2009 damit drohte, die Basis zu schließen, wurde der Betrag vonseiten der USA deutlich nach oben gesetzt – auf 60 Millionen US-Dollar. Auch die „Entwicklungshilfezahlungen“, die finanziellen Mittel zur „Terrorismusbekämpfung“, die Militärhilfe etc. wurden von den USA zur Erhaltung der Basis deutlich erhöht.<sup>88</sup>

Neben den Basen in Usbekistan und Kirgisien hat auch Tadschikistan der französischen Armee einen Teil des internationalen Flughafens nahe der Hauptstadt Duschanbe vermietet. Ebenso wie der Bundeswehrstützpunkt in Termez wird die Basis auch von anderen NATO-Staaten genutzt, um ihre Truppen nach Afghanistan zu fliegen.

## b) Das „Problem“ Pakistan

Die Versorgung der ISAF und OEF Truppen erfolgte zum Großteil (ca. 80%) über Pakistan. Täglich werden hunderte von Lastern im Hafen von Karachi beladen und fahren dann über Quetta und die Grenzstadt Chaman nach Kandahar oder über Peshawar und Torkam nach Kabul. Aus

verschiedenen Gründen sind die NATO-Staaten und allen voran die USA allerdings daran interessiert, die Abhängigkeit von Pakistan in diesem Punkt zu verringern. Einerseits gibt es in Pakistan zunehmende Angriffe auf die Laster.<sup>89</sup> Andererseits handelt es sich bei der Truppenversorgung um ein riesen Geschäft, das das US-Militär an private Logistik- und Sicherheitsunternehmen ausgelagert hat<sup>90</sup>, die wiederum an die lokalen Herrscher und Warlords hohe Summen an Schutzgeld zahlen müssen, um überhaupt passieren zu können. Diese Gelder fließen unter anderem in den Widerstand gegen die NATO-Besatzung in Afghanistan.<sup>91</sup> Hinzu kommt, dass die NATO der Regierung Pakistans gerne das Druckmittel „Versorgung“ aus der Hand nehmen würde. In den letzten Monaten hat sich das Verhältnis Pakistans zum Westen und vor allem zu den USA, unter anderem durch die zahlreichen Drohnenangriffe und den Einsatz von Spezialeinheiten zur Tötung Osama Bin Ladsens auf pakistanischem Territorium, deutlich verschlechtert (siehe 2.1.). Als im Oktober 2010 us-amerikanische Hubschrauber mehrere pakistanische Soldaten in Pakistan töteten, schloss die Regierung die Grenze bei Torkam für mehrere Tage. Auch wenn der zweite Grenzübergang geöffnet blieb und die Unterbrechung der Versorgungsrouten zunächst keine Schwierigkeiten für die NATO-Truppen bedeutete, machte die Regierung Pakistans deutlich, dass sie im Zweifelsfall ein enormes Druckmittel in der Hand hat. Hinzu kommt, dass auch die Bevölkerung, die massiv unter den Drohnenangriffen im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet leidet, die Unterbrechung des Nachschubs als Möglichkeit erkannt hat, gegen diesen Krieg zu protestieren. So blockierten Anfang 2011 Demonstranten eine Straße in Peshawar, über die die LKWs auf dem Weg zur Grenze müssen.<sup>92</sup>

## c) Das Northern Distribution Network

So ist die NATO auf der Suche nach alternativen Nachschubrouten, die allerdings sehr begrenzt sind: Die kürzeste Route durch den Iran steht nicht ernsthaft zur Debatte.<sup>93</sup> Deshalb bleibt nur noch die sehr kostenaufwändige

85 Center for Strategic and International Studies: The Northern Distribution Network and Afghanistan. Geopolitical Challenges and Opportunities, Januar 2010.

86 Holtom, Paul / Bromley, Mark: The Limitation of European Union Reports on Arms Export: The Case of Central Asia, SIPRI Insights on Peace and Security, September 2010.

87 Beehner, Lionel: Asia: U.S. Military Bases in Central Asia, CFR-Backgrounder, 26.07.2005, URL: <http://www.cfr.org/kyrgyzstan/asia-us-military-bases-central-asia/p8440#p1>.

88 Nichol, Jim: Kyrgyzstan and the Status of the U.S. Manas Airbase: Context and Implications, Congressional Research Service, 01.07.2009.

89 Das „South Asia Terrorism Portal“ listet Angriffe auf die Versorgung der NATO-Truppen in Pakistan zusammen. Diese haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen: 2008: 8 Angriffe; 2009: 25; 2010: 99; bis Oktober 2011: 97; Quelle: NATO related attacks in Pakistan, URL: <http://www.satp.org>.

90 Anfang 2009 schloss das US-Verteidigungsministerium mit mehreren us-amerikanischen, afghanischen und saudi-arabischen Firmen einen Vertrag über 2,16 Mrd. US-Dollar. Diese Firmen haben die Logistik und die Sicherung der Transporte übernommen. Laut einem Bericht des „Unterausschusses für Nationale Sicherheit und Außenbeziehungen“ für das US-Repräsentantenhaus werden ca. 20% des Geldes für die Bezahlung von Schutzgeldern an lokale Warlords und die „Taliban“ bezahlt (John F. Tierney: Warlord, Inc. Extortion and Corruption along the U.S. Supply Chain in Afghanistan, Juni 2010).

91 Ebd.

92 Pakistanis protest against US drone strikes, Al Jazeera, 22.05.2011.

93 Allerdings scheint es offensichtlich Überlegungen zu geben, ob man sich mit dem iranischen Regime in dieser Frage nicht einigen könnte. Center for Strategic and International Studies: The Northern Distribution Network and Afghanistan. Geopolitical Challenges and Opportunities, Januar 2010.



Das Northern Distribution Network, Grafik: IMI.

Versorgung aus der Luft<sup>94</sup> und die Route über die zentralasiatischen Staaten.

Diese hat aber auch ihre Nachteile: „Die nördliche Route durch Zentralasien ist sicherer, aber auch länger und dadurch deutlich teurer. [...] Zudem führt diese Route durch verschiedene Länder, so dass gewaltige diplomatische Anstrengungen notwendig sind, um dies zu erreichen“.<sup>95</sup> Hinzu kommt, dass die verfügbare Infrastruktur in Zentralasien weiter ausgebaut werden muss, soll sie in Zukunft die wichtigste Versorgungsroute für ISAF werden. Aus diesem Grund gründeten die USA 2008 die „Northern Distribution Network Initiative“.

Im Rahmen dieser Initiative verhandeln die NATO und die USA mit den zentralasiatischen Regierungen über Genehmigungen für den Transport. Inzwischen haben alle fünf Staaten die Erlaubnis für nicht-letale Güter nach Afghanistan erteilt, womit jedoch der Transport von Waffen ausgeschlossen ist.<sup>96</sup> Aber schon die Genehmigung für Güter, bei denen es sich nicht um Waffen handelt, haben sich die Regime in Zentralasien teuer bezahlen lassen.

So haben die USA ihre Militärhilfe für Kirgisien, Tadschikistan und Turkmenistan im Jahr 2010 massiv erhöht: „Die 2010 erfolgte Erhöhung der FMF [Foreign Military Financing] steht in einem engen Zusammenhang mit den Verhandlungen um das NDN, auch wenn es das State Department nicht zugeben würde“.<sup>97</sup> Usbekistan erhält – nachdem sämtliche Hilfen 2005 eingestellt worden waren – erstmals 2011 wieder direkte Militärhilfe aus den USA,

94 Militärstandorte, von denen Flüge nach Afghanistan starteten – vor allem Bagram und Kandahar –, befinden sich vor allem auf der arabischen Halbinsel (Katar, VAE, Oman, Kuwait), in der Türkei und in Georgien, sowie in den zentralasiatischen Staaten.

95 Tierney, John: Warlord, Inc. Extortion and Corruption Along the U.S. Supply Chain in Afghanistan, U.S. House of Representatives, Juni 2010.

96 Eine solche Erlaubnis hat bislang nur Russland der NATO erteilt, vgl. Center for Strategic and International Studies: The Northern Distribution Network and Afghanistan. Geopolitical Challenges and Opportunities, Januar 2010.

97 Lumpe, Lora 2010.

was auf die wichtige Rolle Usbekistans im NDN zurückzuführen ist: „In den letzten drei Jahren ist Usbekistan zu einem Nadelöhr innerhalb der NDN geworden. [...] In der US-Regierung heißt es, dass ca. 98% des NDN-Verkehrs über Usbekistan läuft“.<sup>98</sup>

Parallel zu den Verhandlungen um die Genehmigung der Transporte wird in Zentralasien die notwendige Infrastruktur geschaffen, um im großen Ausmaß Nachschub nach Afghanistan bringen zu können. Hierzu werden – i.d.R. mit Entwicklungshilfegeldern – Straßen, Brücken und

Bahnlinien gebaut. Erst kürzlich wurde eine Bahnstrecke zwischen Termez in Usbekistan und Masar-i-Sharif in Afghanistan fertiggestellt, finanziert wurde das Projekt von der Asiatischen Entwicklungsbank, Japan und den USA, die ebenso eine Brücke zwischen Turkmenistan und Afghanistan finanzierte. Beide Projekte sind wichtige Bausteine im Northern Distribution Network.<sup>99</sup>

Inzwischen werden laut einem Bericht der *Washington Post* ca. 40% des Nachschubs für die NATO über das NDN nach Afghanistan verbracht, bis Ende des Jahres sollen es 75% sein.<sup>100</sup> Je wichtiger die zentralasiatischen Staaten für die Versorgung der NATO-Truppen in Afghanistan werden, desto mehr investieren diese auch in die „Stabilität“, sprich die Sicherheitskräfte. Es besteht die Befürchtung, dass Terroristen die Versorgungsrouten angreifen könnten – ein Grund mehr, die Regime in diesen Ländern weiter aufzurüsten.<sup>101</sup>

#### d) War on Terror in Zentralasien

Den 11. September 2001 und den darauf folgenden Angriff auf Afghanistan nutzen die Regierungen der fünf zentralasiatischen Staaten dazu, die Repression gegen politische Oppositionelle auszuweiten: „[...] alle zentralasiatischen Republiken verschärften [nach der Ausrufung des globalen „Krieg gegen den Terror“] die nationalen Gesetze und die Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, was vor allem eine weitere Beschränkung der religiösen und politischen Freiheiten bedeutete“.<sup>102</sup> Entscheidend war dabei die

98 Usbekistan: Military Aid to Tashkent Would Help Protect NDN - State Department, Eurasianet 28.09.2011, URL: <http://www.eurasianet.org/node/64237>.

99 New Strategic Security Initiative: Afghanistan Policy Page, 21.04.2010, URL: <http://newstrategicsecurityinitiative.org/wp-content/uploads/2010/01/P29-Afghan-Policy-Page-Afghanistans-Borders.pdf>.

100 U.S. turns to other routes to supply Afghan war as relations with Pakistan fray, *Washington Post*, 30.06.2011.

101 U.S. Keeping Mum On Military Aid To Uzbekistan, Eurasianet, 16.09.2011.

102 Omelicheva, Mariya: Combating Terrorism in Central Asia. Exp-

## Direkte Militärhilfe (Foreign Military Financing) der USA an die zentralasiatischen Staaten in US-Dollar

	2000	2002	2004	2006	2008	2009	2010
<b>Kasachstan</b>	1.500.000	4.750.000	-	3.465.000	1.339.000	4.500.000	3.000.000
<b>Kirgisien</b>	1.000.000	11.000.000	4.075.000	1.881.000	843.000	800.000	3.500.000
<b>Tadschikistan</b>	-	3.700.000	1.995.000	495.000	372.000	740.000	1.500.000
<b>Turkmenistan</b>	600.000	-	500.000	297.000	-	150.000	2.000.000
<b>Usbekistan</b>	1.750.000	36.207.000	2.980.000	-	-	-	-

Quelle: Lora Lumpe: U.S. Military Aid to Central Asia 1999-2009: Security Priorities Trump Human Rights and Diplomacy, Central Eurasia Project, Occasional Paper Series N°1, October 2010, S.15.

Nähe zu Afghanistan: „[...] die weltweite Unterstützung im Kampf gegen die Terroristen in Afghanistan bedeutete für die zentralasiatischen Staaten eine hervorragende Gelegenheit unter dem Vorwand des ‚Kampfes gegen den Terrorismus‘ die Opposition zu unterdrücken. Den meisten oppositionellen Kräfte werden inzwischen Kontakte zu Al-Kaida oder zu den Taliban bzw. ein ähnliches Gedankengut nachgesagt. Hunderte von Menschen wurden aufgrund vermeintlicher terroristischer Aktivitäten oder Verbindungen zu solchen Gruppen eingesperrt.“<sup>103</sup>

Auch wenn bei jeder möglichen Gelegenheit nicht nur die zentralasiatischen Regime, sondern auch westliche Think-Tanks und Regierungen über eine zunehmende Terrorgefahr in Zentralasien lamentieren, so scheint es gleichzeitig kaum gesicherte Erkenntnisse darüber zu geben, welche Terrorgruppen dort agieren und wie stark sie sind.<sup>104</sup> Ein Bericht der *International Crisis Group* vom Dezember 2009 zeigt allerdings auf, dass es sich bei dem „Kampf gegen den Terrorismus“ in Zentralasien vor allem um eine self-fulfilling prophecy handelt. Seit Beginn des Afghanistan-Krieges würden immer mehr Muslime, unter dem Vorwand terroristische Ziele zu verfolgen, für weitaus mehr Jahre als zuvor ins Gefängnis gesteckt.<sup>105</sup> Das Gefängnis trage dann zur Radikalisierung bei und die Regime würden sich durch ihre Repression ihre Terroristen erst erschaffen.

Angesichts der Interessen an diesen Ländern als Verbündete im Afghanistan-Krieg, konnten sich die zentralasiatischen Staaten nicht nur darauf verlassen, aufgrund von

laining Differences in States' Response to Terror, in: *Terrorism and Political Violence*, 19/2007, S.378.

103 Peimani, Hooman: Abusing the „War on Terrorism“ in Central Asia, *Central Asia-Caucasus Institute*, 14.08.2002, URL: <http://www.cacianalyst.org/?q=node/124/print>.

104 Die Islamic Movement of Uzbekistan (IMU) ist die wohl meist genannte Terrorgruppe, die nicht nur in Zentralasien, sondern auch in Afghanistan, Pakistan und Europa agieren soll. Allerdings ist vollkommen unklar, wer und wie stark diese Gruppe ist. „Es scheint so, als gäbe es kaum mehr als Vermutungen [...] über die Organisation der IMU oder deren Ziele“, so die *International Crisis Group* (Tajikistan: The Changing Insurgent Threats, *Asia Report* N°205, 24.05.2011). Die andere wichtige Organisation, die als terroristisch bezeichnet wird, ist Hizb ut-Tahrir. Allerdings agitiert die Gruppe vor allem über die Verteilung von Flugblättern und Videos. „Externe Beobachter können aber keine Belege dafür finden, dass die Gruppe direkt an gewaltsamen Aktivitäten beteiligt ist, weder in der Region noch anderswo“ (Ebd.).

105 *International Crisis Group*: Central Asia: Islamists in Prison: Update Briefing, *Asia Briefing* N°97, 15.12.2009.

Menschenrechtsverletzungen von Kritik oder gar Sanktionen der „Internationalen Gemeinschaft“ verschont zu werden. Hinzu kommt, dass verschiedene westliche Staaten, u.a. Deutschland, im „Kampf gegen den Terror“ eng mit zentralasiatischen Geheimdiensten vor allem aus Usbekistan und Kasachstan zusammen arbeiten. Sherali A. wurde im Juni 2006 in Termez festgenommen, man bezichtigte ihn, einen Anschlag auf den Bundeswehrstützpunkt auf dem Flughafen in Termez geplant zu haben. Für das deutsche Bundeskriminalamt wurde er aber vor allem im Zusammenhang mit dem Prozess gegen die so genannte Sauerlandgruppe in Deutschland interessant. In der Annahme, Sherali A. könnte Informationen zu den Beschuldigten in diesem Prozess liefern, wurde er im September 2008 von Beamten des BKA in einem Gefängnis in Taschkent verhört.<sup>106</sup> Obwohl selbst die Bundesregierung von systematischer Folter und Misshandlungen in usbekischen Gefängnissen<sup>107</sup> spricht und *Human Rights Watch* feststellte, dass „insbesondere Personen, die für religiösen „Extremismus“ verhaftet und verurteilt werden, [...] von Folter und Misshandlungen betroffen [sind]“<sup>108</sup>, wurden die Ergebnisse des Verhörs in einem Prozess in Deutschland verwendet. Inzwischen ist Sherali A. angeblich an Herzversagen<sup>109</sup> im Gefängnis gestorben.<sup>110</sup> In demselben Prozess wurden auch Aussagen eines Usbeken, der in einem Gefängnis in Astana, Kasachstan, von Beamten des BKA verhört wurde, verwertet.

Diese Militarisierung Zentralasiens dient nicht allein der logistischen Unterstützung des NATO-Krieges in Afghanistan, sondern ist auch dem Bestreben geschuldet, die rohstoffreiche und strategisch wichtige Region stärker unter westliche Kontrolle zu bringen.

106 *Human Rights Watch*: „Ohne nachzufragen“. Geheimdienstliche Zusammenarbeit mit Ländern, in denen gefoltert wird, Juni 2010.

107 Auswärtiges Amt: 9. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik, 2010.

108 *Human Rights Watch*: „Ohne nachzufragen“. Geheimdienstliche Zusammenarbeit mit Ländern, in denen gefoltert wird, Juni 2010.

109 „Herzversagen“ scheint in Usbekistan ein beliebtes Synonym für zu Tode gefolterte Menschen zu sein: „Es gab in Usbekistan noch nie viele Menschen, die offiziell zum Tode verurteilt wurden. Sie wurden und werden in den Gefängnissen zu Tode gefoltert. Natürlich werden die dann nicht als zum Tode Verurteilte gezählt, sondern sie sind im Gefängnis an Herzversagen gestorben.“ (Nachgefragt: *Usbekistan, Monitor*, 27.01.2011, URL: <http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2011/0127/pdf/usbekistan.pdf>).

110 Schmidt, Holger: Schmutzige Geschichte, *SWR*, 18.04.2011, URL: <http://www.swr.de>.

### 3. Deutschlands Schritte über den Rubikon: Per Salamitaktik in den Krieg

Um das deutsche Engagement in Afghanistan rankt sich ein seitens der Politik sorgsam gepflegter Mythos, der auch von Teilen der etablierten „Friedensforschung“ aufgegriffen wird: „Vor zehn Jahren begann ein großer Irrtum. Die internationale Gemeinschaft folgte den USA in einen Krieg, der im Laufe der Zeit sein Gesicht ebenso änderte wie Afghanistan selbst. Deutschland nahm mit noblen Absichten daran teil und verweigerte sich lange Zeit der Realität kriegerischer Dynamik, die schließlich auch den eigenen Verantwortungsbereich im Norden des Landes erfasste.“<sup>111</sup> Mit bestem Wissen und Gewissen habe man den USA nach den Anschlägen des 11. September 2001 unter die Arme greifen wollen und sei von ihnen in den jetzigen Schlamassel hineingezogen worden. Dass dies nicht den Tatsachen entspricht, ist schon lange bekannt.<sup>112</sup> Mit dieser kriegslegitimierenden Lüge räumte zuletzt der *Spiegel* im September 2011 auf, indem er unter Berufung auf interne Regierungsdokumente klarstellte: „Die deutsche Beteiligung am Afghanistan-Krieg war zu keinem Zeitpunkt zwingend. Stattdessen hat die damalige Bundesregierung den USA militärische Hilfe aufgedrängt.“<sup>113</sup>

Was steckt also hinter der Tatsache, dass Deutschland seinen Kriegsbeitrag Jahr für Jahr weiter ausbaut? Die viel beschworene Solidarität mit den USA scheidet jedenfalls aus, da sich die Bundesregierung ja augenscheinlich geradezu anbiederte. Darüber hinaus sind der deutschen Strategieplanung, wie bereits beschrieben, Fragen der militärischen Rohstoffsicherung sicherlich alles andere als fremd – sie rücken sogar immer weiter ins Zentrum der Überlegungen. Auch in Afghanistan dürfte dies eine gewisse Rolle gespielt haben, schwer vorstellbar ist allerdings, dass sie für die Kriegsentscheidung ausschlaggebend gewesen sein dürften.

Der Hauptgrund für das deutsche Engagement liegt in einem Gedankengang, der sich inzwischen fest in die Köpfe deutscher Entscheidungsträger eingefressen hat: Militärische Macht und die Bereitschaft, sie auch einzusetzen, wird als eine Art internationale Leitwährung betrachtet, die gegen Einfluss in sämtlichen anderen wichtigen Bereichen der Weltpolitik eingetauscht werden kann. Die Beteiligung an Auslandseinsätzen ist demzufolge eine notwendige Bedingung für den Aufstieg Deutschlands zu einer Weltmacht ersten Ranges. Jeder Einsatz bietet dabei zudem die Möglichkeit, die „Enttabuisierung des Militärischen“ weiter voranzutreiben, die von Ex-Kanzler Gerhard Schröder als ein wesentliches Ziel seiner Politik bezeichnet

wurde.<sup>114</sup> Sukzessive soll die – weiterhin extrem kriegsskeptische – Bevölkerung daran „gewöhnt“ werden, dass auch für Deutschland Krieg (wieder) ein „normales“ Mittel der Politik darstellt.

Aufgrund der großen Vorbehalte in der Bevölkerung war und ist die Bundesregierung aber gezwungen, ihr Kriegsengagement scheinbarweise auszuweiten. Die vielen einzelnen Eskalationsschritte sind dabei nicht nur für den Krieg in Afghanistan von wesentlicher Bedeutung, sondern generell „Meilensteine“ auf dem Weg zur „Normalisierung“ – sprich: Militarisierung – Deutschlands.

#### 3.1 Interessensgeleitete Verantwortungsrhetorik

Wie bereits angedeutet: Entscheidend für den Einsatz der Bundeswehr dürfte ein ganz grundsätzliches Kalkül sein, das generell das deutsche Bestreben antreibt, sich an nahezu jedem westlichen Militäreinsatz zu beteiligen. Militärische Kraftmeierei, die Bereitschaft zur Androhung und Anwendung von Gewalt, zahlen sich aus – so zumindest die Sichtweise der Herrschenden: „Das Recht des Stärkeren war und ist daher ein wesentlicher Aspekt des zwischengesellschaftlichen Verkehrs. Macht und Einfluss in internationalen Organisationen hängen hiervon entscheidend ab. Militärische Stärke etwa gilt als ‚diskrete Hintergrundinformation‘ über die Kräfteverhältnisse.“<sup>115</sup> Wer nicht mitkämpft, hat auf der Weltbühne auch nichts mitzureden, wie der CDU-Vordenker Karl Lamers bereits Anfang der 1990er nüchtern klarstellte: „[Die] Teilnahme an internationalen Militäraktionen [ist] eine notwendige Voraussetzung für deutschen Einfluss in der Weltpolitik.“<sup>116</sup>

Diese Überlegungen spielten augenscheinlich auch eine wesentliche Rolle für die deutsche Beteiligung am Afghanistan-Krieg, wie einer der Architekten, Ex-Außenminister Joschka Fischer, verdeutlicht: „Die Entscheidung ‚Deutschland nimmt nicht teil‘ würde auch eine Schwächung Europas bedeuten und würde letztendlich bedeuten, dass wir keinen Einfluss auf die Gestaltung einer multilateralen Verantwortungspolitik hätten. Genau darum wird es in den kommenden Jahren gehen. [...] Das Maß der Mitbestimmung richtet sich nach dem Maß des Mitwirkens.“<sup>117</sup>

114 Schröders Aussage war im Wortlaut: „Es geht ja nicht darum, dem Militärischen einen unverdienten Raum zu geben, sondern diesen Aspekt der Außenpolitik nicht zu tabuisieren, was lange gemacht wurde.“ (Mutz, Reinhard: Ein Tabu fällt - Die deutsche Außenpolitik entdeckt ihren militärischen Arm, Friedensgutachten 2002, URL: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Aussenpolitik/mutz1.html>).

115 ten Brink, Tobias: Imperialistische Phänomene: Struktur und Geschichte kapitalistischer Staatenkonkurrenz, Dissertation, 20.03.2007, S. 168. Das Zitat stammt aus einem Artikel von Harald Müller und Niklas Schörnig.

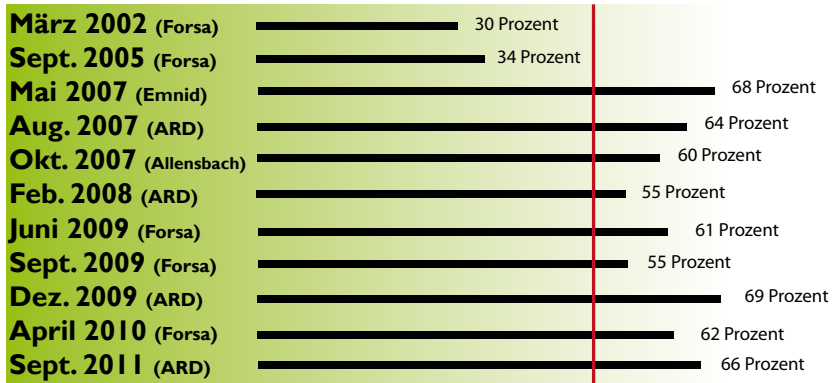
116 Theiler, Olaf: Die NATO im Umbruch, Baden Baden 2003, S. 284.

117 Der Afghanistan-Krieg (2001 - ?), 12.10.2009: <http://www.gruene-friedensinitiative.de/texte/FAQ.pdf>, S. 23.

111 Ehrhart, Hans-Georg: 10 Jahre Afghanistankrieg – was nun? Institut für Sicherheit und Frieden, 10.10.2011.

112 Vgl. Gebettelt und gedrängelt. Wie Deutschland im Herbst 2001 in den Afghanistan-Krieg zog, analyse & kritik, Nr. 565/Okttober 2011, S. 3.

113 Deutschland drängte sich für Afghanistan-Krieg auf, Spiegel Online, 04.09.2011.



Ablehnung des Afghanistan-Einsatzes, Grafik IMI.

Auch der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold antwortete auf die Frage, weshalb die Bundeswehr in Afghanistan kämpfe: „Wir wollen in den internationalen Gremien mitreden und das bringt Verpflichtungen mit sich. Friedenssicherung, Stabilität und Wahrung von Menschenrechten gehört in unseren Verantwortungsbereich.“<sup>118</sup> Der Zusammenhang zwischen Afghanistan-Krieg und Einflussnahme in internationalen Gremien lässt sich sogar noch weiter konkretisieren. Der Friedensforscher und Afghanistan-Experte Conrad Schetter bringt die diesbezügliche Interessenslage folgendermaßen auf den Punkt: „Dass der Stellenwert des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan höher ist als bei den vorangegangenen in Somalia oder auf dem Balkan, liegt vor allem an den deutschen Ambitionen auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Als Voraussetzung hierfür gilt die Übernahme größerer sicherheitspolitischer Verantwortung.“<sup>119</sup> Innerhalb des Militärs macht man sich über die machtpolitischen Hintergründe des Einsatzes jedenfalls keine Illusionen. So beschwerte sich ein Soldat des „Kommando Spezialkräfte“ (KSK), die Bundesrepublik wolle einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat, „und wir werden dafür verheizt“.<sup>120</sup>

Ausgehend von der Debatte um den Sinn bzw. Unsinn des deutschen Afghanistan-Engagements hat mittlerweile eine „neue Ehrlichkeit“ Einzug gehalten: Immer offener betonen führende Politiker für deutsche Interessen, aber auch für Deutschlands Weltmachtambitionen müsste nun eben einmal Krieg geführt werden (siehe 7.2). Der Afghanistan-Einsatz war und ist für diese Veränderung des Diskurses ein ebenso großer Meilenstein, wie generell für die Militarisierung Deutschlands.

### 3.2 Scheibchenweise in den Krieg

Deutschland war und ist vor allem im Norden Afghanistans aktiv, wo lange Zeit relativ wenige Auseinandersetzungen stattfanden. Erst seit Kurzem geraten die westlichen Truppen auch dort verstärkt unter Druck, was sich allein an der steigenden Anzahl der so genannten „Sicherheits-

118 Gierlichs, Sylvia: Täglich sterben zehn afghanische Polizisten, Nürtinger-Zeitung, 12.06.2008.

119 Der Afghanistan-Krieg (2001 - ?), 12.10.2009: <http://www.gruene-friedensinitiative.de/texte/FAQ.pdf>, S. 23.

120 Afghanistan-Einsatz – „Diesmal wird es Tote geben“, Stern, 11.07.2005.

relevanten Vorfälle“ im Norden zeigt, in den Bundeswehrsoldaten verwickelt sind<sup>121</sup>.

Der Schwerpunkt der Auseinandersetzungen lokalisiert sich jedoch weiter im Süden des Landes, wo vorrangig amerikanische und britische Soldaten kämpfen, töten und sterben. Spätestens seit der dramatischen Eskalation der Kampfhandlungen im Jahr 2006 sorgte diese ungleiche Arbeitsteilung für enormen Unmut aufseiten der Verbündeten, die fortan enormen Druck auf die Bundesregierung ausübten, sich stärker am

Krieg zu beteiligen.<sup>122</sup> Vor allem die US-Regierung fordert einen größeren deutschen Beitrag - insbesondere seit dem Amtsantritt Barack Obamas. Anfang Juli 2009 wurde der amerikanische NATO-Botschafter Ivo Daalder diesbezüglich überdeutlich: „Die Vereinigten Staaten erfüllen ihren Teil, Europa und Deutschland können und sollten mehr tun.“<sup>123</sup> Die Botschaft scheint angekommen zu sein. Komme man den US-Wünschen nicht nach, laufe Deutschland Gefahr, von den USA zu einem nachrangigen Partner herabgestuft zu werden, so die Argumentation: „Solange die Deutschen in ihrer Zone nicht mehr Initiative und Aggressivität bei der Bekämpfung der Islamisten und anderer Rebellen zeigen, werden sie nur als zweitklassige Verbündete betrachtet und auch so behandelt. Abwehr von Angriffen, die man in Berlin stets hervorhebt, genügt den Partnern nicht länger, sie wollen Angriffe auf den Feind sehen, wie auch hohe deutsche Militärs zugeben.“<sup>124</sup>

Grund für den zunächst zögerlichen Ausbau des deutschen Afghanistan-Engagements lag in Befürchtung, ein allzu forsches Vorgehen könnte die ohnehin extrem hohe Ablehnung des Einsatzes in der Bevölkerung noch weiter vergrößern. Deshalb wurde auf eine überaus erfolgreiche Salamitaktik gesetzt, um damit einerseits dem Druck der Verbündeten und den eigenen Militarisierungsbestrebungen gerecht zu werden, andererseits aber den Bogen bei der Bevölkerung nicht zu überspannen.

#### a) Tornado-Einsatz: Kriegsbeteiligung im umkämpften Süden

Der erste „Meilenstein“ war die Anfang 2007 beschlossene Entsendung von Recce-Tornados. Sie wurden auch im Süden und Osten Afghanistans eingesetzt und lieferten Zieldaten, auf deren Grundlage anschließend Bombardierungen erfolgten, bei denen auch zahlreiche Zivilisten ums Leben kamen. Mit der Entsendung der Tornados,

121 2005:1; 2006:10; 2007: 15; 2008:42; 2009:87;2010:141; 2011 (bis Anfang August): 31 (Wikipedia: Zwischenfälle der Bundeswehr in Afghanistan).

122 „Ich kann es nicht mehr hören, dass die Bundeswehr in Afghanistan ist. Entscheidend ist doch wohl, dass die Deutschen nicht dort sind, wo sie gebraucht werden“, so ein britischer Offizier. Siehe Afghanistan: Unmut über die Bundeswehr wächst, Welt Online, 14.09.2006.

123 „Deutschland und Europa müssen mehr tun“, FAZ, 01.07.2009.

124 Rühl, Lothar: Verbündeter zweiter Klasse, FAZ, 19.07.2009.

## Aufstandsbekämpfung – Das Vorbild Falludscha

„Die Stadt Falludscha liegt ca. 50 Kilometer westlich von Bagdad. Sie war aus Sicht der US-Geheimdienste und Militärs seit langem eine ausgesprochene Hochburg des Widerstands. Am Montag, den 8. November 2004, begannen alliierte Streitkräfte im Rahmen der Operation Phantom Fury, die Stadt von Widerstandskämpfern zurückzuerobern. [...] Das offensive Vorgehen gegen die Widerstandsnerster sollte einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der für Januar 2005 vorgesehenen Wahlen leisten.

Als vorbereitende Maßnahme waren im Verlauf des Oktobers wie-

derholt begrenzte Luftangriffe durch Flugzeuge, Hubschrauber und unbemannte Luftfahrzeuge durchgeführt worden. Die eigentliche Bodenoperation begann am 8. November. Verschiedene Truppenkontingente, wie Kräfte der irakischen Armee, des US-Heeres und der US-Marineinfanterie (Marines) tasteten sich an die Stadt heran. Zu diesem Zeitpunkt schätzten die US-Militärs, dass sich ‚nur‘ noch 30.000-90.000 Zivilisten vor Ort befanden.

Insgesamt waren ungefähr 12.000 Soldaten aufmarschiert. Am 9. November drangen die Bodentruppen in

die Stadt vor und führten 10 Tage lang einen intensiven Häuserkampf gegen ihre Widersacher. [...] Die schweren Probleme, denen sich die US-Streitkräfte in Falludscha gegenüber sahen, untermauern die Dringlichkeit einer intensiveren Berücksichtigung des Gefechtsraums Stadt.“

Quelle: Sascha Lange: Falludscha und die Transformation der Streitkräfte – Häuserkampf in Städten als dominante Kernfähigkeit der Zukunft? SWP-Diskussionpapier, Januar 2005, S. 3.

die Ende 2010 wieder abgezogen wurden, machte sich Deutschland somit unweigerlich zum Mittäter: „Es muss der Bevölkerung deutlich gemacht werden, dass zwar die Aufklärungstornados nicht unmittelbar in Kampfhandlungen verwickelt werden, aber das Liefern von Fotos der Aufklärungstornados kann im Süden von Afghanistan dazu führen, dass Kampfhandlungen durchgeführt werden. Und das kann auch bedeuteten, dass Zivilisten zu Schaden kommen und dieses wollen wir natürlich letztlich auch offen aussprechen, dieses müssen wir auch offen aussprechen“, so Walter Jertz, ehemals Chef des Luftwaffenführungskommandos.<sup>125</sup>

Doch die Entsendung der Aufklärungsflugzeuge war lediglich ein erster wichtiger Schritt zur Verschärfung des Bundeswehreinsatzes, weitere sollten folgen.

### b) Operationsschwerpunkt zivil-militärische Aufstandsbekämpfung

Im Jahr 2003 richtete Deutschland in Kunduz und im September 2004 in Feyzabad zwei so genannte „Regionale Wiederaufbauteams“ (Provincial Reconstruction Teams, PRTs) ein. Dabei handelt es sich um integrierte Einheiten, die eine Umsetzung der zivil-militärischen Zusammenarbeit bzw. des Comprehensive Approach in Reinform darstellen. In Afghanistan konnte die Bundeswehr damit erstmals in großem Stil erproben, was mittlerweile unter dem Begriff der „vernetzten Sicherheit“ zum Leitkonzept der deutschen Strategieplanung geworden ist (siehe 7.4).

Gleichzeitig wurde immer nachdrücklicher darauf hingewiesen, dass sich das deutsche Engagement keineswegs auf Wiederaufbau und bewaffnete Entwicklungshilfe beschränken dürfe, sondern dass Krieg durchaus mit zum zivil-militärischen Geschäft gehöre. Schon 2007 betonte

der spätere Verteidigungsminister Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg: „Wir waren dort nie neutral. Wir haben uns auch im ISAF-Mandat über das Ausmaß des Brunnensbaus hinaus engagiert. Dieses Mandat umfasst explizit die Bekämpfung von Aufständischen.“<sup>126</sup> Kurz darauf, im Januar 2008, plädierte eine Analyse der regierungsnahen *Stiftung Wissenschaft und Politik* dafür, die Bundeswehr solle das von den USA im Irak angewandte zivil-militärische Aufstandsbekämpfungskonzept für Afghanistan übernehmen. „Wie im Irak bestehen auch dort klassische Herausforderungen durch Aufständische, die möglichst wirksam bekämpft werden müssen. [Deshalb ist] die militärische Präsenz der Koalitionstruppen in der Fläche und die Durchführung gezielter offensiver Operationen gegen radikale Aufständische notwendig.“ Generell gehe es für Deutschland und die NATO darum, den „Operationsschwerpunkt Aufstandsbekämpfung“ in den Mittelpunkt der Planung zu rücken.<sup>127</sup>

Gesagt, getan: Am 30. Juni 2008 übernahm die Bundeswehr die Führung der „Quick Reaction Force“ (QRF) von Norwegen. Die etwa 200 Soldaten des 212. Panzerrenadierbataillons wurden im Norden und Westen Afghanistans eingesetzt und hatten laut ihrem Kommandeur die Aufgabe „zu helfen, zu retten, zu schützen, zu unterstützen und natürlich überall zu kämpfen, wo solch eine Truppe gebraucht wird und angemessen ist.“ Die QRF sei für „alle Eskalationsstufen“ ausgebildet.<sup>128</sup> Das Aufgabenspektrum dieser Schnellen Eingreiftruppe umfasste laut Bundeswehr nicht nur den „Einsatz gegen militante Kräfte im Einsatzgebiet, die die Sicherheitslage gefährden“, sondern auch,

126 „Wir waren in Afghanistan nie neutral“, *Der Spiegel*, 31.01.2007.

127 Noetzel, Timo/Schreer, Benjamin: Strategien zur Aufstandsbekämpfung, *Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell*, Januar 2008.

128 Bundeswehr stellt Eingreiftruppe in Afghanistan, *Der Tagesspiegel*, 01.07.2008.

125 Kobylinski, Alexander/Caroline, Walter: Krieg oder Frieden? – Streit um den Einsatz von Tornados, *Kontraste*, 15.02.2007.



„gewaltbereite Menschenmengen mit nichtletalen Mitteln unter Kontrolle zu bringen.“<sup>129</sup> Im August 2010 ist der QRF-Verband aufgelöst bzw. in andere Truppeneinheiten überführt worden, bis dahin war er aber überaus aktiv. Von besonderer Tragweite war dabei die QRF-Beteiligung an den Operationen Harekate Yolo I und II im Oktober und November 2007. Damals wurde die QRF noch von Norwegen befehligt, die Einsätze erfolgten aber bereits mit maßgeblicher deutscher Unterstützung und sind aus mehreren Gründen relevant.

Ziel der beiden in den Provinzen Faryab, Badghis und Badakhshan durchgeführten Einsätze war laut einem Bericht an die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses vom 11. Dezember 2007 die „Zurückdrängung eines in den letzten Monaten beobachteten Aufwuchses von Insurgenten.“<sup>130</sup> An Harekate Yolo I im Oktober 2007 waren 400 afghanische Soldaten und Polizisten sowie 160 deutsche Fallschirmjäger beteiligt. Die deutlich umfangreichere Operation Harekate Yolo II, die am 1. November 2007 begann, wird im entsprechenden Wikipedia-Eintrag folgendermaßen beschrieben: „Zur Rückeroberung der verlorenen Provinz und Zerschlagung der Taliban im Norden stellte die ISAF unter dem Kommando des deutschen Brigadegenerals Dieter Warnecke, Befehlshaber des Regionalkommandos Nord, eine Streitmacht zur Gegenoffensive zusammen. Unter dem Befehl von Brigadegeneral Warnecke befanden sich die durch norwegische Soldaten gestellte Quick Reaction Force (QRF) aus Mazar-e Scharif, eine Einheit Norwegische Marineinfanterie, das 209. afghanische Armeekorps unter General Ali Murat inklusive ihrer deutschen ISAF-Ausbilder, sowie 300 Mann Unterstützungskräfte der Bundeswehr (Sanitäter, Hubschrauber, Logistik, Aufklärung, CIMIC).“<sup>131</sup> Auch wenn der deutsche Beitrag seinerzeit - noch - nicht direkte Kampfhandlungen am Boden einschloss, war er dennoch relevant: „Die Bundeswehr hat zwar zahlenmäßig [...] einen geringen Anteil – doch ihr Beitrag macht die Truppe erst einsatzbereit: Funkverbindungen, Nachschub und Sanitäter stellen die Deutschen, die gemeinsam mit den Afghanen, Norwegern und anderen Nato-Truppen in dieses Gefecht zogen.“<sup>132</sup>

Dieser Einsatz kann aus drei Gründen als bahnbrechend bezeichnet werden. Zum einen handelte es sich bei Harekate Yolo um „die erste offensive Militäroperation seit dem Zweitem Weltkrieg unter deutschem Kommando.“<sup>133</sup> Zum Zweiten läutete er einen generellen Schwenk der Einsatzplanung zur aggressiven Aufstandsbekämpfung ein: „Harekate Yolo II markiert einen Wendepunkt in der militärischen Operationsführung der ISAF im Norden Afghanistans. Militärische Kräfte hatten sich bis dahin vorrangig auf die Durchführung von Patrouillen beschränkt. [...]

Künftig wird der Fokus mehr auf gemeinsamen, gezielten Offensivoperationen mit den afghanischen Sicherheitskräften liegen.“<sup>134</sup> Damit verändert sich das Einsatzprofil der deutschen Truppen ganz erheblich: „Erstmals stehen bei einem Auftrag der Bundeswehrsoldaten offensive Kampffaktionen im Vordergrund. Ihre Mandatsvorgänger, die Norweger, empfehlen den Deutschen, sich jetzt auch aufs Töten und Sterben vorzubereiten.“<sup>135</sup> Und schließlich kam es bei Harekate Yolo ganz der Doktrin der vernetzten Sicherheit folgend zu einer engen Abstimmung militärischer und ziviler Mittel zur Aufstandsbekämpfung: „Die zentrale Lehre von Harekate Yolo II ist, dass ein abgestimmter Einsatz ziviler und militärischer Mittel von entscheidender Bedeutung für die Führung von Auslandseinsätzen ist, deren Schwerpunkt die Aufstandsbekämpfung ist.“<sup>136</sup>

### c) Deutschland geht in die Offensive

Parallel zur der zunehmend offensiven Ausrichtung wurde im Herbst 2008 die Truppenobergrenze der Bundeswehr abermals, diesmal von 3500 auf 4500 Soldaten erhöht – ursprünglich waren es einmal 1200. Ferner wurde das Mandat nicht wie bisher für 12, sondern für 14 Monate erteilt, um so zu verhindern, dass dieses Thema in den Wahlkampf 2009 hineinspielte.

Im Anschluss daran erfolgte eine drastische Brutalisierung der Vorgehensweise, die das offiziell weiter propagierte Bild des Einsatzes als einer Art „bewaffneter Entwicklungshilfe“ immer unglaubwürdiger werden ließ. So fand von Mitte bis Ende Juli 2009 die „Operation Adler“ statt. Dabei handelte es sich um eine Militäroperation von 300 Bundeswehrsoldaten und etwa 900 afghanischen Regierungstruppen, bei der von deutscher Seite erstmals auch schweres Gerät, Mörser und Schützenpanzer, zum Einsatz kam. Ziel war es, Widerstandsgruppen zurückzuschlagen, die im deutschen Verantwortungsgebiet an Boden gewonnen hatten. Während sich die Bundeswehr bei Harekate Yolo I und II noch auf logistische Zuarbeit beschränkt hatte, fand sie sich nun im Zentrum des Geschehens wieder: „Die Operation Oqab [afgh. für Adler] bedeutete für das deutsche Heer die erste direkte Beteiligung an einer Offensive seit seinem Bestehen. Die Tragweite des deutschen Beitrags spiegelt sich in der Aussage von Oberstleutnant Hans-Christoph Grohmann, Kommandeur der QRF, wider, der einen seiner Offiziere als ‚den ersten Oberleutnant, der nach 1945 eine Infanterie-Kompanie im Angriff geführt hat‘ vorstellte.“<sup>137</sup>

Nahezu zeitgleich erfolgte im Juli 2009 die Anpassung der „Nationalen Klarstellungen“ zum NATO-Operationsplan. Sie regeln, wann die Soldaten in Afghanistan

129 Quick Reaction Force - Eine Schnelle Eingreiftruppe der ISAF, bundeswehr.de, 18.01.2008.

130 Weiland, Sven: Der weichgespülte Kampfeinsatz, Spiegel Online, 10.01.2008.

131 Wikipedia: Harekate Yolo.

132 Focus Online, 08.11.2007.

133 Wikipedia: Harekate Yolo.

134 Noetzel/Schreer 2008, S. 3.

135 Neue, gefährliche Aufgabe für die Bundeswehr, Die Welt, 30.06.2008.

136 Noetzel, Timo/Schreer, Benjamin: Bundeswehr: Herausforderung Aufstandsbekämpfung, in: Schmidt, Peter (Hg.): Das internationale Engagement in Afghanistan, SWP Studie, August 2008, S. 31-36, S. 36.

137 Wikipedia: Operation Oqab.

Gewalt einsetzen dürfen und werden bündig auf einer so genannten Taschenkarte zusammengefasst. Nachdem folgender Satz komplett gestrichen wurde, ist seither auch für die deutschen Soldaten ein noch offensiveres Vorgehen erlaubt: „Die Anwendung tödlicher Gewalt ist verboten, solange nicht ein Angriff stattfindet oder unmittelbar bevorsteht.“<sup>138</sup> Selbst in der Sprachregelung spiegelt sich die zunehmende Brutalisierung des Einsatzes wider. Hatte man lange versucht, den Begriff des Krieges zu vermeiden, wird er inzwischen mehr oder minder offen verwendet – u.a. auch deshalb, weil dies im Falle von Zivilopfern eine Aburteilung nach dem Völkerstrafgesetzbuch ermöglicht, das hier deutlich großzügiger ist als das nationale Strafrecht, das ansonsten zur Anwendung kommen müsste (siehe 7.6). Damit war es möglich von einer Anklage gegen Oberst Klein, den Verantwortlichen für die 142 Toten des Luftangriffes auf die Tanklaster bei Kunduz im September 2009, abzusehen.<sup>139</sup>

Von großen Teilen der Truppe scheint Kunduz zynischerweise sogar zum Symbol für die neue deutsche Militärpolitik hochstilisiert zu werden: „Die Bundeswehr, weg von der Armee des Grundgesetzes, geschaffen nur zur Landesverteidigung, weg von den Prinzipien der Inneren Führung, weg vom Staatsbürger in Uniform, hin zu einer professionellen Kampftruppe von Freiwilligen, die weltweit Aufträge übernimmt – im Sinne dessen, was die jeweilige Bundesregierung kurzfristig als nationales Interesse definiert: Auf dem Weg zu diesem Ziel, meint der langjährige Spezialeinsatzkommando-Holger, werde Kleins Militäraktion von vielen in der Bundeswehr als wichtiger Meilenstein gesehen.“<sup>140</sup> Die seither erfolgte beispiellose Militarisierung des öffentlichen Raums und das Vordringen der Bundeswehr in immer mehr zivile Bereiche ist eine „logische“ Konsequenz dieser Entwicklungen, die durch den Krieg in Afghanistan in Gang gesetzt wurden (siehe 7.).

#### d) Nochmalige Truppenerhöhung und explodierende Kosten

Im Januar 2010 wurde die Mandatsobergrenze der Bundeswehr nochmals von 4.500 Soldaten auf 5.350 Soldaten angehoben. Während für den Einsatz zuvor 820,7 Mio. Euro veranschlagt wurden, verursachte diese Truppenerhöhung offiziell weitere Zusatzkosten in Höhe von 275 Mio. Euro. Damit überstiegen die Kosten für einen zwölfmonatigen Einsatz der Bundeswehr erstmals die symbolträchtige Marke von 1 Mrd. Euro. Dabei handelt es sich jedoch lediglich um die Spitze des Eisbergs, die tatsächlichen Kosten des Bundeswehr-Einsatzes sind weit höher (siehe 4.5).

Im Januar 2011 verlängerte der Bundestag das Afghanistan-Mandat um weitere 12 Monate und im Mai desselben Jahres stellte Verteidigungsminister Thomas de Maizière

klar, auch nach dem vermeintlichen Abzugstermin 2014 „werden wir in Form von Ausbildung und anderen Hilfeleistungen wohl auch mit der Bundeswehr in Afghanistan präsent sein.“<sup>141</sup> Mit anderen Worten: die Bundeswehr wird noch viele Jahre in Afghanistan Krieg zur Durchsetzung deutscher Interessen führen. Dies alles hat zur Folge, dass das Ansehen der Deutschen auf den niedrigsten Stand seit Besatzungsbeginn gefallen ist: „Es ist offensichtlich: Deutschland wird kaum noch als Verbündeter der Bevölkerung, sondern fast nur noch als ausländische Kriegspartei wahrgenommen.“<sup>142</sup>

Dennoch scheint man den bisherigen Kurs unbeirrt fortsetzen zu wollen. Zehn Jahre nach der ersten Petersberg Konferenz sollen Anfang Dezember 2011 erneut auf deutschem Boden die Weichen für die weitere westliche Kriegspolitik gestellt werden. Als Ausrichter untermauert Deutschland damit einmal mehr nachdrücklich den Anspruch auf eine Führungsrolle im Krieg, vor allem aber auch bei dem, was heutzutage beschönigend als Staatsaufbau (Nation Building) bezeichnet wird: „Die Bundesregierung übernimmt bei Wiederaufbau und Entwicklung Afghanistans eine wichtige Rolle und engagiert sich auf verschiedenen Ebenen für das Land. Deutschland war Ausrichter der Petersberg-Konferenz 2001 sowie der Berliner Afghanistan-Konferenz 2004. Auch durch die organisatorische Unterstützung von zwei großen Ratsversammlungen (Emergency Loya Jirga 2002 und verfassungsgebende Loya Jirga 2003/2004) und durch Beiträge zur Durchführung der Präsidentschaftswahlen 2004 und 2009 sowie zur Parlamentswahl 2005 hat Deutschland die politische Entwicklung Afghanistans begleitet.“<sup>143</sup> Die Umsetzung der auf diesen Konferenzen verordneten Maßnahmen ist neben Krieg und Besatzung selbst, ein weiterer wesentlicher Faktor für die in Gang gekommene Eskalationsspirale.

138 Neue Regeln erlauben Deutschen offensiveres Vorgehen, Spiegel Online, 04.07.2009.

139 Vgl. Haid, Michael: Zivile Gerichtsbarkeit und Völkerstrafgesetzbuch, in: AUSDRUCK (April 2010).

140 Thörner, Marc: Der Oberst betet. Die neuen Helden der Bundeswehr, Deutschlandfunk, 18.10.2011.

141 Bundeswehr bleibt auch nach 2014 in Afghanistan, Welt Online, 28.05.2011.

142 Henze, Arnd: Afghanistan-Umfrage der ARD: Das Ansehen des Westens ist so schlecht wie nie, Tagesschau Online, 06.12.2010.

143 Situation und Zusammenarbeit, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, URL: [http://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/laender\\_regionen/asien/afghanistan/zusammenarbeit.html](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/asien/afghanistan/zusammenarbeit.html).

## Auf Konfrontationskurs mit dem humanitären Völkerrecht

Nicht nur hinsichtlich des Kriegs- verhütungsrechts lässt die Legalität und die Legitimität der deutschen Militärpräsenz in Afghanistan zu wünschen übrig. Auch bezüglich der Zulässigkeit ihrer militärischen Maßnahmen vor Ort bewegt sich die Bundeswehr auf Konfrontationskurs mit völkerrechtlichen Mindeststandards. Dies betrifft vor allem die Vorgaben des humanitären Völkerrechts (im Kern die Genfer Konvention von 1949 und ihre Zusatzprotokolle von 1977) sowie die entsprechenden Menschenrechtsverträge. Diese bestimmen, dass in einem nicht-internationalen bewaffneten Konflikt wie in Afghanistan Gewalt nur gegen am Konflikt Beteiligte (Kombattanten), nicht aber gegen Unbeteiligte (Zivilisten) ausgeübt werden darf. In jedem Fall ist Deutschland verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die Bundeswehr diese Regelungen im

Einsatz beachtet. Bei Zweifeln gilt eine Person als Zivilist, eine Gefangennahme ist wann irgend möglich immer einer Tötung vorzuziehen, in Kamphandlungen, bei denen Zivilisten geschädigt werden können, ist eine große Sorgfaltspflicht anzulegen und die Verhältnismäßigkeit der militärischen Gewalt Handlung in ihrer Auswirkung auf Unbeteiligte zu berücksichtigen, bestimmte Aktionen (bspw. gezielte Tötungen oder auch nur die Beihilfe hierzu) sind völkerrechtlich von vorneherein strengstens verboten und müssen unterlassen werden.

Im Falle der Verletzung dieser Standards sieht das humanitäre Völkerrecht Kompensationsleistungen an die Geschädigten bzw. deren Angehörige vor. Im Falle der Hinterbliebenen der zivilen Opfer des Luftschlags nahe Kundus verweigert die Bundesregierung jegliche Ent-

schädigungszahlungen. Der idealtypische Zweck dieser Regelungen ist es, die zerstörerischen Auswirkungen von bewaffneten Konflikten auf die Zivilbevölkerung so gering als irgend möglich zu halten. Dass dagegen auch seitens der Bundeswehr (teilweise nicht direkt, sondern mittels bestimmter Hilfsleistungen an Verbündete) verstoßen worden sein dürfte, geben die im Folgenden aufgeführten Stichworte wieder: die Anordnung des Luftschlags nahe Kundus unter Inkaufnahme sog. „ziviler Kollateralschäden“, gezielte Tötungen, Beteiligung an der Fahndungsliste „Joint Priority Effects List“ (JPEL) der NATO („capture or kill“) oder ungesetzliche Gefangennahmen (Verschleppungen) bzw. Auslieferungen solcher Personen an Verbündete, bei denen ernsthafte Zweifel an einer menschenrechtskonformen Gefangenenbehandlung bestehen.

## 4. Staatsaufbau à la NATO: Fassadendemokratie, Neo-liberales Nation Building und Guerillakrieg im Eigenbau

„Friedenseinsätze“ sind seit einigen Jahren schwer angesagt: „Der Aufwärtstrend bei der Gesamtzahl der in Friedenseinsätzen entsandten Personen nimmt mit einem Anstieg um 20 Prozent zwischen 2009 und 2010 und einer erreichten Gesamtzahl von 262.842 weiter zu.“<sup>144</sup> Untrennbares Begleitprogramm dieser „Friedenseinsätze“ ist mittlerweile der Staatsaufbau (Nation Building) geworden, der von bestimmten Grundannahmen angeleitet wird. Unter dem Fachbegriff des „Liberal Peace“ wird dabei nach folgender simplifizierenden Formel verfahren: Demokratie und freie Märkte gleich Frieden.<sup>145</sup> In der Praxis werden

dabei aber häufig autoritäre Staatswesen aufgebaut und die Wirtschaft entlang neoliberaler Ordnungsvorstellungen umstrukturiert. „Von Mozambique bis Ost-Timor, die Anstrengungen zum Wiederaufbau nach Konflikten werden vom neoliberalen Model angeleitet und betonen die therapeutische Kraft des Marktes.“<sup>146</sup> Dies mag westlichen Präferenzen entsprechen, den Menschen kommt es sicherlich nicht zugute.

Auch in Afghanistan wurden die einen Verbrecher (Taliban) durch die anderen (Nordallianz) ersetzt und versucht, dem aus dem Krieg hervorgegangenen autoritären Gebilde einen pseudodemokratischen Anstrich zu verpassen. Für das, was am Hindukusch unter westlicher Anleitung etabliert wurde, hat sich mittlerweile der Begriff der „Fassadendemokratie“ eingebürgert, der fast noch beschönigend ist.<sup>147</sup> Damit gelang es zwar, pro-westliche Potentaten an die Macht zu bringen, in der Bevölkerung verfügen sie je-

144 SIPRI Jahrbuch 2011, Kurzfassung auf Deutsch, S. 6. Allein die Zahl der unter Leitung der Vereinten Nationen stationierten Soldaten und Polizisten stieg von weniger als 20.000 im Jahr 2000 auf etwa 100.000 an (Stand: Juni 2011). Hinzu kommen noch weitere „Personalgattungen“, sodass sich die Gesamtzahl auf 123.638 beläuft. Vgl. zur Kritik an der Militarisierung der Vereinten Nationen Mickan, Thomas: Die UN und der neue Militarismus. Von Krieg und UN-Frieden: Peacekeeping, Regionalisierung und die Rüstungsindustrie, IMI-Studie, 2011/14.

145 „Obwohl Peacebuilder nicht mit einer einheitlichen Vision oder einer einzigen Blaupause agieren, leiten liberale Werte so eindeutig ihre Aktivitäten, dass wir ihre gemeinsamen Anstrengungen als ‚Liberales Peacebuilding‘ bezeichnen können.“ (Barnett, Michael: Building a Republican Peace: Stabilizing States after War, International Security. Vol. 30, No. 4 (Spring 2006), S. 87-112, S. 88).

146 Lacher, Wolfram: Iraq: Exception to, or Epitome of Contemporary Post-Conflict Reconstruction?, in: International Peacekeeping, April 2007, S. 237-250, S. 241. Vgl. auch Frewen, Justin: Neoliberal ‘Peace-building’ and the UN – Part 1, Irish Left Review, 05.05.2011.

147 Vgl. etwa Möllhoff, Christine: Wahl in der Fassaden-Demokratie, FR Online, 19.09.2010.

doch über wenig Rückhalt. Auch erwiesen sich die neuen afghanischen Machthaber zwar willig, den neoliberalen Komplettumbau des Landes einzuleiten, für die notleidende Bevölkerung ist dies allerdings eine ebenso schlechte Entwicklung. Der liberale Friede entpuppt sich damit in der (afghanischen) Praxis als autoritäre Ausbeutung, und es ist nicht verwunderlich, dass der Widerstand hiergegen zunimmt.

#### 4.1 Autoritäre Scheindemokratie ohne jegliche Legitimität

Die zentralen Weichenstellungen für den „demokratischen Neubeginn“ Afghanistans erfolgten auf der Konferenz auf dem Bonner Petersberg im Dezember 2001. Die USA hatten bereits zuvor beschlossen, Hamid Karzai zum Chef einer Interimsregierung zu machen, die am 20. Dezember 2001 ihre Arbeit aufnahm. Die Zusammensetzung dieser neuen „Regierung“ war hochgradig fragwürdig, vor allem, weil die paschtunische Bevölkerungsmehrheit nahezu komplett ausgeschlossen wurde: „Obwohl Karzai ein Paschtune ist, mangelt es ihm an Unterstützung in der paschtunischen Gemeinschaft, da er als ein ‚machtloser Strohhalm‘ gesehen wird, der von Ausländern und Nicht-Paschtunen beeinflusst wird, ein Frontmann für die Vereinigte Front [auch Nordallianz genannt] und als die Person, die verantwortlich ist für den Aufstieg der Nicht-Paschtunen zur politischen Macht.“<sup>148</sup>

Noch schlimmer ist es um Karzais „Kabinetts“ bestellt, wie etwa die afghanische Frauenrechtlerin Malalai Joya beklagt: „Die US-Regierung hat das ultrareaktionäre und brutale Regime der Taliban beseitigt. Statt sich aber auf das afghanische Volk zu stützen, hat sie uns vom Regen in die Traufe gestürzt und ihre Freunde unter den schmutzigsten und berüchtigtsten Kriminellen der ‚Nordallianz‘ gesucht, in der sich eingeschworene Feinde der Demokratie und der Menschenrechte versammelt haben, die nicht weniger übelgesinnt, böse und grausam sind als die Taliban. [...] Jetzt sind die Führer der Nordallianz die entscheidenden Machthaber, und unser Volk ist eine Geisel in den Händen dieser rücksichtslosen Killerbande. Viele von ihnen sind verantwortlich für das Abschlachten von Zehntausenden unschuldiger Menschen in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Trotzdem nehmen sie wichtige Regierungsämter ein.“<sup>149</sup>

Somit wurden bereits zu diesem frühen Zeitpunkt wichtige Entscheidungen festgezurr – und zwar vonseiten der Besatzer.<sup>150</sup> Diese „Choreografie“ sollte sich im weiteren Verlauf der Ereignisse als überaus fatal herausstellen. So schreibt der afghanische Politikwissenschaftler Matin Baraki: „Die afghanische Zivilgesellschaft, die 2001 parallel

am Fuße des Petersberg tagte, wurde von niemandem zur Kenntnis genommen. Die Teilnahme säkular orientierter Kräfte und selbst bürgerlicher Technokraten an den Verhandlungen war von fast allen Konferenzteilnehmern unerwünscht. Dies rächt sich nun. Ein afghanisches Sprichwort bringt das Dilemma so auf den Punkt: ‚Wenn das Wasser an der Quelle dreckig ist, wird der ganze Fluß schmutzig.‘“<sup>151</sup>

Die nächste Episode in der afghanischen Demokratieposse war eine „Große Ratsversammlung“ (Loya Jirga) im Juni 2002, die den Prozess zur Legitimierung der „Regierung“ einleitete, der dann in mehreren „Wahlen“ seinen Fortgang nahm. Mit der Verabschiedung einer Verfassung war dann schließlich die grundlegende Ausrichtung des neuen Staatswesens mehr oder weniger unveränderlich festgelegt worden: „Auf der Grundlage des Petersberg-Akommens wurden zwischen 2002 und 2005 mehrere Wahlprozeduren durchgeführt. Im Dezember 2001 war Karzai in das Amt des Ministerpräsidenten eingeführt und im Juni 2002 auf einer Loya Jirga (Ratsversammlung) zum Präsidenten gewählt worden, wobei 24 Stimmen mehr abgegeben wurden als Abgeordnete anwesend waren. Am Eingang zum Wahlzelt wurden Abgeordnete durch Minister und Gouverneure per Unterschrift verpflichtet, für Karzai zu stimmen. Im Vorfeld dieser Wahlen hatten die USA 10 Millionen US-Dollar ausgegeben, um für ihn Stimmen zu kaufen. Anfang Januar 2004 wurde auf einer weiteren Loya Jirga eine Verfassung verabschiedet und Afghanistan zur Islamischen Republik ausgerufen. 2004 fanden Präsidentschafts- und 2005 Parlamentswahlen statt, wobei Drohungen, Gewalt, Mord und Stimmenkauf die Regel waren.“<sup>152</sup>

Seither fand keine Wahl statt, die nicht offensichtlich gefälscht und deren Ergebnisse nicht mit massiven Drohungen zurechtgebogen wurden – auch nicht die letzte im September 2010.<sup>153</sup> Selbst die *Konrad-Adenauer-Stiftung* kam in einer Auswertung der letzten Wahlen zu dem Ergebnis: „Afghanistan [entspricht] einer ‚defekten Demokratie‘. Eine solche ‚defekte Demokratie‘ weist zwar Merkmale einer repräsentativen Demokratie auf beziehungsweise lassen sich die Herrschenden durch Wahlen legitimieren. Es existieren jedoch schwerwiegende Mängel in der Umsetzung rechtstaatlicher Strukturen, horizontaler und vertikaler Kontrollmechanismen und der staatlichen Machtausübung in vielen Bereichen. Auch kann eine Achtung der Menschenrechte oder gar Rechtsstaatlichkeit nicht garantiert werden. Kurzum: Nicht überall, wo Demokratie drauf steht, ist auch Demokratie drin.“<sup>154</sup> Und

151 Baraki, Matin: Im Innern des Protektorats. In Afghanistan haben Demokratie und Menschenrechte noch immer wenig Chancen, in: *iz3w*, Nr. 275, März 2004, S. 6-9.

152 Baraki 2007, S. 11f.

153 Vgl. Chrissie Hirst: How Has the ‘Liberal Peace’ Served Afghanistan? *Journal of Conflict Transformation & Security*, Vol. 1, Nr. 2 (2011), S. 11-24; Bijlert, Martine van: Untangling Afghanistan’s 2010 Vote. Analysing the electoral data, AAN Briefing Paper 03/2011.

154 Khakatbari, Babak: Parlamentswahlen in Afghanistan, KA, 17.09.2010, S. 5f.

148 Qazi, Shehzad H.: The Neo-Taliban, Counterinsurgency, & the American Endgame in Afghanistan, Institute for Social Policy and Understanding, Report, April 2011, S. 12.

149 Joya, Malalai: „Die afghanische Regierung ist die korrupteste der Welt“, *SoZ*, Oktober 2007, S. 3.

150 Baraki, Matin: Nation-building in Afghanistan, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39/2007, S. 11-17, S. 11.

## Krieg für Frauenrechte?

Was die Frauenrechte anbelangt, sieht die Bilanz des Kriegseinsatzes düster aus. Gemischt sieht Citha Maaß von der *Stiftung Wissenschaft und Politik* die Ergebnisse nach zehn Jahren Besatzung: „Seit 2001 ist die Situation für manche Frauen in Afghanistan besser geworden. Für viele ist sie allerdings unverändert schlecht.“<sup>1</sup> Deutlich negativer äußert sich Monika Hauser von *medico Mondiale*: „Zehn Jahre nach Beginn des internationalen Afghanistan-Einsatzes hat die Frauenhilfsorganisation *medico mondiale* eine verschlechterte Lage von Frauen in dem Land beklagt. [...] ‚Die Gewalt ist allgegenwärtig‘, sagte die Trägerin des Alternativen Nobelpreises. Mitverantwortlich für die Verschlechterung sei eine verfehlte Politik der internationalen Gemeinschaft. So sei der angekündigte Strategiewechsel nie eingeleitet worden. ‚Grundfehler‘ sei, den zivilen Wiederaufbau dem militärischen Ansatz unterzuordnen.

„Anstatt hier auf diese demokratisch gesinnten Kräfte zu setzen, hat man immer auf Militär gesetzt.“<sup>2</sup>

Dies dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass die Frauenrechte für die truppenstellenden Regierungen keinerlei Priorität genießen, wie Lothar Rühl, ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium, bestätigt. Vorrangig sei es, das Land zu kontrollieren. Hierfür müsse man „das Einvernehmen mit den regionalen Machthabern, den Stammesfürsten und Clanchefs, von denen auch einige Drogenbarone und Warlords sind, suchen.“ Die NATO-Truppen, so Rühl weiter, „können nicht auch noch [...] darauf dringen, dass Frauen unverschleiert auf der Straße gehen und Mädchen in die Dorfschule.“<sup>3</sup> So überrascht es nicht, dass die Vereinten Nationen im Juli 2009 auf die katastrophale Situation von Frauen in Afghanistan hinwiesen, die sich alles andere als verbessert habe.<sup>4</sup> Vernichtend fällt deshalb das Urteil

der afghanischen Frauenrechtlerin Malalai Joya aus: „Die USA und ihre Verbündeten nahmen die Not der afghanischen Frauen als Begründung für ihren Angriff gegen Afghanistan, behauptete den afghanischen Frauen Freiheit gebracht zu haben. Aber das ist nichts als eine Lüge. Das Land ist in den Händen von Warlords und Drogenbaronen, die bis auf die Knochen frauenfeindlich sind. [...] Die Frauen leiden mehr denn je. Die Selbstmordrate unter Frauen war noch nie so hoch.“<sup>5</sup>

### Anmerkungen

- 1 Süddeutsche Zeitung, 12.08.2010.
- 2 Focus Online, 06.10.2011.
- 3 Rühl, Lothar: Deutsche Sicherheitsinteressen in Afghanistan, Strategie und Technik, Juli 2007.
- 4 UNAMA/OHCHR: Silence is Violence: End the Abuse of Women in Afghanistan, Kabul, 8 July 2009.
- 5 Die Linke im Bundestag: Den Krieg beenden - Frieden für Afghanistan!, 19.05.2008, S. 17.

nicht überall, wo der Westen „Demokratie“ aufgeklebt und verordnet hat, ist Demokratie drin, möchte man ergänzen, ansonsten ist dieser Einschätzung aber zuzustimmen.

Tatsächlich verschafft die Verfassung dem Präsidenten eine überaus große Machtfülle, wodurch die Idee der Gewaltenteilung faktisch ad acta gelegt wurde. Der *Stiftung Wissenschaft und Politik* zufolge seien in Afghanistan zwar formaldemokratische Institutionen vorhanden, allerdings würden sie „von antidemokratischen Kräften beherrscht und verlieren in den Augen der Bevölkerung zunehmend an Legitimität.“ So werde das „Prinzip der Gewaltenteilung [...] von der gegenwärtigen Exekutive weder verstanden noch respektiert.“ Entgegen dem erklärten Anspruch habe dabei zynischerweise „gerade auch die Einmischung der internationalen Gemeinschaft zu falschen Weichenstellungen [...] geführt und demokratiefördernde interne Faktoren geschwächt.“<sup>155</sup> Von einer Demokratie kann in Afghanistan somit beileibe keine Rede sein – dies ist auch nicht gewollt: „Das Parlament hat in Afghanistan wenig zu sagen. Und hinter jeder Präsidentschaftsentscheidung steht der amtierende US-Botschafter in Kabul, er hat das letzte Wort. Mit einem starken Parlament könnten die USA keinesfalls so unmittelbar herrschen.“<sup>156</sup>

155 Eine Generation oder länger, german-foreign-policy.com, 09.07.2008.

156 Die Linke im Bundestag: Den Krieg beenden - Frieden für Afghanistan!, 19.05.2008, S. 11.

Den Status Afghanistans als de facto Kolonie der NATO (bzw. der USA) verdeutlichen die Überlegungen Washingtons, bei den Präsidentschaftswahlen 2009 den bisherigen Favoriten Hamid Karzai durch einen genehmeren Statthalter ablösen zu lassen. Karzai hatte es nämlich gewagt, nach den zahlreichen Zivilopfern der NATO-Kriegführung leise Kritik zu äußern. Als Nachfolger schienen die USA ausgerechnet den Exil-Afghanen Zalmay Khalilzad, einen der wesentlichen Architekten der US-Hegemonialpolitik und des Afghanistan-Krieges, etablieren zu wollen.<sup>157</sup> Dieser war von November 2003 bis Juni 2005 US-Botschafter in Afghanistan und es war eben jener Khalilzad, der unmissverständlich immer wieder zum Ausdruck brachte, wer im Land das Sagen hat: „Als es vor zwei Jahren mit Ismail Kahn, dem Gouverneur von Herat, Probleme gab, weil der nicht genügend Steuergelder nach Kabul überwies, wurde der Unbotmäßige nicht von Karzai, sondern von US-Botschafter Khalilzad aus seinem Amt entlassen. Eine öffentliche Blamage für Karzai, weil Khalilzad vor der internationalen Presse erklärte: ‚Dies ist zwar Aufgabe des Präsidenten, doch habe ich Ismail Khan gefeuert.‘“<sup>158</sup>

157 Vgl. Koch-Laugwitz, Ursula: Afghanistan „rüstet“ sich für die kommenden Wahlen, Friedrich Ebert Stiftung, August 2008, S. 5.

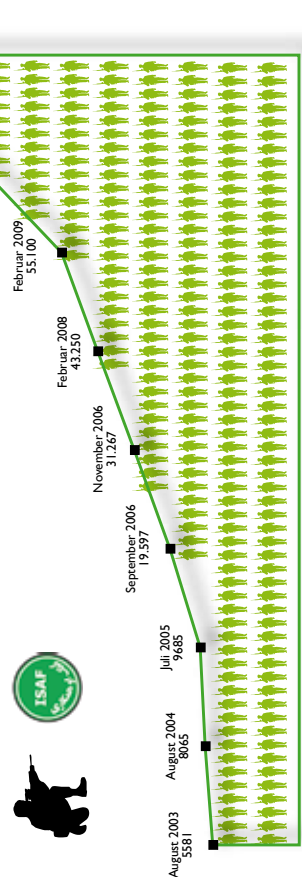
158 Cremer, Uli: Frequently Asked Questions zum Thema Afghanistan-Krieg im Vorfeld der Bundestags-Abstimmungen zur weiteren Aufstockung des Bundeswehr-Kontingents 2008, Überarbeitete Fassung 25.08.2008, URL: <http://www.gruene-friedensinitiative.de/texte/FAQ.pdf>, S. 11.

# Fact-Sheet Afghanistan: Das Drama in Zahlen

## Truppen in Afghanistan: ISAF und OEF

In Afghanistan kämpfen zwei formal strikt von einander getrennte westliche Kriegseinheiten: Die US-geführte „Operation Enduring Freedom“ (OEF; Mandat zur Terrorbekämpfung) und die NATO-Truppe ISAF (ursprünglich als Stabilisierungseinsatz geplant; mittlerweile aber immer offener eine Aufstandsbekämpfungseingriff). Anfangs (2003) operierte ISAF ausschließlich in Kabul, während OEF im schwer umkämpften Süden und Osten aktiv war. Danach weitete die NATO ihr Einsatzgebiet aber in vier Phasen aus, 2004 auf den Norden, 2005 auf den Westen und schließlich 2006 auf den Süden und Osten, seither kämpfen beide Missionen faktisch Hand in Hand.

## Truppenentwicklung der ISAF



**Gesamtgröße der westlichen Truppen:**  
 Ca. 140.000 (ISAF + OEF; Stand: 9.9.2011).  
 Plus private „Sicherheitskräfte“ in Diensten der USA: 18.971 (Stand: März 2011).

**Deutsches Truppenkontingent:**  
 2001: 1200; 2003: 2250; 2005: 3000; 2007: 3500; 2008: 4500; 2010: 5350 (Gegenwärtig stationiert: 5166 (Stand: 16.9.2011)).

**US-Truppen (ISAF+OEF):**  
 OEF: ca 10.000 (Stand: Juni 2011)  
 ISAF: 90.000 (Stand: September 2011).

## Truppensteller ISAF

Albanien	286	Island	4	Polen	2580
Armenien	126	Italien	3918	Portugal	140
Aserbaidschan	94	Jordanien	0	Rumänien	1948
Australien	1550	Kanada	520	Schweden	500
Belgien	521	Kroatien	317	Singapur	38
Bosnien und Herzegowina	55	Lettland	173	Slowakei	309
Bulgarien	602	Litauen	235	Slowenien	78
Dänemark	750	Luxemburg	10	Spanien	1523
Deutschland	4998	Malaysia	46	Tonga	55
El Salvador	24	Mazedonien	163	Tschechische Republik	622
Estland	159	Mongolei	114	Türkei	1840
Finnland	156	Montenegro	36	Ukraine	23
Frankreich	3935	Neuseeland	188	Ungarn	433
Georgien	937	Niederlande	183	USA	90000
Griechenland	158	Norwegen	428	Vereinigten Arabischen Emirate	35
Irland	7	Österreich	3	Vereinigtes Königreich	9500

## Deutscher Kriegsbeitrag

Spätestens mit der Eskalation des Krieges seit 2006 wurde der Afghanistan-Krieg in der deutschen Bevölkerung immer unbeliebter. Gleichzeitig wollte die Bundesregierung ihre Beteiligung an dem Kampfeinsatz ausbauen und vergrößerte aus diesem Grund schrittweise den deutschen Kriegsbeitrag, um die Bevölkerung langsam hieran zu „gewöhnen“.

**Sommer 2009:** Beschluss zur Entsendung von AWACS-Flugzeugen, die als Feuerleitzentrale für den Bodenkrieg fungieren (Deutschland trägt 27% der Kosten und stellt 40% des Personals). Die Flugzeuge wurden letztlich aufgrund diverser Probleme erst im Jahr 2011 entsandt.

**Sommer 2009:** Bundeswehr geht in die Offensive. Bei der „Operation Adler“ Mitte Juli setzt die Bundeswehr erstmals schweres Gerät ein (Mörser und Schützenpanzer). Im selben Monat wird die „Taschenkarte“ geändert, die vorgibt, unter welchen Umständen Bundeswehrsoldaten Gewalt anwenden dürfen. Sie wurde deutlich hin zu offenerem Vorgehen geändert, u.a. sind jetzt Präventivangriffe erlaubt.

**Ende 2009:** Beim Luftangriff von Kunduz sterben im September 2009 wohl 142 Menschen, darunter auch Kinder. Der hierfür verantwortliche deutsche Oberst Klein wurde nicht angeklagt. Im Dezember 2009 verhängt der Bundestag das Afghanistan-Mandat.

**Januar 2010:** Die Obergrenze des Bundeswehrkontingents wurde um 850 Soldaten auf 5350 und die Zahl der Polizeiausbilder von 123 auf 200 angehoben. Gleichzeitig stiegen die Kosten des Einsatzes erstmals über 1 Mrd. Euro für 12 Monate. Die tatsächlich anfallenden Beträge sind sogar noch ungleich höher (s.u.).

**Frühjahr 2011:** Im Januar verlängert der Bundestag das Afghanistan-Mandat um weitere 12 Monate. Im Mai stellt Verteidigungsminister de Maizière klar, auch nach dem vermeintlichen Abzugstermin der Bundeswehr 2014 „werden wir in Form von Ausbildung und anderen Hilfeleistungen wohl auch mit der Bundeswehr in Afghanistan präsent sein“.

**Dezember 2011:** Auf der Petersberg-II-Konferenz in Bonn am 5.12. sollen die Weichen für die künftige westliche Afghanistan-Politik gestellt werden. Die Friedens- und Antikriegsbewegung plant auf vielfältige Weise gegen die Konferenz zu protestieren.



## Die materiellen Kosten des Afghanistan-Krieges

**USA:** Offizielle Kriegskosten bis Ende 2011: \$440 Mrd.  
**Deutschland:** 2008 fielen für den ISAF-Bundeswehreintrag 536 Mio. Euro (ursprünglich waren 487 Mio. geplant) an. 2009 waren es ca. 690 Mio. Euro (für 14 statt wie bislang 12 Monate). Für 2010 waren ursprünglich 820,7 Mio. Euro vorgesehen, die Zahl stieg aufgrund der Kontingenserhöhung nun jedoch auf 1,059 Mrd. Euro. Allerdings sind in diesen offiziellen Zahlen zahlreiche versteckte Kosten nicht enthalten. Rechnet man diese mit ein, ergeben sich laut „Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung“ (DIW) jährliche Kosten von 2,5 bis 3 Mrd. Euro. Sollte sich die Bundeswehr 2016 zurückziehen, dürfte sich die Gesamtrechnung des Kriegs nach DIW-Schätzung auf 26,2 bis 46,8 Mrd. Euro belaufen.

## Eskalation der Kampfhandlungen

**Sicherheitsvorfälle** (Zusammenstöße zwischen Widerstand und westlichen Truppen): 2005: 1755; 2006: 3589; 2007: 6000; 2008: 8900; 2009: 11.500; 2010: 19.440; 2011: 30.000 (Schätzung auf Basis des ersten Halbjahrs)  
**Selbstmordanschläge:** 2001-2005: 7; 2005: 9; 2006: 97; 2007: 142; 2008: 148; 2009: 180.

**Kämpfe im Norden mit deutscher Beteiligung:** 2007: 15; 2008: 42; 2009: 87; 2010: 141; 2011: 31 (Stand: 3.8.2011)

### Opfer unter westlichen Soldaten:

USA: 1678  
 Nicht-US: Großbritannien: 374; Kanada: 157; Deutschland: 53  
**Gesamt 2607 (Stand: 31.7.2011)**

### Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung

Die diesbezüg. Angaben variieren stark und weisen eine hohe Dunkelziffer auf. Einig sind sich die verschiedenen Berichte, dass die Zahlen massiv nach oben gegangen sind. **Zahlen der UNAMA (UN-Mission in Afghanistan): Zivilopfer 2006: 929; 2007: 1523; 2008: 2118; 2009: 2412; 2010: 2777; 2011: 3250** (Schätzung auf Basis des ersten Halbjahrs).

**Flüchtlinge vor NATO-Kampfhandlungen**  
 Laut dem Internal Displacement Monitoring Center (IDMC) sind zwischen 2006 und 2010 730.000 Menschen hauptsächlich als Folge von Kampfinsätzen der westlichen Truppen vertrieben worden.

## CIMIC: Effektivierung der Besatzung

Um eine quasi-Kolonie wie Afghanistan effektiv unter Kontrolle zu halten, werden dort im Rahmen der „Zivil-Militärischen Zusammenarbeit“ (Comprehensive Approach) zivile Akteure vom Brunnbauer über den Verwaltungsexperten bis hin zum Agrar-techniker in den Dienst der Besatzung gestellt werden. Der Dachverband deutscher NGO-Entwicklungsorganisationen (VENRO) kritisiert dies scharf: „Das Konzept der ‚Vernetzten Sicherheit‘ – im NATO-Jargon ‚Comprehensive Approach‘ – bedeutet in der Konsequenz, dass die staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe den militärischen Zielen im Sinne einer ‚Auf-

Informationsstelle Militarisation (IM) e.V., Hechingen-Str. 203, 72072 Tübingen - [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

## „Afghanisierung“ des Krieges:

### Zielgrößen der Sicherheitskräfte

Das US-Militär geht davon aus, dass für eine „erfolgreiche“ Befriedung eines Landes wie Afghanistan 20-25 Soldaten auf 1.000 Einwohner erforderlich sind. Das bedeutet bei einer Bevölkerung von etwa 32 Mio. ein Truppenbedarf von 640.000-800.000 Soldaten. Es ist klar, dass trotz der jüngsten massiven Erhöhungen der westlichen Truppen eine solche Zahl bei weitem nicht erreicht werden kann. Deshalb soll durch den drastischen Ausbau der einheimischen Kräfte, diese Deckungslücke geschlossen werden.

**Zielgröße der afghanischen Armee: 195.000 (ursprünglich 85.000)**

**Zielgröße der afghanischen Polizei: 170.000 (ursprünglich 82.000)**

**Opfer afghanische Armee und Polizei: 2007: 1012; 2008: 1106; 2009: 928; 2010: 1350**

Jährliche Kosten der afghanischen Sicherheitskräfte: Ca. 2-3 Mrd. Dollar, also ein Vielfaches des afghanischen Haushalts.

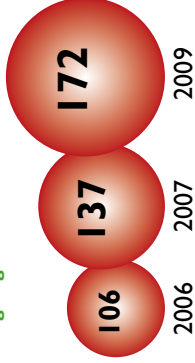
### EUPOL-AFGHANISTAN: EU baut afghanische Repressionsorgane mit auf

Die Ausbildung der afghanischen Polizei übernimmt inzwischen vor allem die EU-Mission „EUPOL Afghanistan“, die Mitte 2007 gestartet wurde. Bislang umfasst EUPOL Afghanistan ca. 483 Beamte (EU plus lokale)

### Afghanistans „Zukunft“: Autoritärer Militärstaat

Die afghanische „Regierung“ ist hoffnungslos korrupt und setzt sich aus zahlreichen Warlords zusammen. Da diesen Machthabern derzeit die Repressionsorgane aufgebaut werden, um gegen den Widerstand vorzugehen, droht Afghanistan eine Zukunft als autoritärer Militärstaat. Dies scheint wohl einkalkuliert zu sein, wie ein Kommentar der taz (13.09.2009) feststellt: „Das Maximum, das der Westen in Afghanistan noch erhoffen kann, ist einen autoritären Porenstaat zu hinterlassen, der getreu dem US-amerikanischen Bonmot ‚Er ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn‘, der die Regierung auf provokativem Kurs hält. Sicherheitspolitisch könnte das sogar funktionieren, weil dessen Terror sich dann ‚nur‘ gegen die eigene Bevölkerung und vielleicht noch gegen Nachbarstaaten, nicht aber gegen den Westen richtet.“

### Anschläge auf Nicht-regierungsorganisationen:



stands bekämpfung‘ untergeordnet ist. [...] Im Extremfall führt dies dazu, dass Hilfsorganisationen von Teilen der Bevölkerung als Parteigänger des Militärs gesehen und von Aufständischen als vermeintlich legitime Angriffsziele eingestuft werden.“

## Afghanische Wirtschaft

Afghanistan wurden im Rahmen der Besatzung neoliberale Wirtschaftsformen verordnet. U.a. die weitgehende Abschaffung von Schutzformen, die umfassende Privatisierung von Staatsbetrieben und Steuerbefreiungen für vier bis acht Jahre für investierende westliche Konzerne. Afghanistan sei „eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt“, so „Germany Trade and Invest“. Die vorerwähnten Privatisierungen führen darüber hinaus zu Massenentlassungen und tragen damit zur hohen Arbeitslosigkeit bei. Laut einer USD-Militärstudie vom Oktober 2009 stehen lediglich 10 Prozent des afghanischen Widerstands den Taliban (oder gar Al-Kaida) nahe. Einer Oxfam-Umfrage vom November 2009 zufolge sehen 70 Prozent der Befragten in Afghanistan Armut und Arbeitslosigkeit als Hauptursache für den andauernden bewaffneten Konflikt in ihrem Land.

## Gekommen, um zu bleiben - Nebelkerze Truppenabzug

Um Kosten und (westliche) Kriegsgespieler zu verringern, sollen tatsächlich Teile der NATO-Truppen aus Afghanistan abgezogen werden – aber länger nicht alle! Bereits am Rande des NATO-Gipfeltreffens im November 2010 wurde ein Abkommen zwischen Afghanistan und der NATO abgeschlossen, das die langfristige militärische Präsenz von Soldaten des Bündnisses vorsieht. Der britische „Guardian“ meldete Mitte 2011, die USA hätten mit Afghanistan Geheimverhandlungen über die dauerhafte Stationierung von Soldaten und die Errichtung permanenter Basen aufgenommen. Deshalb sei davon auszugehen, dass „US-Truppen noch für Jahrzehnte in dem kriegesgeschüttelten Land bleiben werden.“ Eine „Restbesatzung“ von mehreren Zehntausend Soldaten soll also auf unbestimmte Zeit verbleiben und dafür sorgen, dass sich die Geschichte des Landes in die „richtige“ Richtung entwickeln.

## Quellen:

Die meisten Daten und Hintergrundinformationen sind den verschiedenen IMI-Studien und Analysen zu Afghanistan entnommen, die auf folgender Sondersseite zu finden sind: <http://www.imi-online.de/2006.php?3?id=1454>

## Höhe der Entwicklungshilfe

Das Hauptproblem mit der Entwicklungshilfe in Afghanistan ist nicht einmal, dass bislang deutlich weniger ausbezahlt wurde, als ursprünglich zugesagt worden war. Vielmehr wandert ein Großteil der Gelder zurück in die Taschen westlicher Wiederaufbaukonzerne oder wird für sicherheitsrelevante Ausgaben teils sogar zur direkten Unterstützung der Aufständikempfindung zweckentfremdet. So bleibt für humanitäre Ausgaben wenig bis kein Geld mehr übrig.

Zugesagte Gelder 2002-2009: 46 Mrd. Dollar  
 Ausbezahlte Gelder 2002-2009: 35 Mrd. Dollar

Allerdings gingen davon laut einem Bericht des afghanischen Finanzministeriums allein 19 Mrd. Dollar an Entwicklungshilfe in den Sicherheitssektor!

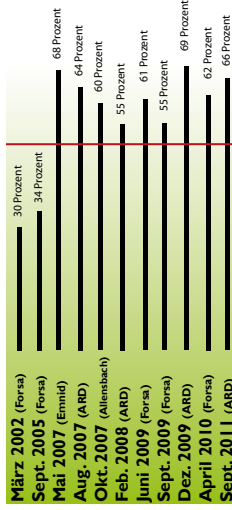
Anteil des Geldes, der direkt in die Taschen westlicher Firmen zurückwandert („gebundene Hilfe“): 40% (laut Oxfam) bis 90% (laut „Center for Strategic and International Studies“).

## Soziale Situation

- 40% der Bevölkerung waren 2008 arbeitslos (Schätzung des CIA Fact Book, andere Quellen geben noch höhere Zahlen an)
- 61% der Bevölkerung sind chronisch unterernährt
- Die Lebenserwartung ist auf 43,1 Jahre gesunken
- Die Alphabetisierungsrate (Erwachsene) ist von 28,7% auf 23,5% gefallen
- Lediglich 13% der Afghanen haben gesicherten Zugang zu Trinkwasser

## Krieg für Frauenrechte?

Zu den wenigen einigermaßen verlässlichen Indikatoren über den Stand der Frauenrechte zählt die Tatsache, dass die Zahl der Selbstmorde in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist. 20-30 Prozent der Frauen sind opiumabhängig, die Prostitution nimmt zu. Im Juli 2009 warnte ein UN-Bericht vor der „wachsenden Gewalt“ gegen Frauen, insbesondere Vergewaltigungen würden sprunghaft zunehmen.



Zwar konnte sich Karzai bis heute im Amt halten, sein Rückhalt in der Bevölkerung ist jedoch – vorsichtig formuliert – begrenzt. Im Dezember 2010 gaben 65% der Befragten an, die Regierung sei sehr korrupt, weitere 22% hielten sie „nur“ für korrupt.<sup>159</sup> Kein Wunder also, dass selbst das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung einräumt, es gäbe „ein sinkendes Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Regierung.“<sup>160</sup> Ohne die Absicherung seitens der westlichen Besatzer würde Karzais Herrschaft wohl nicht allzu lange halten. Wen wundert es also, dass zwischen die neoliberalen Ordnungsvorstellungen der westlichen Besatzer und der Umsetzung durch die afghanische Regierung kaum ein Blatt passt.

## 4.2 Der neoliberale Umbau Afghanistans

Der „Staatsaufbau“ im Rahmen von „Friedenseinsätzen“ orientiert sich strikt am neoliberalen Mainstream. Dies trifft in besonderer Weise für die vier großen westlichen Besetzungen zu: In Bosnien, im Kosovo, im Irak und auch in Afghanistan, überall versucht der Westen dasselbe radikalliberale Wirtschaftsprogramm durchzusetzen. Der Wahnsinn hat also Methode: Verschleuderung des Staatseigentums durch umfassende Privatisierungen, Öffnung für ausländische Investitionen und Güter, Steuererleichterungen für ausländische Unternehmen, etc.<sup>161</sup> Mit denselben wirtschaftspolitischen Prämissen soll auch in Afghanistan das proklamierte Ziel erreicht werden, dort eine tragfähige Gesellschaft zu errichten – nach einem bewaffneten westlichen Eingriff und unter anschließender militärischer Besetzung. Zahlreiche Studien haben sich inzwischen jedoch kritisch mit diesem neoliberalen Nation Building in Afghanistan (und in anderen Ländern) auseinandergesetzt. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass marktradikale Konzepte untauglich sind, um die soziale Lage der Bevölkerung zu verbessern, sie in den meisten Fällen die Armut sogar noch vergrößern.<sup>162</sup>

159 ABC/ARD/BBC/Washington Post: Afghanistan-Umfrage 2010: [http://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/crbilderstrecke180\\_mtb-3\\_pos-39.html#colsStructure](http://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/crbilderstrecke180_mtb-3_pos-39.html#colsStructure).

160 Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, 09.09.2008, S. 8.

161 Vgl. Wagner, Jürgen: Neue Kriege und Neoliberaler Kolonialismus: Systemadministration im Zeitalter des totalen Marktes, in: ÖSFK (Hg.): Söldner, Schurken, Seepiraten. Von der Privatisierung der Sicherheit und dem Chaos der „neuen“ Kriege, Berlin/Wien 2010, S. 180-200.

162 Vgl. zur Kritik des neoliberalen Nation Building Richmond, Oliver P./Franks, Jason: Liberal peace transitions: between statebuilding and peacebuilding, Edinburgh 2009; Chandler, David (ed.): Statebuilding and Intervention: Policies, Practices and Paradigms, London 2009; Newman, Edward/Paris, Roland/Richmond, Oliver P. (eds.): New Perspectives on Liberal Peacebuilding, Tokyo 2009; Paris, Robert/Sisk, Timothy D. (eds.): The Dilemmas of Statebuilding: Confronting the contradictions of postwar peace operations, London 2009; Pugh, Michael/Cooper, Neil/Turner, Mandy (eds.): Whose peace? critical perspectives on the political economy of peacebuilding, Basingstoke 2008; Barbara, Julien: Rethinking neo-liberal state building, in: Development in Practice, June 2008, S. 307-318; Lacher, Wolfram: Iraq: Exception to, or Epitome of Contemporary Post-Conflict Reconstruction?, in: International Peacekeeping, April 2007, S. 237-250; Chandler, David: Empire

Für Afghanistan holte der Internationale Währungsfond (IWF) unmittelbar nach Kriegsende ein offenbar schon längst ausgearbeitetes Programm hervor, das den konsequenten neoliberalen Umbau des Landes vorsah.<sup>163</sup> Hierbei konnte man sich auf die willfähige, weil von der Unterstützung der „internationalen Gemeinschaft“ abhängige Übergangsregierung unter Hamid Karzai verlassen. So stellte der IWF befriedigt fest: „Von Anfang an haben die afghanischen Behörden sich stark darauf verpflichtet, fiskalische Stabilität und Disziplin aufrecht zu erhalten, um den Wiederaufbau und die Erholung der Wirtschaft zu unterstützen. [...] Die Wirtschaft wird auf liberalen und offenen Märkten basieren, angeführt von Aktivitäten des Privatsektors und mit einem geringen Grad an staatlichen Eingriffen. Der Außenhandel und Zahlungsverkehr [...] werden auch liberal sein und Privatinvestitionen werden gefördert. In ihren Anstrengungen, all diese Ziele zu erreichen, erhalten die Behörden die Unterstützung des IWF, der Asiatischen Entwicklungsbank, der Weltbank und von zahlreichen bilateralen Gebern.“<sup>164</sup>

Bereits im April 2002 legte die Übergangsregierung den „Afghan National Development Framework“ (NDF) vor, in dem die grundlegenden ökonomischen Weichenstellungen in Richtung einer marktradikalen Umstrukturierung beschrieben wurden – und zwar in einem Dokument, das nicht einmal in Dari (eine der wichtigsten Landessprachen Afghanistans) übersetzt wurde.<sup>165</sup> In der NDF hieß es, man strebe „geringe Unternehmenssteuern für alle Investoren“ sowie „die Errichtung eines Freihandelsregimes mit niedrigen und vorhersehbaren Zöllen“ an.<sup>166</sup> Auf verschiedenen Konferenzen wurde anschließend dafür gesorgt, dass dieses marktradikale Programm einen festen und verbindlichen Rahmen erhielt. Dies geschah zunächst über die vorläufige „Afghanische Nationale Entwicklungsstrategie“ (ANDS) aus dem Jahr 2006, der eine endgültige Fassung zwei Jahre später folgte. Die ANDS stellt das zentrale Dokument für den Aufbau afghanischer Wirtschaftsstrukturen dar und orientiert sich strikt an den neoliberalen Vorgaben der westlichen Besatzer: „Unsere ökonomische Vision ist es, eine liberale Marktwirtschaft aufzubauen. [...] Um dies zu erreichen, werden wir ein förderliches Umfeld für den Privatsektor entwickeln, damit er Profite generieren und vernünftige Steuern bezahlen kann.“<sup>167</sup>

in Denial: The Politics of State-building, London 2006. Vgl. für einen hervorragenden Überblick zum Stand der Debatte Chandler, David: The Uncritical Critique of Liberal Peace, in: Review of International Studies, Vol. 36, Nr. 1 (2010), S. 137-155.

163 Vgl. Carlin, Anne: Rush to reengagement in Afghanistan. The IFIs' Post-Conflict Agenda, Banc Information Center, December 2003.

164 Islamic State of Afghanistan: Rebuilding a Macroeconomic Framework for Reconstruction and Growth, IMF Country Report No. 03/299, September 2003, S. 8.

165 Castillo, Graciana del: Rebuilding War-Torn States. The Challenge of Post-Conflict Economic Reconstruction, Oxford 2008, S. 170.

166 National Development Framework (Draft), Kabul, April 2002, S. 43.

167 Afghanistan National Development Strategy (ANDS), Islamic Republic of Afghanistan, April 2008, S. 17.



So konnte *Germany Trade and Invest* (früher: *Bundesamt für Außenwirtschaft*) bereits 2007 feststellen: „Ein Erfolg ist die mit Hilfe der Bundesregierung geschaffene ‚Afghan Investment Support Agency – AISA‘, die Investoren innerhalb von nur einer Woche sämtliche Formalitäten abnimmt, deren Registrierung vornimmt und eine Steuernummer vergibt. [...] Die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Wirtschaft und der Schutz von Investoren wurden in die neue afghanische Verfassung aufgenommen; [...] Afghanistan kann als eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt, auf jeden Fall aber als die offenste Volkswirtschaft der Region bezeichnet werden. Handelsbeschränkungen und Subventionen sind praktisch nicht existent, und die afghanische Regierung zeigt sich sehr aufgeschlossen für Investitionen im Land.“<sup>168</sup> Der betreffende Satz der afghanischen Verfassung lautet wörtlich: „Der Staat ermuntert und schützt private Kapitalinvestitionen und Unternehmen auf der Basis der Marktwirtschaft und garantiert deren Schutz im Einklang mit den rechtlichen Bestimmungen.“<sup>169</sup>

Bereits früh wurden auf dieser Grundlage auch rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, etwa mittels eines Investitionsschutzgesetzes („Law on Domestic and Foreign Private Investment“), das von der *Bertelsmann-Stiftung* folgendermaßen zusammengefasst wurde: „Im September 2002 ratifizierte die afghanische Regierung das law on domestic and foreign private investment in Afghanistan, das keine Unterscheidung zwischen ausländischen und inländischen Investitionen macht. Dieses Gesetz ermöglicht 100% ausländische Investitionen, den vollständigen Transfer von Gewinnen und Kapital aus dem Land heraus, internationale Schlichtungsverfahren sowie ‚stromlinienförmige‘ Lizenzverfahren. Auch werden Ausländer, die Kapital nach Afghanistan bringen, für vier bis acht Jahre von Steuern befreit.“<sup>170</sup> Ferner wurde laut afghanischer Regierung auf Betreiben von IWF und Weltbank die Steuergesetzgebung zusätzlich „vereinfacht“, indem eine Flat-Tax von 20% auf Unternehmensgewinne eingeführt wurde.<sup>171</sup> Auch die Senkung der durchschnittlichen Zölle auf Importwaren von vormals 43% auf nunmehr 5,3% ist ein typisches Rezept aus der neoliberalen Giftküche.<sup>172</sup>

Zusammengefasst können die westlichen Protégés mit der Umsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Ordnungs-

vorstellungen durch die afghanische Regierung überaus zufrieden sein. So äußerte sich das „Investment Climate Statement“ des US-Außenministeriums vom Mai 2010 lobend: „Die Regierung Afghanistans hat wichtige Maßnahmen zur Förderung eines wirtschaftsfreundlichen Umfelds ergriffen, um sowohl ausländische als auch inländische Investitionen zu fördern [...], einschließlich einer Währungsreform, vereinheitlichten Zolltarifen und einem vereinfachten Steuersystem.“<sup>173</sup>

Da diese Maßnahmen durch das Militär abgesichert werden, handelt es sich hierbei um „umgestaltende Besetzungen“ („transformational occupations“<sup>174</sup>). Nach klassischem Besatzungsrecht sind derartige Eingriffe in die innere Verfasstheit des unterworfenen Staates jedoch illegal: „Die Befugnis zur Änderung des institutionellen Gefüges, zur Revolutionierung der Verfassungsordnung gewährt das klassische Recht der militärischen Besetzung nicht - im Gegenteil, es schließt eine derartige Umgestaltung eigentlich bewusst aus. [...] Letzten Endes gibt keiner der klassischen Interventionstitel eine Folgebefugnis zur Transformation der staatlichen Ordnung her.“<sup>175</sup> Doch solche rechtlichen Details werden schlicht ignoriert, schließlich geht es um das - neoliberale - Prinzip: Verfahren wird getreu nach dem TINA-Prinzip: There is no Alternative.

### 4.3 Humanitäre Katastrophe

All diese wirtschaftlichen „Reformen“ wurden damit begründet, dass die Herausbildung eines möglichst umfassenden privatwirtschaftlichen Sektors, verbunden mit ausländischen Direktinvestitionen, die durch möglichst vorteilhafte Rahmenbedingungen maximal gefördert werden müssten, der optimale Weg zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Afghanistan sei. Schon frühzeitig warnten Beobachter jedoch davor, dass eine derartige Auslieferung an den Weltmarkt zwar ganz den Vorstellungen von IWF und Weltbank entspricht, für die Entwicklung einer eigenen afghanischen Industrie und für die Entwicklung einer am Bedarf der Bevölkerung orientierten Landwirtschaft aber untauglich ist.<sup>176</sup> So führt die Senkung der Zölle dazu, dass das Land mit ausländischen Waren überschwemmt wird: „Man kann Kosmetika aus Europa kaufen und dann fragt man sich, wo bleibt überhaupt noch ein Spielraum für eine neue privatwirtschaftliche Produktion in Afghanistan selbst, wenn die Importwaren viel gün-

168 Wirtschaftsentwicklung 2006, Bundesamt für Außenwirtschaft, 19.01.2007, S. 4.

169 Official Afghan Constitution, Article 10, URL: <http://arabic.cnn.com/afghanistan/ConstitutionAfghanistan.pdf>.

170 Bertelsmann Transformationsindex: Afghanistan, URL: [http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/asien\\_ozeanien/Afghanistan.pdf](http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/asien_ozeanien/Afghanistan.pdf). Die Steuerbefreiungen wurden im Jahr 2005 teils modifiziert und etwas abgeschwächt. Vgl. World Bank: Afghanistan. Managing Public Finances for Development, Volume III, Report No. 34582-AF, December 22, 2005, S. 1.

171 Afghanistan: Income Tax Law (consolidation to 31 March 2005), Article 3.

172 World Bank: Afghanistan. Managing Public Finances for Development, Volume I, Report No. 34582-AF, December 22, 2005, S. 36.

173 Investment Climate Statement Afghanistan, US State Department, Bureau of Economic, Energy and Business Affairs, May 2010, URL: <http://www.state.gov/e/eeb/rls/othr/ics/2010/138776.htm>. Auch der Internationale Währungsfonds stellt der afghanischen Regierung ein ähnlich gutes Zeugnis aus. Vgl. Afghanistan National Development Strategy: First Annual Report (2008/09), IMF Country Report No. 09/319, November 2009.

174 Vgl. Scheffer, David J.: Beyond Occupational Law, *The American Journal of International Law*, Vol. 97, No. 4 (October 2003), pp. 842-860.

175 Oeter, Stefan: Post-Conflict Peacebuilding, in: *Friedenswarte*, Nr. 1-2/2005, S. 41-60, S. 43 und 45.

176 Vgl. Johnson, Chris/Leslie, Jolyon: *Afghanistan: the mirage of peace*, New York 2004, S. 186; Castillo 2008, S. 177.

## Boom-Branche Drogenanbau

Zynische Stimmen behaupten, das Einzige, was in Afghanistan boomt, sei der Drogenhandel. Bedauerlicherweise ist dies nur allzu wahr. Etwa 90% des weltweit verfügbaren Opiums stammt vom Hindukusch. Die Opium-Produktion in Afghanistan lag im Jahre 2001 bei ca. 200 t, im Jahre 2006 bei ca. 6.200 t. Im Jahr 2007 lag der bisherige Spitzenwert bei ca. 8.200 t. Danach setzte ein Rückgang ein, 2008 wurden 7.700 t produziert und 2010 waren es lediglich noch 3.600 t.<sup>1</sup>

Allerdings hatte dies weniger mit Erfolgen oder auch nur Bemühungen einer effektiven Unterbindung des Drogengeschäftes zu tun, sondern mit einer gewissen Sättigung des Marktes und Krankheiten, die die Ernte reduzierten. Dies zeigt sich auch daran, dass 2011 wieder mit einer Gesamtproduktion von 5.800 t gerechnet wird.<sup>2</sup> Verwunderlich ist dies nicht, profitieren von diesem Geschäft schließlich vor allem Mitglieder der Karsai-Regierung. Laut „United Nations Office on Drugs and Crime“ (UNODC) streichen Taliban und andere Widerstandsgruppen lediglich 4% der Gewinne ein, die Bauern erhalten 21%.<sup>3</sup> Über die restlichen 75% schweigt sich der Bericht zwar aus, es gehört aber nicht viel Fantasie dazu, zu folgern, dass viel, wenn nicht nahezu alles, davon in die Taschen der westlichen Verbündeten in der Regierung wandert.<sup>4</sup>

### Anmerkungen

- 1 Mercille, Julien: The U.S. „War on Drugs“ in Afghanistan, *Critical Asian Studies*, Nr. 2./ Juni 2011, S. 285-309, S. 286f.
- 2 Vgl. UNODC: Afghanistan Opium Survey 2011, S. 4.
- 3 Vgl. UNODC: Addiction, Crime and Insurgency: The Transnational Threat of Afghan Opium, Oktober 2009.
- 4 Mercille, Julien: Trail of Afghanistan's drug money exposed, *Asia Times Online*, 16.12.2009.

stiger zu erwerben sind?“<sup>177</sup>, so Citha Maaß von der *Stiftung Wissenschaft und Politik*.<sup>177</sup> Als Resultat weist Afghanistan ein Handelsbilanzdefizit von etwa 3 Mrd. Dollar allein im Jahr 2009 aus.<sup>178</sup> Daran wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern: „Die Handelsbilanz wird auch langfristig passiv bleiben“, prognostiziert *Germany Trade and Invest*.<sup>179</sup>

Die umfangreichen Zollreduzierungen haben zur Folge, dass die einheimischen Betriebe der ausländischen Konkurrenz nahezu schutzlos ausgeliefert sind. Die ANDS aber nimmt die Nichtkonkurrenzfähigkeit zum Anlass, sich für die umfassende Privatisierung der staatseigenen Unternehmen auszusprechen.<sup>180</sup> Schon das Präsidentendekret Nr. 103 (Dezember 2005) beauftragte das afghanische

Finanzministerium, die Privatisierung von Staatsbetrieben zu prüfen. Als Ergebnis wurde vorgeschlagen, dass in einer ersten Runde lediglich neun von 65 untersuchten Betrieben in staatlicher Hand verbleiben, die restlichen 56 jedoch entweder liquidiert oder privatisiert werden sollen.<sup>181</sup>

Laut *Germany Trade and Invest* sind die wirtschaftlichen Erfolge bestenfalls bescheiden. Zugleich fehlen aufgrund niedriger Zölle und Steuern die erforderlichen Staatseinnahmen, um mittels sozialpolitischer Maßnahmen die Not im Land zu lindern: „Das Steueraufkommen ist eines der niedrigsten im Weltvergleich.“<sup>182</sup> Insofern ist es zynisch, wenn die Bundesregierung in ihrer euphemistisch als „Fortschrittsbericht“ bezeichneten Zustandsbeschreibung der Situation in Afghanistan im Dezember 2010 feststellt: „Nachhaltige Staatsfinanzen und eine funktionierende Finanzverwaltung sind Grundvoraussetzungen für ein stabiles Staatswesen. Steigende eigene Einnahmen reduzieren die Abhängigkeit des Staates von externer Unterstützung und ermöglichen es, staatliche Aufgaben aus eigener Kraft wahrzunehmen.“<sup>183</sup> Um ihre Finanzprobleme zu beheben, hat die afghanische Regierung inzwischen massive Steuererhöhungen eingeführt, die wiederum vor allem zulasten der ärmsten Bevölkerungsschichten gehen.<sup>184</sup>

Die Folgen dieser neoliberalen „Wiederaufbaupolitik“ sind für den Großteil der Bevölkerung verheerend. So kritisiert Thomas Gebauer, Geschäftsführer von *medico international*: „Der Aufbau einer nachhaltigen Ökonomie ist den neoliberalen Vorgaben der Invasoren zum Opfer gefallen.“<sup>185</sup> Tatsächlich hat sich die humanitäre Situation seit Einmarsch der westlichen Truppen massiv verschlechtert: „Die UNO berichtete, dass [...] neben einigen Fortschritten Folgendes festzustellen ist: Die Zahl der Menschen, die in Afghanistan in Armut lebt, ist von 33 auf 42 Prozent gestiegen. Unterernährt sind nicht mehr 30 Prozent, sondern 39 Prozent der Afghaninnen und Afghanen. Zugang zu sanitären Einrichtungen haben nicht mehr 12 Prozent der Bevölkerung, sondern nur noch 5,2 Prozent der Bevölkerung. In Slums leben nicht mehr 2,4 Millionen, sondern 4,5 Millionen Menschen. [...] Von den Jugendlichen sind nicht mehr nur 26 Prozent, sondern 47 Prozent arbeitslos.“<sup>186</sup> Andere Zahlen sind noch alarmierender. So gaben bei der jüngsten Umfrage von ARD, BBC und ABC sogar 61% der Befragten an, sie hätten nicht genug Geld, um ausreichend Nahrungsmittel kaufen zu können, 2007 waren es noch 54% gewesen: „Die große Mehrheit der Afghanen kann sich selbst die notwendigsten Dinge zum Leben nicht leisten.“<sup>187</sup>

181 Vgl. Investment Climate Statement Afghanistan 2010.

182 *Germany Trade & Invest* 2009, S. 2.

183 Fortschrittsbericht Afghanistan zur Unterrichtung des Deutschen Bundestags, Dezember 2010, S. 80.

184 Danishju, Khan Mohammad: Afghan's poor in tax squeeze, *Asia Times Online*, 08.06.2011.

185 Gebauer, Thomas: Höchste Zeit zur Umkehr, *Neues Deutschland*, 10.07.2009.

186 Rede von Gregor Gysi (Die Linke) in der Bundestagsdebatte zum Afghanistan-Einsatz am 22. April 2010.

187 Henze 2011.

177 Herrscherin über Wachstum und Entwicklung? Die Weltbank in Zeiten der Krise, *WDR 5 – Das Feature*, 19./20.04.2009.

178 Fortschrittsbericht Afghanistan zur Unterrichtung des Deutschen Bundestags, Dezember 2010, S. 85.

179 Wirtschaftstrends kompakt Afghanistan, *Germany Trade & Invest*, Juni 2009, S. 8.

180 ANDS 2008, S. 83f.

Angesichts der katastrophalen Situation wäre es also dringend notwendig, mittels humanitärer Hilfe die schlimmste Not zu lindern. Aber während das Soll im militärischen Bereich mehr als übererfüllt wurde, bleibt die Entwicklungshilfe weit hinter den Versprechungen zurück. Eine Studie der *International Crisis Group* gibt an, von insgesamt zugesagten 90 Mrd. Dollar an Hilfsgeldern seien bis 2010 lediglich 57 Mrd. ausgeschüttet worden. Geradezu skandalös ist dabei aber, dass von diesem Betrag 29 Mrd. Dollar in den Aufbau der afghanischen Armee und Polizei flossen - eine dreistere Zweckentfremdung von Entwicklungshilfe ist schwer vorstellbar.<sup>188</sup> Auch dies ist eine direkte Folge der verheerenden Vermischung ziviler und militärischer Instrumente, wie sie in Afghanistan prototypisch für alle künftigen Einsätze erprobt wird und die so weit reicht, dass Entwicklungshilfe mittlerweile direkt zur Aufstandsbekämpfung verwendet wird (siehe 5.).

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass immer größere Teile der afghanischen Bevölkerung die westlichen Truppen als Okkupanten, nicht als Wohltäter betrachten. Im Oktober 2011 wurden die Ergebnisse einer Umfrage unter der afghanischen Bevölkerung veröffentlicht, die dies bestätigt: „Die Mehrheit der Afghanen hält die Isaf-Schutztruppen der Nato laut einer Umfrage für Fremdherrscher. [...] Laut einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) sehen 56 Prozent der Afghanen die ausländischen Soldaten als Besatzer. Nur 44 Prozent sehen in den Nato-Soldaten keine Besatzungstruppen.“<sup>189</sup>

#### 4.4 Alles Taliban?

Mittlerweile sprechen sich 55% der afghanischen Bevölkerung für einen schnellstmöglichen Abzug der westlichen Truppen aus.<sup>190</sup> Die Tatsache, dass von ihnen auch immer mehr bereit sind, sich dem bewaffneten Widerstand anzuschließen, mag man gut oder schlecht finden, überraschen kann sie jedenfalls angesichts der Realität vor Ort nicht: „Zwei Drittel der afghanischen Bevölkerung stellen dem westlichen Engagement in ihrem Land ein negatives Zeugnis aus, mehr als ein Viertel befürwortet sogar Anschläge auf die NATO. Die Hoffnung auf eine Wende zum Besseren wurde in weiten Teilen des Landes enttäuscht; auch das Ansehen Deutschlands ist dramatisch gesunken.“<sup>191</sup>

Schätzungen zufolge wuchs die Zahl der dem bewaffneten Widerstand zurechenbaren Personen zwischen 2003 und 2011 von 7000 auf mittlerweile zwischen 25.000 und

36.000 an.<sup>192</sup> Dabei ist es grob verkürzt, wenn diejenigen, die sich dem gewaltsamen Widerstand anschließen, pauschal mit den Taliban oder – noch absurder – mit Al-Kaida in einen Topf geworfen werden.<sup>193</sup> Der häufig verwendete Begriff der „Neo-Taliban“, mit denen relativ willkürlich verschiedene Gruppen und Motivationen unter einem Header zusammengekleistert werden, ist dabei ebenfalls wenig hilfreich: „Der Aufstand in Afghanistan ist ein hochkomplexes Phänomen. Organisatorisch kann er nicht auf ‚die Taliban‘ reduziert werden. Seine Ursachen und Motive machen ihn zu weit mehr als dass man ihn einfach als terroristische Struktur beschreiben könnte.“<sup>194</sup>

Ein Bericht auf Basis von Feldforschung unter Widerstandskämpfern in Afghanistan gibt bzgl. der Motivation, sich dem Aufstand anzuschließen an: „Viele kämpfen gegen von ihnen als aggressiv und ausbeuterisch wahrgenommene Invasoren und ihre Stellvertreter. Ihr Widerstand wird von dem ungeheuerlichen und weitverbreiteten Machtmissbrauch gestärkt; der Zulauf an Rekruten wird durch Bedingungen schwerer sozialer und ökonomischer Not vergrößert.“<sup>195</sup> In dieses Bild passen auch die Ergebnisse einer Umfrage von *Oxfam*: „70 Prozent der Befragten in Afghanistan nennen Armut und Arbeitslosigkeit als Hauptursache für den andauernden bewaffneten Konflikt in ihrem Land.“<sup>196</sup> Das US-Militär veröffentlichte bereits im Oktober 2009 eine Untersuchung über die Zusammensetzung des Widerstands. Ein Geheimdienstoffizier, der an der Abfassung des Berichts beteiligt war, kommt zu der Feststellung: „Bei lediglich 10 Prozent der Aufständischen handelt es sich um Hardcore-Ideologen, die für die Taliban kämpfen.“<sup>197</sup> Selbst der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, bestätigt diese Einschätzung: „Wir haben uns getäuscht in der Resonanz unserer Bemühungen. [Offenbar] ist die Annahme, die Masse der Bevölkerung stünde hinter Präsident Hamid Karsai und den Isaf-Truppen, nicht ganz zutreffend. Es sind nicht nur wenige entschlossene Terroristen, die uns bedrohen. Viele Afghanen stehen als Unterstützer zur Verfügung.“<sup>198</sup>

192 Qazi 2011, S. 11.

193 Vgl. Linschoten, Alex Strick van/Kuehn, Felix: Separating the Taliban from al-Qaeda: The Core of Success in Afghanistan, Center on International Cooperation, February 2011.

194 Ruttig, Thomas: The Other Side. Dimensions of the Afghan Insurgency: Causes, Actors and Approaches to ‘Talks’, AAN Thematic Report 01/2009, S. 1.

195 Waldman, Matt: Dangerous Liaisons with the Afghan Taliban. The Feasibility and Risks of Negotiations, USIP, Special Report 256, October 2010, S. 14.

196 Afghanen machen Armut und Arbeitslosigkeit für Krieg verantwortlich, Oxfam Pressemitteilung, 17.11.2009.

197 Taliban not main Afghan enemy, Boston Globe, 09.10.2009.

198 Afghanistan – Angst vor zweitem Irak, Tagesspiegel Online, 31.05.2006.

188 Aid and Conflict in Afghanistan, Crisis Group Asia Report N°210, 4 August 2011, S. 1.

189 Die Umfrage beschränkte sich auf 5000 Teilnehmende und wurde lediglich in fünf Provinzen durchgeführt. Sie eignet sich laut KAS „aber dennoch aufgrund des quantitativen Charakters zu einer Dokumentierung gegenwärtig vorherrschender Meinungstrends in Afghanistan.“ (Afghanen betrachten Nato-Soldaten als Besatzer, Spiegel Online, 18.10.2011).

190 Afghanistan-Umfrage 2010, URL: [http://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/crbilderstrecke180\\_mtb-3\\_pos-35.html#colsStructure](http://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/crbilderstrecke180_mtb-3_pos-35.html#colsStructure).

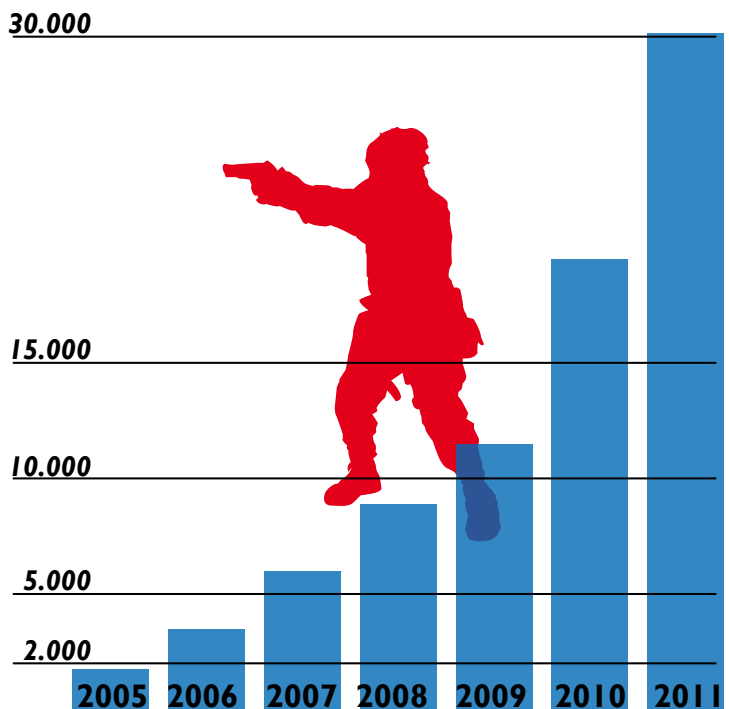
191 Henze 2010.

## 4.5 Eskalation in Afghanistan: Das Drama in Zahlen

Auffällig ist, dass die Kampfhandlungen vor allem seit 2006 massiv eskaliert sind, dem Jahr, in dem die NATO beschloss, deutlich aggressiver als zuvor zu Werke zu gehen. So stieg die Zahl der bewaffneten Zusammenstöße zwischen dem afghanischen Widerstand und westlichen Truppen („Sicherheitsvorfälle“) laut UN-Angaben von 1750 (2005) explosionsartig auf knapp 20.000 (2010) an. Rechnet man die bisher vorliegenden Zahlen für 2011 hoch, so ergibt sich am Ende des Jahres eine Zahl von 30.000 solcher Sicherheitsvorfälle.<sup>199</sup>

Betroffen von diesen Auseinandersetzungen sind vor allem Afghanen, insbesondere Zivilisten. Laut dem *Internal Displacement Monitoring Center* (IDMC) mussten zwischen 2006 und 2010 etwa 730.000 Menschen hauptsächlich als Folge von Kampfeinsätzen der westlichen Truppen fliehen.<sup>200</sup> Fielen den Auseinandersetzungen im Jahr 2006 noch 929 Zivilisten zum Opfer, so steigen diese Zahlen jährlich (2007: 1523; 2008: 2118; 2009: 2412; 2010: 2777) und werden Schätzungen zufolge 2011 mit etwa 3200 Opfern einen traurigen Höchststand erreichen. Die Dunkelziffer dürfte dabei mit Sicherheit weit höher liegen, wie die UN-Mission in Afghanistan (UNAMA), von der diese Zahlen stammen, betont.<sup>201</sup> Eine realistische Gesamtzahl der Opfer lässt sich nur schwer ermitteln, sie liegt aber um ein Vielfaches über den von westlicher Seite präsentierten Zahlen. Da seriöse Untersuchungen hierzu nicht vorliegen, versucht eine Schätzung, Erkenntnisse aus dem Irak auf Afghanistan zu übertragen und kommt zu dem Ergebnis, dass infolge des Krieges von bis zu 150.000 getöteten Afghanen auszugehen ist.<sup>202</sup>

Doch auch unter den westlichen Soldaten fordert der Krieg mehr und mehr Opfer: insgesamt waren es 2607. Davon entfallen auf die Vereinigten Staaten 1678, auf Großbritannien 157 und auf Kanada 157. Dem Krieg fielen mittlerweile auch 53 Bundeswehr-Soldaten zum Opfer (Stand: 31.7.2011).<sup>203</sup> Horrend sind auch die rein finanziellen Kosten des Krieges. Allein die USA werden – offiziell – bis Ende 2011 etwa 440 Mrd. Dollar für den Einsatz ausgegeben haben. Im Falle Deutschlands sind es laut Angaben der Bundesregierung 5,5 Mrd. Euro. Berücksichtigt



Sicherheitsvorfälle (bewaffnete Zusammenstöße zwischen westlichen Truppen und afghanischem Widerstand): 2005: 1750; 2006: 3500; 2007: 6000; 2008: 8900; 2009: 11.500; 2010: 20.000; 2011: 30.000 (Schätzung auf Basis der Zahlen des ersten Halbjahrs 2011).

man jedoch alle relevanten Posten, die bewusst unter den Tisch gefallen lassen werden, summiert sich dieser Betrag nach Berechnungen des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung* (DIW) auf geschätzte 17 Mrd. Euro. Für den Zeitraum zwischen Anfang 2011 und Anfang 2012 wurden 1,059 Mrd. Euro im Haushalt eingeplant, laut *DIW* werden aber real zwischen 2,5 und 3 Mrd. anfallen. Sollte nicht bald mit dem Abzug begonnen werden, so könnten sich die Gesamtkosten des Krieges allein für Deutschland auf bis zu 100 Mrd. Euro summieren, so das *DIW*.<sup>204</sup>

Wie man es also dreht und wendet: selbst dem größten Militaristen sollte es schwer fallen, dem Einsatz etwas Positives abgewinnen zu können. Dennoch wird krampfhaft versucht, mit allerlei Konzepten der Lage am Hindukusch doch noch Herr zu werden, wodurch sich die Situation jedoch nur immer weiter verschlimmert.

199 The situation in Afghanistan and its implications for international peace and security, Report of the Secretary-General (S/2011/120), 09.03.2011.

200 Conflict leads to Afghan displacement, but which side most to blame?, IRIN, 21.04.2011.

201 The situation in Afghanistan and its implications for international peace and security, Report of the Secretary-General (S/2011/590), 21.09.2011. Afghanistan: Annual Report 2010. Protection of Civilians in Armed Conflict, March 2011.

202 Guilliard, Joachim: Verbrechen verschleiert. Die Opfer der Terrorkriege nach „9/11“: Warum interessiert sich niemand dafür, wie viele Menschen in Afghanistan und im Irak sterben? Junge Welt, 10.09.2011.

203 Campbell, Jason H./Shapiro, Jeremy: Afghanistan Index. Tracking Variables of Reconstruction & Security in Post-9/11 Afghanistan, Brookings Institution, 29.09.2011, S. 11.

204 Vgl. Belasco, Amy: The Cost of Iraq, Afghanistan, and Other Global War on Terror Operations Since 9/11, CRS Report for Congress, 29.03.2011; Brück, Tilman u.a.: Eine erste Schätzung der wirtschaftlichen Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan, Wochenbericht des DIW Berlin 21/2010, S. 2-11; In Afghanistan explodieren Bomben und Kosten, Neues Deutschland, 04.10.2011.

## 5. Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung: Prototyp für die NATO-Kriege der Zukunft?

Einsätze zur „Stabilisierung“ (sprich: Kontrolle) von Krisenregionen haben in den letzten Jahren nicht nur sprunghaft zugenommen, sie stehen auch für eine grundlegend neue Qualität westlicher Militärinterventionen: „Protektorate sind in“, erläutert Carlo Masala, zeitweise an der NATO-Verteidigungsakademie in Rom tätig, und mittlerweile Professor an der Universität der Bundeswehr in München: „Von Bosnien über Kosovo, nach Afghanistan bis in den Irak, das Muster westlicher Interventionspolitik ist immer dasselbe. Nach erfolgreicher militärischer Intervention werden die ‚eroberten‘ Gebiete in Protektorate umgewandelt, und die westliche Staatengemeinschaft ist darum bemüht, liberale politische Systeme, Rechtsstaatlichkeit und freie Marktwirtschaft in diesen Gebieten einzuführen.“<sup>205</sup>

Hierdurch entsteht ein völlig neues Anforderungsprofil für Auslandsinterventionen - heute besteht das Ziel nicht mehr primär darin, eine klassische Armee „im Feld“ zu besiegen, sondern in der Niederschlagung eines Aufstandes und der Kontrolle der Bevölkerung im Rahmen lang andauernder Besetzungen.<sup>206</sup> Hierbei stellt sich für die westlichen Militärstrategen aber ein Problem, das der geopolitische Altmeister Zbigniew Brzezinski auf gewohnt zynische Art und Weise folgendermaßen beschreibt: „Früher war es einfacher, eine Million Menschen zu kontrollieren als sie zu töten; heute ist es unendlich viel einfacher, eine Million Menschen zu töten als eine Million Menschen zu kontrollieren.“<sup>207</sup>

Ein wesentliches Mittel für eine effektivere Bevölkerungskontrolle ist die so genannte „Zivil-militärische Zusammenarbeit“ („Civil-military Cooperation“, CIMIC) oder im NATO-Jargon: der „Comprehensive Approach“ (CA).<sup>208</sup> Tatsächlich haben die Erfahrungen der jüngeren

Einsätze, insbesondere in Afghanistan und im Irak gezeigt, dass dem Militär wesentliche Fähigkeiten für die Kontrolle und den Umbau von Gesellschaften fehlen. Hierfür sind zahlreiche zivile Kompetenzen und Akteure erforderlich: Juristen, Ingenieure, Agrotechniker, Verwaltungsexperten, Brunnenbauer, Polizisten, etc. All diese zivilen Fähigkeiten und Akteure sollen deshalb über den Comprehensive Approach für die Optimierung von „Stabilisierungseinsätzen“ nutzbar gemacht werden.

Auf verschiedene Probleme und innere Widersprüche der Zivil-militärischen Aufstandsbekämpfung wurde bereits eingegangen (siehe 2.2). Ein Negativeffekt sticht dabei ganz besonders hervor: Der Comprehensive Approach hat zur Folge, dass zivile Akteure systematisch vor den militärisch-sicherheitspolitischen Karren gespannt werden. In diesem Zusammenhang kommt dem NATO-Krieg in Afghanistan nicht zuletzt deshalb eine zentrale Bedeutung zu, weil dieses neue Konzept dort erstmals im großen Stil getestet wird: „Afghanistan ist zum Labor geworden, in dem der Comprehensive Approach erprobt wird.“<sup>209</sup>

Obwohl das Beispiel Afghanistan mehr als deutlich die negativen Folgen der Vermischung ziviler und militärischer Instrumente vor Augen führt, wird der Comprehensive Approach als neues Leitbild propagiert, das künftig bei sämtlichen Auslandseinsätzen zur Anwendung kommen soll, wie Angela Merkel unterstreicht: „[Die] neue operative Realität erfordert ein neues Verständnis von Sicherheit und der Herstellung von Sicherheit. [...] Ich glaube, am Beispiel Afghanistan wird jedem klar, dass ein Erfolg nur möglich ist, wenn die NATO mit ihren militärischen Mitteln Teil eines umfassenden und kohärenten Ansatzes zugunsten der Stabilisierung des Landes ist. Zu diesem Ansatz gehört die ganze Vielfalt von zivilen Aktionen und Maßnahmen zugunsten einer guten Entwicklung des Landes. Dieses Grundverständnis, das wir jetzt in Afghanistan entwickelt haben, wird aber in Zukunft nicht ein Einzelfall sein, sondern muss zum *strategischen Allgemeingut der NATO*, also der Allianz, werden.“<sup>210</sup>

205 Masala, Carlo: Managing Protectorates: Die vergessene Dimension, in: Politische Studien, Januar/Februar 2007, S. 49-55, S. 49.

206 Hierin unterscheidet sich die aktuelle Aufstandsbekämpfungsstrategie nicht allzu sehr von früheren Kolonialeinsätzen. Das ist nicht weiter verwunderlich, schließlich baut das richtungsweisende US-Handbuch zur Aufstandsbekämpfung (FM 3-24) auf den Lehren früherer Erhebungen vor allem während der Kolonialzeit auf. Vgl. Zelik, Raul: Aufstandsbekämpfung und Besatzungskrieg. Die Entwicklung asymmetrischer Kriegführung durch den Westen, in: Peripherie Nr. 116/2009, S. 425-447, S. 428.

207 Brzezinski, Zbigniew: Major foreign policy challenges for the next US president, in: International Affairs, Nr. 1/2009, S. 53-60, S. 54.

208 Es existiert eine geradezu babylonische Begriffsverwirrung. So firmiert der Comprehensive Approach in den USA unter der Bezeichnung „Whole-of-Government-Approach“ und in Deutschland wird er als „vernetzte Sicherheit“ bezeichnet. Ferner bezeichnet CIMIC einerseits die Übernahme nicht-militärischer Tätigkeiten durch Streitkräfte. Andererseits beschreibt der Begriff, und in die-

sem Sinne wird er hier verwendet, die generelle Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Akteuren.

209 Lindley-French, Julian: Enhancing Stabilization and Reconstruction operations, CSIS, January 2009, S. 22.

210 Merkel, Angela: Regierungserklärung zum Nato-Gipfel, in: Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 214. Sitzung vom 26. März 2009. Eigene Hervorhebung.

## 5.1 Neo-Kolonialismus und die „Logik“ des Comprehensive Approach

„Etwas Seltsames ist in den Jahren seit Anfang der 1990er passiert. Aufgrund komplexer Ursachen greifen viele der mächtigen westlichen Staaten, die sich wenige Jahrzehnte zuvor reumütig vom Imperialismus verabschiedet haben, vermehrt auf militärische Gewalt für Interventionen im Gebiet anderer Staaten zurück. Und in vielen Fällen bleiben sie als De-facto-Regierungen lange Jahre nach dem Ende der Kampfhandlungen.“<sup>211</sup> Offiziell basiert dieser sowohl quantitativ wie auch qualitativ neue Interventionismus auf einer Bedrohungsanalyse, bei der kurz zusammengefasst folgendermaßen argumentiert wird: Gewaltsame Konflikte in Ländern der so genannten Dritten Welt würden zum Zusammenbruch von Staaten („failed states“) führen. Dies wiederum könne vom Westen nicht länger ignoriert werden, da diese Länder Rückzugs- und Rekrutierungsgebiete für Terroristen seien und somit eine direkte Bedrohung darstellen würden.

Obwohl der postulierte kausale Zusammenhang zwischen der Schwächung staatlicher Systeme und einer dort erwachsenden terroristischen Bedrohung bestenfalls fragwürdig ist<sup>212</sup>, hat sich innerhalb der westlichen Staatengemeinschaft hierüber ein Konsens herausgebildet, instabile, gescheiterte Staaten mithilfe westlicher ziviler und/ oder militärischer Interventionen solange unter Vormundschaft stellen zu müssen, bis sie wie gewünscht funktionieren.<sup>213</sup> Außerdem wird in der Debatte geflissentlich die westliche Verantwortung für das Scheitern von Staaten ausgeblendet. Sie reicht von Rüstungsexporten über die Versuche, (militärisch) strategisch wichtige Ressourcen zu kontrollieren, bis hin zum Zusammenhang zwischen neoliberaler Weltwirtschaftsordnung, der von ihr verursachten Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung und hieraus erwachsen-



den Konflikten.<sup>214</sup> Da kaum eine Bereitschaft erkennbar ist, an diesen Konfliktursachen etwas zu verändern, ist es nicht verwunderlich, dass die meisten Prognosen aus Reihen des Strategieestablishments davon ausgehen, dass mit einer Zunahme von Konflikten und einem wachsenden „Bedarf“ an westlichen „Stabilisierungsoperationen“ zu rechnen sein wird.<sup>215</sup>

Vor diesem Hintergrund stellt sich aber für die Militärstrategen das Problem, dass Stabilisierungseinsätze mit einem ungleich höheren Personalaufwand verbunden sind als klassische Kampfeinsätze. Die „Long Term Vision“, ein Grundlagendokument der EU-Rüstungsagentur, stellt hierzu fest: „Das Interventionsziel ist nicht mehr der ‚Sieg‘ im traditionellen Sinne, sondern [...], kurz gesagt, Stabilität. Vor diesem Hintergrund wird die benötigte Truppenstärke, um dieses Ziel zu erreichen, in einigen Szenarien erheblich sein.“<sup>216</sup> So kalkuliert das US-Militär, dass für eine „erfolgreiche“ Stabilisierung eines gescheiterten Staates 20 Soldaten auf 1.000 Einwohner notwendig sind.<sup>217</sup> Angesichts der prognostizierten Zunahme solcher Einsätze liegt es auf der Hand, dass die hierfür erforder-

211 Stromseth, Jane u.a.: Can Might make Rights? Building the Rule of Law after Military Interventions. New York 2006, S. 2.

212 Vgl. Hehir, Aidan: The Myth of the Failed State and the War on Terror: A Challenge to the Conventional Wisdom, in: Journal of Intervention and State Building, November 2007, S. 307-332; Dempsey, Gary T.: Old Folly in a New Disguise Nation Building to Combat Terrorism. CATO Policy Analysis Nr. 429/2002.

213 Immer offener wird im Zuge dessen von Journalisten, Wissenschaftlern, aber auch Politikern eine Re-Kolonisierung gescheiterter Staaten gefordert. Beispielhaft sei hierfür Stephen Krasner zitiert, der bis 2007 Leiter der einflussreichen politischen Planungsabteilung im US-Außenministerium war: „Das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten funktioniert nicht mehr. [...] Mächtige Staaten können das Phänomen prekärer Staaten nicht ignorieren, denn deren Sicherheits- und wirtschaftliche Interessen sind durch diese Staaten gefährdet, [weshalb] die beste Lösung in der Einrichtung einer De-facto-Treuhandenschaft oder eines Protektorats besteht.“ (Krasner, Stephen D.: Alternativen zur Souveränität, in: Internationale Politik, September 2005, S. 44-53, S. 44-46). Vgl. auch Fukuyama, Francis: Staaten Bauen: Die neue Herausforderung der Internationalen Politik, Berlin 2006; Menzel, Ulrich: Wenn die Staaten verschwinden, taz, 30.08.2003; Cooper, Robert: The Post-Modern State, in: Leonard, Mark (Hg.): Re-Ordering the World. London 2002, S. 11-20; Faeron, James D./Laitin, David D.: Neotrusteeship and the Problem of Weak States, in: International Security, Nr. 4/2006, S. 5-43.

214 Vgl. Wagner, Jürgen: Globalisierung, Armut und Krieg. Die Krise des Neoliberalismus und die militärischen Reaktionen des Westens, IMI-Studie 2010/10.

215 „Jüngste Untersuchungen legen nahe, dass die Zahl an Bürgerkriegen erneut ansteigt und die Europäische Union davon ausgehen kann, vermehrt dazu aufgefordert zu werden, Soldaten in Ländern oder Regionen zu stationieren, die gerade einen Konflikt hinter sich haben.“ (Korski, Daniel/Gowan, Richard: Can the EU rebuild failing states? European Council on Foreign Relations, Policy Paper, Oktober 2009, S. 39)

216 European Defence Agency: An Initial Long-Term Vision for European Defence Capability and Capacity Needs, Brüssel 2006, URL: <http://www.eda.europa.eu/webutils/downloadfile.aspx?fileid=105>, S. 18.

217 Vgl. Preble, Christopher/Logan, Justin: Failed States and Flawed Logic: The Case against a Standing Nation-Building Office. CATO Policy Analysis, Nr. 560/2006, S. 18.

lichen Kapazitäten nicht einmal ansatzweise vorhanden sind – nicht einmal, was ja bereits geschieht, wenn sehr selektiv und lediglich zur Durchsetzung vitaler Interessen interveniert würde. Eine Optimierung solcher Einsätze ist also aus westlicher Sicht zwingend erforderlich. Neben so genannten „Sicherheitssektorreformen“, dem Aufbau von Repressionsorganen (Polizei und Armee), damit sich „befreundete“ Regime weit gehend im Alleingang an der Macht halten können (siehe 6.), wird der Comprehensive Approach hier als erfolgversprechendste Option gesehen.

Schon in der „Europäischen Sicherheitsstrategie“ vom Dezember 2003 wurde bemängelt: „Bei nahezu allen größeren Einsätzen ist auf militärische Effizienz ziviles Chaos gefolgt. Wir brauchen eine verstärkte Fähigkeit, damit alle notwendigen zivilen Mittel in und nach Krisen zum Tragen kommen.“<sup>218</sup> Zivile Fähigkeiten, so also die Grundidee, sollen zur Entlastung des Militärs und einer Optimierung der Intervention beitragen: „Die Union könnte einen besonderen Mehrwert erzielen, indem sie Operationen durchführt, bei denen sowohl militärische als auch zivile Fähigkeiten zum Einsatz gelangen.“<sup>219</sup> Auch innerhalb der NATO ist man sich über den „Mehrwert“, den zivile Akteure leisten können, voll und ganz bewusst. Ein Papier fünf ehemaliger hochrangiger NATO-Generäle, beschreibt ihn unter dem Begriff des „integrierten Ansatzes“ folgendermaßen: „Wir glauben fest daran, dass man einen bewaffneten Konflikt nicht mehr länger ausschließlich dadurch gewinnen kann, dass man soviel wie möglich Feinde tötet oder gefangen nimmt oder indem man ihre Machtbasis zerstört. Die NATO benötigt mehr nicht-militärische Fähigkeiten, [...] die Teil einer integrierten Strategie sein müssen: eine in der nicht-militärische Mittel mit maximaler Präzision, Exaktheit und Integration koordiniert und disloziert werden.“<sup>220</sup>

Dabei werden keinerlei Zweifel gelassen, welchem Zweck diese Zivil-militärische Zusammenarbeit dient und wer dabei den Hut auf hat. So schreibt Oberst i.G. Gerhard J. Klose, Referatsleiter für Grundsatzfragen im Bereich Zivil-militärische Kooperation im Bundesverteidigungsministerium, zur CIMIC-Definition im NATO-Dokument AJP 9 (NATO Civil-Military Co-Operation Doctrine, Juni 2003): „An einem Punkt, der gern übersehen wird, ist diese Definition nämlich sehr präzise. Es heißt dort nämlich klar und eindeutig: in support of the mission, also zur Unterstützung der militärischen Operation. Damit wird der Zweck klargestellt, dem dieses Aufgabengebiet zu dienen hat, nämlich ausschließlich der Unterstützung der militärischen Operation.“<sup>221</sup> Der Verdacht liegt somit nahe, dass im Rahmen des Comprehensive Approach zivilen Akteu-

ren unter militärischem Kommando ebenfalls eine Rolle im Rahmen der Aufstandsbekämpfung zukommt, wie sich am Beispiel Afghanistan bestätigt.

## 5.2 Afghanistan: Offenbarungseid Zivil-militärischer Aufstandsbekämpfung

Auch wenn erste Gehversuche in Sachen Zivil-militärischer Zusammenarbeit bereits im Kontext der Balkankriege bzw. den Besetzungen Bosnien-Herzegowinas und des Kosovo unternommen wurden, in Afghanistan findet dies in einem umfassenderen und deutlich systematischeren Umfang statt. Wie man sich dabei das Zusammenspiel militärischer und ziviler Akteure vorstellt, erläutert Daniel Fried, ein hochrangiger Diplomat im US-Außenministerium: „Viele der neuen Kapazitäten werden gegenwärtig in Afghanistan getestet – dort lernen wir auch, wie zivile und militärische Anstrengungen besser integriert werden können. Mit jedem Monat lernen wir mehr darüber, was im 21. Jahrhundert für eine Aufstandsbekämpfung erforderlich ist – ein kombinierter zivil-militärischer Ansatz, bei dem Soldaten Seite an Seite mit Entwicklungshelfern, Diplomaten und Polizeitrainern agieren.“<sup>222</sup>

Konkret operieren in Afghanistan 27 „Regionale Wiederaufbauteams“ („Provincial Reconstruction Teams“, PRTs), Einheiten, „die sich aus Diplomaten, Polizeiausbildern, Aufbauhelfern und Soldaten zusammensetzen.“<sup>223</sup> Überspitzt formuliert können diese PRTs also in einer Region morgens Nahrungsmittel verteilen, mittags die Gegend „befrieden“ und abends dort eine Schule aufbauen.<sup>224</sup> Die US-amerikanischen und britischen PRTs werden von Militärs kommandiert und gehorchen dementsprechenden Prioritäten. In den USA kursiert bereits eine „Anleitung für Kommandeure zur Verwendung von Entwicklungshilfe als Waffensystem“.<sup>225</sup> Was darunter zu verstehen ist, erläutert ein Beitrag im *Small Wars Journal* mit dem bezeichnenden Titel „Die Integration von Spezialeinheiten und USAID in Afghanistan“. Er beschreibt präzise, auf welche Weise die US-Entwicklungshilfeagentur (USAID) dort einen direkten Kriegsbeitrag leistet. Sie vergibt gezielt Gelder als „Belohnung für Gemeinden, die Aufständische hinausgeworfen haben“ und zur „Stärkung der örtlichen Bereitschaft und der Fähigkeiten, sich den Aufständischen zu widersetzen.“ Weiter gehe es für USAID darum, die „Aufständischen von der Bevölkerung zu isolieren.“ Der Beitrag endet folgerichtig mit dem Fazit: „Die Entwick-

218 Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel 2003, S. 12.

219 Ebd., S. 11.

220 Naumann, Klaus u.a.: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: Renewing Transatlantic Partnership, 2008, URL: <http://www.worldsecuritynetwork.com/documents/3eproefGrandStrat%28b%29.pdf>, S. 131.

221 Pedersen, Klaus: Zum eigenen Nutzen., in: junge Welt, 09.08.2006.

222 Fried, Daniel: NATO: Enlargement and Effectiveness, Testimony Before the Senate Committee on Foreign Relations, 11.03.2008, URL: <http://foreign.senate.gov/imo/media/doc/FriedTestimony080311p1.pdf>, S. 5.

223 Auswärtiges Amt: Deutschland globales Engagement, Berlin 2007, S. 12.

224 Christian Aid: The Politics of Poverty. Aid in the New Cold War, 2004, URL: <http://www.un-ngls.org/orf/politics%20of%20poverty.pdf>, S. 46.

225 Commander's Guide to Money as a Weapons System, Handbook 09-27, April 2009.



„Zivile“ PRT-Einheiten auf Patrouille in Kandahar, Foto: ISAF, Sgt. Jeffrey Duran.

lungshilfeagenturen müssen die Samthandschuhe ausziehen.“<sup>226</sup>

Doch auch in den beiden deutschen PRTs, die formal über eine zivil-militärische Doppelspitze verfügen, geben Militärs den Ton an und bestimmen über das weitere Vorgehen, wie Hans-Joachim Preuß von der *Welthungerhilfe* kritisiert: „Zwar wurden die PRT gebildet, um außen-, sicherheits- und entwicklungspolitische Ziele gemeinsam und kohärent zu verfolgen. Doch sie geraten offensichtlich mehr und mehr unter die Kuratel einer militärischen Logik. Sie werden dort angesiedelt, wo es Sicherheitsinteressen der afghanischen Regierung und der ausländischen Truppen zu bewahren gilt – und mit ihnen siedeln sich außen- und entwicklungspolitische Akteure an. Mit anderen Worten: die Entwicklungszusammenarbeit findet nicht vorrangig dort statt, wo es aus entwicklungspolitischer Sicht wichtig und aufgrund vorhandener Potenziale am sinnvollsten wäre, sondern da, wo sicherheitspolitische Aspekte im Vordergrund stehen. Die Betonung der militärischen Dimension prägt so das gesamte Projekt des Wiederaufbaus Afghanistans.“<sup>227</sup> Vor diesem Hintergrund kritisierte *Caritas International*, mit deutlichen Worten, dass „die Ausschüttung der Hilfsgelder nicht an den tatsächlichen Hilfs-Bedarf gekoppelt ist, sondern sich vielmehr an der Aufstandsbekämpfung orientiert.“<sup>228</sup>

Obwohl die meisten Nichtregierungsorganisationen (NROs) eine Kooperation mit dem Militär ablehnen, tun dies beileibe nicht alle. Dies hat zur Folge, dass sämtliche NROs vom afghanischen Widerstand als Kollaborateure der Militärbesatzung betrachtet werden: „Alle Anzeichen

deuten darauf hin, dass die internationalen NRO als Zielscheibe diffus als Teil der internationalen Militär-Intervention interpretiert werden - und sie eine Ablehnung von ‚Civil-Military Cooperation‘ davor nicht bewahrt.“<sup>229</sup> Die *Stiftung Wissenschaft und Politik* schreibt hierzu: „Die Verquickung staatlicher und nichtstaatlicher Ansätze raubt der zivilen Hilfe zunehmend jene Eigenständigkeit, die sie gerade ihrem nicht-staatlichen Charakter verdankt, und lässt sie als Teil der politisch-militärischen Strategie der in Afghanistan präsenten Staaten erscheinen.“<sup>230</sup> Dementsprechend steigen die Angriffe auf Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen laut dem *Afghanistan NGO Safety Office* (ANSO) immer weiter an: von 106 im Jahr 2006 auf 137 in den darauf folgenden 12 Monaten und schließlich 170 und 172 in den Jahren 2008 und 2009. Nachdem die Angriffe 2010 ein wenig zurückgingen, ist im ersten Halbjahr 2011 erneut eine rapide Steigerung zu verzeichnen.<sup>231</sup> Dies hat mittlerweile zu der grotesken Reaktion geführt, dass humanitäre Helfer zunehmend versuchen, ihre Identität zu verbergen: „Die Attentate auf UN, IKRK und andere Hilfsorganisationen in Afghanistan und im Irak haben dazu geführt, dass Hilfsorganisationen inzwischen ihre Identität lieber verbergen und unsichtbar bleiben wollen. Sie haben ihre Aufkleber von den Fahrzeugen entfernt und die Helfer tragen nicht mehr die T-Shirts mit dem Logo ihrer Organisation. Die militärische Absicherung von humanitärer Hilfe steht im Widerspruch zum Neutralitätsprinzip und macht die Hilfsorganisationen unglaubwürdig.“<sup>232</sup>

Welch katastrophale Folgen es haben kann, wenn die Gewährung von Hilfsleistungen von einer Kollaboration mit den Besatzungsmächten abhängig gemacht wird, wurde im Jahr 2004 nachdrücklich unter Beweis gestellt. Koalitionstruppen verteilten damals Flugblätter im Süden Afghanistans, auf denen die Bevölkerung dazu aufgerufen wurde, „den Koalitionstruppen sämtliche Informationen über die Taliban, El Quaeda und Gulbuddin [Hekmatyar] zu übermitteln.“ Dies sei notwendig, um „zu gewährleisten, dass humanitäre Hilfe auch weiterhin bereitgestellt wird.“<sup>233</sup> U.a. *Ärzte ohne Grenzen* wandte sich damals öffentlich gegen diese Instrumentalisierung humanitärer Hilfe: „Diese Flugblätter, die unter anderem ein afghanisches Mädchen mit einem Sack Weizen zeigen, stellen einen eindeutigen Versuch dar, humanitäre Hilfe für militärische Ziele der Koalition zu missbrauchen. Ärzte ohne Grenzen lehnt jegliche Verbindung zwischen der Bereitstellung humanitärer

229 Schultz, Susanne: Anti-zivil-militärisch? Politik von deutschen entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen in und zu Afghanistan, in: *Peripherie*, Nr. 122/123/2011, S. 297-317, S. 300.

230 Hoffmann, Claudia: Das Problem der Sicherheit für NGOs in Afghanistan, in: Schmidt, Peter (Hg.): *Das internationale Engagement in Afghanistan*. SWP Studie, August 2008, S. 49-55, S. 49.

231 Vgl. ANSO – The Afghanistan NGO Safety Office (2011): ANSO Quarterly Data Report Q4 2010; ANSO – The Afghanistan NGO Safety Office (2011): ANSO Quarterly Data Report Q2 2011.

232 Lieser, Jürgen: Helfer als Handlanger? Humanitäre Hilfe in den Zeiten der neuen Kriege, in: *neue caritas*, September 2004.

233 Haydt, Claudia: Zivilisierung des Militärischen oder Militarisierung des Zivilen?, in: Pflüger, Tobias/ Wagner, Jürgen (Hg.): *Welt-Macht Europa. Auf dem Weg in weltweite Kriege*, Hamburg 2006, S. 312-323, S. 321.

226 Mann, Sloan: Taking Interagency Stability Operations to a New Level: The Integration of Special Operation Forces and USAID in Afghanistan, in: *Small Wars Journal*, August 2008, S. 2.

227 Preuß, Hans-Joachim: Zivil-militärische Zusammenarbeit in Afghanistan. Eine Zwischenbilanz, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, Nr. 1/2008, S. 26-35, S. 32.

228 Caritas: Caritas fordert Strategiewechsel für Afghanistan. Pressemitteilung, 10. Juni 2008.



Hilfe und der Zusammenarbeit mit den Koalitionstruppen ab. [...] Die bewusste Vermischung von humanitärer Hilfe mit militärischen Zielen zerstört den eigentlichen Sinn der humanitären Hilfe. Dies wird letztlich nur dazu führen, dass dringend benötigte Hilfe denjenigen in Afghanistan versagt bleiben wird, die sie am dringendsten brauchen. Gleichzeitig werden diejenigen, die Hilfe bereitstellen, zur Zielscheibe.<sup>234</sup>

Nachdem Mitarbeiter von *Ärzte ohne Grenzen* tatsächlich zu Opfern von Anschlägen wurden, sah sich die Organisation schließlich am 28. Juli 2004 nach 24jähriger Tätigkeit dazu gezwungen, ihre Arbeit in Afghanistan einzustellen. Die Organisation war also in der Lage unter sowjetischer Besatzung, während des Bürgerkrieges und unter den Taliban humanitäre Hilfe zu leisten, nicht aber unter dem zivil-militärischen Besatzungsregime des Westens - ein Armutszeugnis für ein Konzept, das vorgeblich die Lebenssituation der Bevölkerung verbessern soll. Zu diesem Rückzug erklärte *Ärzte ohne Grenzen*: „Die Gewalt gegen humanitäre Helfer spielt sich vor dem Hintergrund einer zunehmenden Instrumentalisierung der Hilfe durch die US-geführte Koalition in Afghanistan ab. [...] Koalitionstreitkräfte missbrauchen die Hilfe beständig für ihre militärischen und politischen Ziele und versuchen damit, die ‚hearts and minds‘ der afghanischen Bevölkerung zu gewinnen. Dadurch wird humanitäre Hilfe nicht mehr als unparteilich und neutral angesehen. Dies wiederum gefährdet die Helfer und die Hilfe selbst.“<sup>235</sup>

Nachdem sich zahlreiche Hilfsorganisationen unter dem expliziten Verweis, CIMIC verunmögliche ihnen ihre Arbeit, aus Afghanistan zurückgezogen haben, veröffentlichte der Dachverband der deutschen entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (VENRO) schließlich einen flammenden Verriss: „Das Konzept der ‚Vernetzten Sicherheit‘ – im NATO-Jargon ‚Comprehensive Approach‘ – bedeutet in der Konsequenz, dass die staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe den militärischen Zielen im Sinne einer ‚Aufstandsbekämpfung‘ untergeordnet ist. [...] Für die Hilfsorganisationen bedeuten die genannten Tendenzen zur zivil-militärischen Zusammenarbeit und zur Unterordnung der Entwicklungshilfe unter politisch-militärische Zielsetzungen eine deutliche Erschwerung und Einschränkung ihrer Arbeit. Sie schaden dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit der NRO als unabhängige und unparteiliche humanitäre Akteure. Im Extremfall führt dies dazu, dass Hilfsorganisationen von Teilen der Bevölkerung als Parteigänger des Militärs gesehen und von Aufständischen als vermeintlich legitime Angriffsziele eingestuft werden.“<sup>236</sup> Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, wenn VENRO besorgt vor der Gefahr warnt, dass das zivil-militärische Konzept „auf andere Konflikt- beziehungsweise Post-Konfliktszenarien übertragen wird.“<sup>237</sup>

234 Ebd., S. 322.

235 Ebd.

236 VENRO: Was will Deutschland am Hindukusch?, Positionspapier Nr. 7/2009, S. 6.

237 VENRO: Fünf Jahre deutsche PRTs in Afghanistan, Positionspapier Nr. 1/2009, S. 2.

### 5.3 Die Institutionalisierung des Comprehensive Approach

Obwohl die „Erfolge“ der zivil-militärischen Aufstandsbekämpfung in Afghanistan milde formuliert dürftig ausfallen, ist das Konzept inzwischen soweit institutionalisiert, dass es zum neuen Leitbild geworden ist, das in allen künftigen Einsätzen zum Einsatz kommen soll. Der Einsatz am Hindukusch ist damit alles andere als ein „bedauerlicher Einzelfall“, sondern ein Prototyp. So betonte der ehemalige NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer, „dass Einsätze wie der in Afghanistan künftig nicht die Ausnahme sein könnten, sondern vielleicht die Regel.“<sup>238</sup> Im Hausblatt des Bündnisses, dem *NATO-Review* wird klar gefordert, zivil-militärische Stabilisierungseinsätze zur Kernaufgabe zu machen: „Jede Zukunftsprognose deutet darauf hin, dass der Bedarf an dieser Art von Aktivität zunehmen wird. [...] Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die NATO eine bemerkenswerte Bereitschaft zur Anpassung an neue Gegebenheiten unter Beweis gestellt. Als nächster Schritt ist nun erforderlich, dass sie Stabilisierungsaufgaben zu ihrem Hauptauftrag erklärt.“<sup>239</sup>

Folgerichtig wurde sich schon auf dem NATO-Gipfel in Istanbul im Jahr 2004 darauf verständigt, die Ausarbeitung eines detaillierten zivil-militärischen Konzeptes ganz oben auf die Prioritätenliste zu setzen.<sup>240</sup> Zunächst noch unter dem Namen „Concerted Planning and Action“, erfolgte zwei Jahre später die Umbenennung in den Comprehensive Approach: „Das während des NATO-Gipfels in Riga im Jahr 2006 formulierte Bekenntnis zu einer umfassenden Herangehensweise unter Einbeziehung weiterer internationaler – ziviler und militärischer – Akteure, wurde auf dem Gipfel von Bukarest im Jahr 2008 durch einen entsprechenden Aktionsplan bekräftigt.“<sup>241</sup>

238 Scheffer, Jaap de Hoop: Die Zukunft der Atlantischen Allianz, Rede am 07.10.2004.

239 Bertram, Christoph: Abschied vom Krieg, in: NATO Review, Frühjahr 2006. Vgl. auch Milkoreit, Manjana: Die zivile Dimension der Sicherheit ernst nehmen: die NATO als die Organisation für den Wiederaufbau nach einem Konflikt, in: NATO Review, Herbst 2007; Dobbins, James: Die Rolle der NATO beim Aufbau von Staatswesen., in: NATO Review, Sommer 2005.

240 Vgl. zur Genese des Comprehensive Approach Williams, M.J.: Empire Lite Revisited: NATO, the Comprehensive Approach and State-building in Afghanistan, in: International Peacekeeping, Nr. 1, Februar 2011, S. 64-78, S. 65f.

241 Jonas, Alexandra/ Ondarza, Nicolai von: Chancen und Hindernisse für die europäische Streitkräfteintegration, Wiesbaden 2010, S. 142. In der Abschlusserklärung des Bukarest-Gipfels heißt es dazu: „Wir haben einen Aktionsplan verabschiedet, der eine Reihe pragmatischer Vorschläge beinhaltet, den Beitrag der NATO zu einem umfassenden Ansatz auszuarbeiten und zu implementieren. Diese Vorschläge beinhalten das Ziel, die kohärente Anwendung der NATO-eigenen Instrumente zum Krisenmanagement zu verbessern und die praktische Zusammenarbeit mit allen Akteuren auf allen Ebenen auszubauen, wo immer dies nötig ist, einschließlich Maßnahmen zur Unterstützung von Stabilisierungs- und Wiederaufbauoperationen. Die Vorschläge beinhalten Bereiche wie die Planung und Durchführung von Operationen; Training und Ausbildung; und die verbesserte Kooperation mit externen Akteuren. Wir beauftragen den Ständigen NATO-Rat damit, diesen Aktionsplan als eine Angelegenheit höchster Priorität zu implementieren.“ (NATO: Bucharest Summit Declaration, 2008, Ziffer 11).

Im April 2009 beschlossen die Staats- und Regierungschefs beim NATO-Gipfel in Straßburg und Kehl, das Strategische Konzept des Bündnisses aus dem Jahr 1999 grundlegend zu aktualisieren. Kurze Zeit später stellte NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen eine „Hochrangige Gruppe“ zusammen, die einen Vorschlagskatalog ausarbeiten sollte. Diese nahm unter Vorsitz der ehemaligen US-Außenministerin Madeline Albright im September 2009 ihre Arbeit auf und veröffentlichte ihren Bericht „NATO 2020: Assured Security; Dynamic Engagement“ im Mai 2010. Auch in „NATO 2020“ wird der prototypische Charakter des Afghanistan-Einsatzes explizit hervorgehoben: „Angesichts des komplexen und unvorhersagbaren Sicherheitsklimas, das höchstwahrscheinlich in den nächsten Jahrzehnten vorherrschen wird, ist es unmöglich, eine NATO-Teilnahme an ähnlichen (hoffentlich weniger ausufernden) Stabilisierungseinsätzen auszuschließen.“<sup>242</sup>

Weiter enthält das Dokument ein flammendes Plädoyer für die zivil-militärische Vermischung: „Stabilität wird in Afghanistan nicht durch militärische Mittel allein erreicht werden. Wie in anderen Aufstandsbekämpfungssituationen ist es das Ziel, einen umfassenden zivil-militärischen Ansatz zu schaffen, der die lokalen Regierungsstrukturen in die Lage versetzt, das Vertrauen und die Loyalität der Bevölkerung zu erhalten.“<sup>243</sup> Entscheidend ist, dass dies nicht nur für Afghanistan gelte, sondern generell: „In den meisten Fällen wird die bevorzugte Herangehensweise ein umfassender Ansatz (Comprehensive Approach) sein, der zivile und militärische Elemente kombiniert.“<sup>244</sup>

Angesichts der Tatsache, dass sich die Überzeugung in den Köpfen festgesetzt zu haben scheint, die Zivil-militärische Zusammenarbeit sei absolut alternativlos, sind solche Sätze allerdings wenig überraschend: „Innerhalb der Expertengruppe wurde die grundlegende Klugheit des Comprehensive Approach zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Zweifel gezogen. Stattdessen konzentrierten sich die Diskussionen auf die dahinterstehende Frage, ob die NATO eigene zivile Kapazitäten anschaffen oder auf die zivile Expertise der EU zurückgreifen soll.“<sup>245</sup> Die Antwort der Expertengruppe fiel in „NATO 2020“ dann eindeutig aus: „Die NATO sollte auf allen Ebenen darauf vorbereitet sein, Teil integrierter zivil-militärischer Missionen zu sein. Dies erfordert die Einrichtung einer kleinen zivilen Planungseinheit innerhalb der NATO.“<sup>246</sup> Nicht lange danach wurden Nägel mit Köpfen gemacht: Im September 2010 forderte die NATO von den Mitgliedsstaaten 60 zivile Experten an, die dem ISAF-Kommandeur direkt unterstellt

wurden. Dieser „zivile Nukleus“ der NATO soll auf 160 Personen anwachsen.<sup>247</sup>

Am 19. November 2010 verabschiedeten die versammelten Staats- und Regierungschefs beim NATO-Gipfeltreffen in Lissabon schließlich das neue Strategische Konzept. Unmissverständlich heißt es darin: „Wir müssen die Doktrin und die militärischen Fähigkeiten für Auslandseinsätze weiter ausbauen, einschließlich Aufstandsbekämpfungs- sowie Stabilisierungs- und Wiederaufbaumissionen.“<sup>248</sup> Konkret zum Comprehensive Approach finden sich folgende Sätze: „Die Lehren aus den NATO-Operationen, besonders auf dem Balkan und in Afghanistan, machen deutlich, dass eine umfassende politische, zivile und militärische Herangehensweise für ein effektives Krisenmanagement erforderlich ist.“<sup>249</sup> Was bereits in Gang gesetzt wurde, nämlich der Aufbau NATO-eigener ziviler Kapazitäten, wurde ebenfalls verankert: „Wir werden [...] angemessene aber moderate zivile Krisenmanagementkapazitäten herausbilden, um uns besser an zivile Partner anknüpfen zu können. [...] Diese Kapazitäten können auch dafür verwendet werden, zivile Aktivitäten einzusetzen oder zu koordinieren.“<sup>250</sup> Kurz gesagt: ungeachtet der massiven Proteste nahezu sämtlicher ziviler Organisationen maßt sich die NATO an, diese künftig nach ihrem Gutdünken für ihre militärischen Kriegsziele wortwörtlich heranzukommandieren – der Instrumentalisierung ziviler Akteure in Krisengebieten wird damit Tür und Tor geöffnet.

Zwar mehren sich in jüngster Zeit auch aus dem Inneren des Strategieestablishments Stimmen, die den Comprehensive Approach für deutlich zu ambitioniert halten und dafür plädieren, künftig kleinere Kriegsbrötchen zu backen<sup>251</sup>, gegenwärtig deutet aber wenig auf einen Kurswechsel hin. Dies ist umso problematischer, weil die von der NATO in Afghanistan praktizierte Form der Aufstandsbekämpfung die weitere Entwicklung der nationalstaatlichen Armeen maßgeblich mitprägt – wie auch das Beispiel Deutschland bestätigt (siehe 7.4): „Da die vor allem vom amerikanischen Militär offensiv geprägte COIN-Doktrin vermeintlich bewährte Leitlinien für die erforderlichen operativen und taktischen Maßnahmen in Afghanistan liefert, wirkt sie im Rahmen der Nato sozialisierend auf die Streitkräfte auch jener Mitgliedsstaaten, denen der COIN-Ansatz bislang fremd war.“<sup>252</sup>

247 Vgl. Kamp 2011, S. 60.

248 Active Engagement, Modern Defence. Strategic Concept for the Defence and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Organisation adopted by Heads of State and Government in Lisbon, 19.11.2010, Ziffer 25.

249 Ebd., Ziffer 21.

250 Ebd., Ziffer 25.

251 Vgl. etwa O'Hanlon, Michael/Riedel, Bruce: Plan A-minus for Afghanistan, in: The Washington Quarterly, Nr. 1/Winter 2011, S. 123-132; Etzioni, Amitai: The Afghanistan conflict: mission creep and its discontents, in: Middle East Quarterly, Nr. 2/Spring 2011, S. 3-15; Jakobsen, Viggo Peter. 2010. Right Strategy, Wrong Place – Why NATO's Comprehensive Approach will fail in Afghanistan. UNISCI Discussion Papers Nr. 22, Januar 2010, S. 82ff.

252 Rudolf, Peter: Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung. Analyse und Kritik der Counterinsurgency-Doktrin, SWP-Studie, Januar 2011, S. 20.

242 NATO 2020: Assured Security; Dynamic Engagement, May 17, 2010, S. 32.

243 Ebd.

244 Ebd., S. 10.

245 Kamp, Karl-Heinz: NATO's New Strategic Concept. An integration of Civil and Military Approaches, in: Schnaubelt, Christopher M.: Towards a Comprehensive Approach: Integrating Civilian and Military Concepts of Strategy, NATO Defense College Forum Paper, March 2011, S. 52-69, S. 59.

246 NATO 2020, S. 42.

## 6. Stunde der Stellvertreter - Aufbau lokaler Repressionsorgane

Dem Aufbau von afghanischen Sicherheitskräften (ANSF) wurde zunächst eine vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit vonseiten der NATO-Truppe geschenkt, was sich erst ab dem Jahr 2006 mit der Ausweitung des ISAF-Mandats auf ganz Afghanistan und der damit verbundenen Eskalation des Krieges änderte. Diese Eskalation bedeutete, dass immer mehr afghanische Zivilisten und ISAF-Soldaten in Afghanistan starben und damit die Zustimmung zu diesem Einsatz sowohl in den truppenstellenden Ländern als auch in Afghanistan selbst deutlich abnahm. Zudem stellte sich zu diesem Zeitpunkt vermehrt die Frage, wie Gebiete, aus denen die Aufständischen vertrieben worden waren, gehalten werden konnten.

Der Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte gilt als mögliche Lösung für einige der auftretenden Probleme: Indem Kampfhandlungen zunehmend von afghanischen Kräften übernommen werden, hofft man zum einen die Gefahren für die eigenen Soldaten verringern zu können, zum anderen selbst weniger als Besatzer wahrgenommen zu werden und damit geringere Ablehnung durch die afghanische Bevölkerung zu erfahren. Diese nicht nur in Afghanistan verfolgte Logik beschreibt eindrucksvoll ein Szenario des „Fourth Generation Seminar“, eines Think-Tanks des US-Militärs: „Wir durchkämmen nie ganze Viertel. Wir treten nie Türen ein. Wir terrorisieren nie Zivilisten oder lassen sie ins Kreuzfeuer geraten. Wenn wir jemanden angreifen müssen, dann lassen wir die Aufgabe am liebsten von jemand anderem ausführen. Die Leute vor Ort machen die schmutzige Arbeit und wir hinterlassen keine amerikanischen Spuren.“<sup>253</sup>

Des Weiteren hofft der Westen in Afghanistan eine Regierung etablieren zu können, die sich mithilfe der ihr zur Verfügung stehenden Sicherheitskräfte auch gegen den Widerstand aus der Bevölkerung an der Macht zu halten vermag und die gleichzeitig finanziell, logistisch und nachrichtendienstlich von der NATO in Abhängigkeit gehalten wird.

Mit dem Aufbau der Sicherheitskräfte wird nicht nur die afghanische Gesellschaft in kaum vorstellbarem Maße weiter bewaffnet, es wird auch einer vollkommen korrupten und in der Bevölkerung zunehmend verhassten Regierung ein riesiger Sicherheitsapparat an die Hand gegeben, in der Hoffnung, dass diese den Krieg in Afghanistan auch nach dem Abzug eines Großteils der NATO-Truppen im Sinne des Westens weiterführt. Auf der ersten Petersbergkonferenz zu Afghanistan 2001 waren noch 50.000 Soldaten und 62.000 Polizisten anvisiert worden, inzwischen soll bis Ende 2012 die Armee auf 195.000, die Polizei auf 157.000 Köpfe angewachsen sein. Der NATO zufolge hat man dieses Ziel mit derzeit 170.500 Soldaten und 135.500 Polizisten schon beinahe erreicht.<sup>254</sup> Diese Zahlen sind al-

lerdings mit großer Vorsicht zu genießen, da dies die Anzahl derjenigen ist, denen der Sold ausbezahlt wird. Faktisch aber kann niemand genau sagen, wie viele Soldaten und Polizisten tatsächlich im Dienst sind.<sup>255</sup>

Zusätzlich zum Aufbau der „regulären“ Sicherheitskräfte werden vor allem von den USA unzählige Milizen bewaffnet, um den Kampf gegen die Aufständischen zu unterstützen.<sup>256</sup>

Auf der ersten Afghanistan-Konferenz in Bonn teilte sich der Westen die unterschiedlichen Aspekte des „State-buildings“ untereinander auf und fünf Nationen wurden zu „lead nations“ (Führungsnationen) erklärt: die USA für den Aufbau der Armee, Deutschland für den der Polizei, Japan für die Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration der Kämpfer, Italien für die Reform des Justizsektors und Großbritannien übernahm den Bereich der Drogenbekämpfung.

### 6.1 Eine Polizei zur Aufstandsbekämpfung

Deutschland entsandte 2002 ein Polizeiberatererteam („German Police Project Team“ GPPT), bestehend aus zunächst 40 Polizisten, das mit dem Aufbau der Afghan National Police (ANP) beginnen sollte. Bis 2007 waren ca. 5.000 Polizisten des mittleren und gehobenen Dienstes sowie 14.000 einfache Polizisten ausgebildet. Zu dem Zeitpunkt war klar, dass so das anvisierte Ziel bis zum Jahr 2010 62.000 Polizisten aufgestellt zu haben, nicht erreicht werden konnte. Also wurde die Verantwortung für den Polizeiaufbau an die EU übertragen, die daraufhin die EUPOL-Mission entsandte, an der sich auch deutsche Polizisten beteiligen. Gleichzeitig blieb das GPPT bestehen, arbeitet aber seither eng mit EUPOL zusammen. Die USA begannen ebenfalls deutlich mehr in den Polizeiaufbau zu investieren: Sie erhöhten das Budget für diesen Zweck von 25,5 Millionen US-Dollar im Jahr 2002 auf 2,7 Milliarden US-Dollar im Jahr 2007. Vor allem private Sicherheitsunternehmen übernahmen die Polizeiausbildung, die nur wenige Wochen dauert.

Nach dieser kurzen Ausbildung, in der kaum mehr als der Gebrauch von Waffen trainiert werden kann, werden die Polizisten im Krieg gegen die Aufständischen eingesetzt, vor allem um Regionen, aus denen zuvor die Aufständischen vertrieben wurden, zu halten. Hier werden sie dann leicht angreifbare Handlanger einer zunehmend ver-

<sup>255</sup> Dies liegt an der hohen „Schwundrate“ – also die Anzahl derjenigen, die desertieren, zu den Aufständischen überlaufen etc. Sie liegt sowohl bei der Polizei als auch bei der Armee bei über 20%. Für die Polizei: Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Deutsche Polizeiarbeit in Afghanistan, BT-Drs. 17/2878, 08.09.2010. Für die Armee: International Crisis Group: A Force in Fragments: Reconstituting the Afghan National Army, Asia Report N°190, 12.05.2010.

<sup>256</sup> Vgl. Jonna Schürkes: Hilfspolizisten, Schutzkräfte, Dorfschützer – die Bewaffnung afghanischer Milizen, in: AUSDRUCK – das IMI-Magazin, August 2010.

<sup>253</sup> Fourth Generation Seminar: FMFM 1-A, 2009, S.21ff.

<sup>254</sup> Vgl. NATO: Afghan National Security Forces (ANSF): Training and Development, Media Backgrounder, Oktober 2011.

hassten Regierung.<sup>257</sup> Angesichts dessen verwundert nicht, dass für Polizisten das Risiko im Einsatz getötet zu werden, besonders hoch ist.<sup>258</sup>

In der Form wie die Polizisten eingesetzt werden, zeigt sich bereits, um was für eine Einheit es sich hier handelt: Eine zivile Polizei kann keine Aufstandsbekämpfung betreiben, die vor allem in Form von Gefechten stattfindet und bei der es weniger darum geht, mutmaßliche Aufständische festzunehmen, sondern sie zu töten. Auch wenn die Bundesregierung der Öffentlichkeit gegenüber weiterhin behauptet, das Ziel sei der Aufbau einer zivilen ANP, wurde sehr bald klar, dass es sich vielmehr um eine militarisierte Polizei handelt. So erklärte beispielsweise Tom Königs, ehemaliger UN-Sonderbeauftragter für Afghanistan, in einer Anhörung im Innenausschuss des Deutschen Bundestages im Dezember 2008: „Ich wollte noch eine Sache zur Trennung von Tätigkeiten der Polizei auf der einen Seite und denen des Militärs auf der anderen Seite hinzufügen. Aus der deutschen Geschichte und auch der deutschen Realität ist da eine völlig klare grundgesetzliche Trennung. Dies aufrechtzuerhalten in einer Situation des Krieges [...] in einem Land wie Afghanistan ist diese Trennung für die afghanischen Organe nicht aufrechtzuhalten und auch gar nicht gewünscht und nicht möglich.“<sup>259</sup> Auch für das afghanische Innenministerium ist vollkommen klar, dass es sich bei der afghanischen Polizei um paramilitärische Truppen handelt.<sup>260</sup>

Häufig wird behauptet, die USA seien für die Paramilitarisierung der Polizei verantwortlich, sie setzten auf „Masse statt Klasse“, wohingegen EUPOL und das GPPT eine zivile Polizei aufbauen würden.<sup>261</sup> In der Praxis hingegen zeigt sich, dass die Europäer und die Deutschen die Art des Polizeiaufbaus mit den USA teilen. So übernahm das deutsche Projektteam 2009 das von den USA entwickelte „Focused District Development Program“ (FDD). Im Rahmen dieses Programms bilden deutsche Soldaten und Polizisten gemeinsam afghanische Polizisten aus. Ziel des FDD ist der Aufbau und die Ausbildung der Polizei auf der Distrikt-, d.h. auf der untersten Verwaltungsebene. Durchgeführt wird das Programm von „Police Mentoring Teams“, zu denen jeweils neben zwei Dolmetschern bis zu vier Feldjäger der Bundeswehr und bis zu vier Polizisten gehören. Die Feldjäger übernehmen dabei die „robusten Module“ der Ausbildung, die Bundeswehr „bringt sich zusätzlich mit infanteristischen Ausbildungsinhalten ein“<sup>262</sup>, erklärte die Bundesregierung bereits im Februar 2009. An-

ders als eine „Polizei nach europäischen Maßstäben“, so erklärte die Bundesregierung im September 2010, benötige die ANP auch eine „modulare Ausbildung im militärischen Sinne“.<sup>263</sup>

Doch nicht nur in der Art der Ausbildung und der Auswahl der Ausbilder gleichen sich die Ansätze von USA und EU, auch in der konkreten Vorstellung darüber, welche Aufgaben die afghanische Polizei übernehmen soll, ist man sich einig: für beide stehen die Fähigkeiten der afghanischen Polizisten im Bereich der Aufstandsbekämpfung im Vordergrund.<sup>264</sup>

Von alledem abgesehen wiegt ein grundsätzliches Problem besonders schwer: Eine zivile Polizei wäre auf ein funktionierendes Justizsystem angewiesen, dass es in Afghanistan allerdings nicht gibt. So bleiben viele Fragen ungeklärt: Welches Verhalten ist rechtswidrig? Werden Menschenrechtverletzungen überhaupt geahndet? Was passiert mit mutmaßlichen Gesetzesbrechern? Bei wem kann sich die Bevölkerung über Fehlverhalten der Sicherheitskräfte beschweren? Was dürfen Polizisten und Soldaten, was dürfen sie nicht? Was passiert mit Menschen, die von der Polizei festgenommen wurden?

Eindrucksvoll hat Polizeidirektor Jan Schürmann in einem Artikel der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ der Gewerkschaft der Polizei beschrieben, wie weit die afghanische Polizei von einer zivilen Polizei entfernt ist, die ermittelt, Beweise sichert und jene dann der Justiz übergibt, damit diese über die Schuld oder Unschuld des Beschuldigten entscheiden kann. So seien Polizisten in der Abschlussklasse der Polizeiakademie kein Gesetz bekannt gewesen, ebenso wenig wie Verfahren zur Tatortaufnahme oder Beweissicherung. Die Kriminaltechnik, die der afghanischen Polizei zur Verfügung gestellt worden sei, verrotte „sobald sich die Polizeiausbilder zurückziehen“, ein Großteil der Polizisten seien Analphabeten, was allein die Beweisaufnahme enorm verkompliziert. Allerdings sei das Problem nicht nur auf die Polizei beschränkt, auch die Justiz sei kaum als rechtsstaatliche Institution zu betrachten. Viele Richter und Anwälte hätten keine juristische Ausbildung, Beweismittel würden überhaupt nicht vor Gericht verwendet, die meisten der Beschuldigten hätten keinen Zugang zu Verteidigern und würden teilweise über Jahre ohne Anklage in vollkommen überfüllten Gefängnissen verharren.<sup>265</sup> Die EU-Mission in Afghanistan (EUPOL Afghanistan) ist für die Justizreform ebenso wie für den Aufbau einer zivilen Polizei zuständig, allerdings passiert in diesem Bereich laut einem Bericht der *International Crisis Group* kaum etwas.<sup>266</sup>

257 Vgl. International Crisis Group: Afghanistan's Elections Stalemate, Asia-Briefing N°117, 23.02.2011.

258 Zwischen 2007 und Juli 2011 wurden insgesamt 1.561 afghanische Soldaten und 4.120 afghanische Polizisten getötet (Afghanistan Index, Brookings, 29.09.2011).

259 Vgl. BT-Innenausschuss, 81. Sitzung vom 15.12.2008.

260 Afghan police is a paramilitary organization, Radio Netherland Worldwide, 27.01.2011.

261 Vgl. beispielsweise: Friesendorf, C./ Krempel, J.: Militarisierung statt Bürgernähe: Das Missverhältnis beim Aufbau der afghanischen Polizei, HSKF-Report 9/2010.

262 Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion: Deutsche Beteiligung an internationalen und bilateralen Polizeimissionen, BT-Drs. 16/11966, 16.2.2009.

263 Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Deutsche Polizeiarbeit in Afghanistan, BT-Drs. 17/2878, 08.09.2010.

264 Vgl. Heiduk, F: Policing Mars or Venus? Comparing European and U.S. approaches to police assistance, Paper presented at the SGIR 7th Pan-European International Relations Conference, Stockholm, September 9-11, 2010.

265 Vgl. Afghanistan: „Polizei und Justizreform in Afghanistan – eine Stichprobe“, Deutsche Polizei, Nr.3, März 2010.

266 Vgl. International Crisis Group: Reforming Afghanistan's Broken Judiciary, Asia-Report 195, 17.11.2010.

## 6.2 Eine Armee für einen anhaltenden Bürgerkrieg

Parallel zum Aufbau der paramilitarisierten Polizei wurde die Afghan National Army (ANA) geschaffen, die derzeit ebenfalls vor allem Aufstandsbekämpfung unter der Kontrolle von ISAF betreibt. Vor allem die USA finanzieren und bewaffnen die afghanischen Soldaten, auch die Ausbildung geschieht vor allem durch das US-Militär und vom US-Verteidigungsministerium angeheuerte Sicherheitsfirmen<sup>267</sup> - allerdings bilden inzwischen auch die meisten anderen NATO-Truppen afghanische Soldaten aus.

Für die Koordinierung und Planung der Ausbildung und Ausrüstung der ANA gründeten die USA das *Combined Security Transition Command – Afghanistan* (CSTC-A). Inzwischen teilt es sich diese Aufgabe mit der „NATO Training Mission Afghanistan (NTM-A)“, die 2009 geschaffen wurde. Die Aufgabe dieses militärischen Kommandos ist unter anderem die Erstellung von Ausbildungscurricula sowohl für die Polizei als auch die Armee.

Die Soldaten erhalten in der Regel eine achtwöchige Grundausbildung im US-geführten *Kabul Training Center*. Im Anschluss werden sie dann von NATO-Soldaten im Einsatz begleitet (das so genannte „Partnering“) bis ihnen dann die Verantwortung für eine Region von der ISAF „übertragen“ wird.<sup>268</sup> Im Juli 2011 wurden die ersten Provinzen und Städte den afghanischen Sicherheitskräften übergeben, noch 2011 sollen 17 weitere Provinzen folgen.<sup>269</sup> Aber auch danach haben die NATO-Truppen noch zahlreiche Möglichkeiten, die afghanischen Armeeeinheiten zu kontrollieren. Denn im Bereich der Logistik, der Aufklärung und der Luftunterstützung ist die ANA weiterhin auf die Unterstützung der NATO angewiesen.

Besteht bei der ANP das Hauptproblem vor allem in ihrem paramilitärischen Charakter, ist es bei der ANA vor allem die Tatsache, dass es sich faktisch um eine Bürgerkriegspartei handelt. Als die ANA 2002 aufgestellt wurde, bestand sie fast ausschließlich aus Kämpfern der Nordallianz, die „demobilisiert“ wurden, indem sie in die ANA aufgenommen wurden. Sie halfen den westlichen Besatzern dabei, die Taliban und diejenigen Gruppen, die sich gegen die Intervention wendeten, zu bekämpfen: „Der Anspruch eine geeinte nationale Armee aufzustellen, die im Dienste einer zivilen Regierung steht, kollidiert permanent mit der Tendenz eine Miliz zu schaffen, mit der die internen und externen Bedrohungen des Staates eingedämmt werden sollen“, so die Analyse der *International Crisis Group*.<sup>270</sup>

Das Regime Karsai nutzt das Militär dazu, seine Macht abzusichern, indem hohe Posten von Freunden besetzt wer-

den. Gleichzeitig zeichnen sich bereits jetzt Machtkämpfe innerhalb des Militärs ab: „Die von Kabuls internationalen Unterstützern bereitgestellte Militärhilfe befeuert eine illegale Schattenökonomie, die in Zukunft die Patronage-Netzwerke innerhalb des Militärs bemächtigt. Kabuls Machthaber teilen die von der NATO für den Aufbau der Armee zur Verfügung gestellten Mittel unter ihren Anhängern im Offiziersstab auf und heizen damit die ethnische und politische Polarisierung innerhalb der Armee an.“<sup>271</sup>

Machtkämpfe sind allerdings nicht nur innerhalb des Militärs, sondern vor allem auch zwischen der ANA und ANP zu beobachten. In den deutschen Medien wird vor allem von solchen Vorfällen berichtet, in denen afghanische Sicherheitskräfte die Waffen gegen ISAF-Soldaten richten, weit häufiger bekämpfen sie sich allerdings untereinander.<sup>272</sup> Auch wenn dies oft auf den Drogenkonsum und die mangelnde Professionalität der Sicherheitskräfte zurückgeführt wird, so erscheint es wesentlich wahrscheinlicher, dass innerhalb der Sicherheitskräfte verschiedene konkurrierende Parteien einen Machtkampf austragen. Was das für zukünftige Konflikte bedeutet, mag man sich kaum vorstellen.

## 6.3 Korrupt, brutal, verhasst: Die Sicherheitskräfte und die Bevölkerung

Wie bereits erwähnt, veröffentlichte die UN-Mission in Afghanistan im Oktober 2011 einen Bericht, in dem nachgewiesen wird, dass in afghanischen Gefängnissen systematisch gefoltert wird. Der Bericht beruht auf zahlreichen Befragungen von Gefangenen. Das Ergebnis ist erschütternd: fast die Hälfte derjenigen, die vom afghanischen Geheimdienst und über ein Drittel derjenigen, die von der Polizei befragt wurden, berichteten gefoltert und misshandelt worden zu sein.<sup>273</sup>

Wenige Monate vor der Veröffentlichung des UNAMA-Berichts war ein Bericht von *Oxfam* und anderen NGOs erschienen, der aufzeigte, dass die Sicherheitskräfte nicht nur foltern, sondern auf vielfache Art und Weise der Bevölkerung Leid zufügen: „[...] die afghanischen Sicherheitskräfte – finanziert, trainiert und ausgerüstet durch die Internationale Gemeinschaft – sind ebenso [wie die Aufständischen] für das Leid der Zivilisten verantwortlich. Mindestens 10% der getöteten Zivilisten wurden von den eigenen Sicherheitskräften getötet. [...]“<sup>274</sup> Zudem seien die afghanischen Sicherheitskräfte nicht nur für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen – wie das brutale Vorgehen

271 Ebd.

272 Vgl. Afghanistan war logs: ‚Green on green‘ fights between Afghan police and troops, *The Guardian Online*, 25.07.2010.

273 Vgl. UNAMA: Treatment of Conflict-Related Detainees in Afghan Custody, Oktober 2011. Die Reaktion der ISAF war, Gefangene nicht mehr an die Polizei und den Geheimdienst auszuliefern. Allerdings ist unklar, wohin die Gefangenen stattdessen gebracht wurden (Folter in afghanischen Gefängnissen - Nato stoppt Überstellung von Häftlingen, *Süddeutsche Zeitung*, 07.09.2011).

274 Oxfam u.a.: No time to lose. Promoting the Accountability of the Afghan National Security Forces, Joint Briefing Paper, 10.05.2011.

267 Vgl. Pincus, Walter: U.S. fights trainer shortage, illiteracy in Afghanistan, *The Washington Post*, 17.03.2010.

268 Vgl. Government Accountability Office (GAO): Afghanistan Security: Afghan Army Growing, but additional Trainees needed, Long-term Costs Not Determined, Januar 2011.

269 Vgl. Afghans to take over security in 17 new areas, *The Los Angeles Times*, 26.10.2011.

270 International Crisis Group: A Force in Fragments: Reconstituting the Afghan National Army, Asia Report N°190, 12.05.2010.

bei so genannten „night raids“, die Rekrutierung und sexuelle Ausbeutung von Minderjährigen etc. – verantwortlich, vor allem die Polizei würde in der Bevölkerung als kriminelle Banden wahrgenommen. Wohl aufgrund des weiterhin geringen Gehaltes, bessern es sich die Polizisten vielfach durch Korruption, Erpressung oder Diebstahl auf.

Das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der afghanischen Polizei wurde in der Vergangenheit von verschiedenen Studien dokumentiert. 2007 veröffentlichte die Afghan Research and Evaluation Unit, eine von EU und UN finanzierte Forschungsorganisation, eine Studie mit dem bezeichnenden Titel „Cops or Robbers?“. Darin werden zahlreiche Afghanen interviewt, die nichts Gutes über die Polizei zu erzählen haben. Ein LKW-Fahrer wird mit den Worten zitiert: „Vergesst die Taliban. Unser größtes Problem ist die Polizei.“<sup>275</sup> Der ehemalige Kommandeur der US-amerikanischen Einheit zur Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte (CSTC-A), Brigadegeneral Gary O'Brien, bestätigt die Aussage: „Es gibt einige Teile Afghanistans, wo das Letzte, was die Leute sehen wollen, die Polizei ist. Die Polizei ist in manchen Gebieten korrupt. Sie ist ein Teil des Problems. Die Polizisten schaffen keine Sicherheit für die Bevölkerung – sie sind Diebe“.<sup>276</sup> Eine Studie von Integrity Watch Afghanistan aus dem Jahr 2010 kommt zu ähnlichen Ergebnissen.<sup>277</sup>

In dem oben bereits zitierten Oxfam-Bericht wird neben den konkreten Menschenrechtsverletzungen, die von der Polizei begangen werden, ein weiteres Thema angesprochen, was langfristig sogar noch schwerwiegender sein dürfte: Es gibt keine funktionierenden Mechanismen, die es der Bevölkerung ermöglichen, sich über das Verhalten der Sicherheitskräfte zu beschweren oder gar Rechtsschutz zu erlangen. Selbst schwere Menschenrechtsverletzungen, die die Sicherheitskräfte begehen, werden nur in wenigen Fällen (ca. 3%) untersucht, nie kam es bisher zur Verfolgung der Straftaten.<sup>278</sup> Die Autoren dieses Berichts sehen in diesem Bereich kaum Anstrengungen – weder seitens der afghanischen Regierung, noch der internationalen Gemeinschaft –, diesen Missstand zu beheben.

#### 6.4 Den Bürgerkrieg anheizen, die korrupte Regierung bewaffnen

Abgesehen von den dokumentierten Menschenrechtsverletzungen durch Armee, Geheimdienst und Polizei wird die afghanische Gesellschaft mit dem Aufbau der Sicherheitskräfte massiv bewaffnet, der (Bürger-) Krieg wird weiter eskaliert.

Der Rechnungshof der USA berichtete Anfang 2009 davon, dass das CSTC-A von den im Zeitraum 2004 bis 2008 von den USA gelieferten 242.000 Waffen (Pistolen, Gewehre, Panzerfäuste etc.), bei ca. 87.000 davon nicht weiß, wo sie sind, wobei von der Hälfte von ihnen nicht einmal die Seriennummern registriert wurden. Weitere 135.000 Waffen, die von anderen Ländern geliefert worden sind, sind ebenfalls verschwunden.<sup>279</sup> Dazu gehören laut einem NDR-Bericht vom Oktober 2009 auch ca. 10.000 von der Bundeswehr ausgemusterte Pistolen aus einer Lieferung des Bundesverteidigungsministeriums.

Einem Bericht von *amnesty international* zufolge wurden allein im Zeitraum 2002 bis 2008 offiziell über 300.000 Kleinwaffen von NATO-Staaten nach Afghanistan geliefert.<sup>280</sup> Im Vergleich dazu wurden im Rahmen des DIAG, dem Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramm des UNDP, bis Ende 2010 ca. 54.000 Waffen eingesammelt,<sup>281</sup> wovon allerdings ein Großteil nicht vernichtet, sondern wiederum der Polizei und Armee zur Verfügung gestellt wurde.<sup>282</sup> Im Vorgängerprogramm wurden zwischen 2002 und 2006 36.571 Kleinwaffen eingesammelt,<sup>283</sup> die fast alle den Sicherheitskräften wieder ausgehändigt wurden. De facto hat demnach keine Entwaffnung, sondern lediglich eine Umverteilung der Waffen stattgefunden. Allerdings haben wohl auch die Aufständischen von den Waffenlieferungen profitiert. Neben den Waffen, die einfach verschwunden sind, kommt hinzu, dass eine unbekannte Zahl von Soldaten und Polizisten seit der Aufstellung der ANP und ANA mitsamt ihren Uniformen und Waffen desertiert oder zu den Aufständischen übergelaufen ist.

Was die Sicherheitskräfte – wenn sie eines Tages aufgestellt sind – die Afghanen kosten werden, schätzt eine Studie des US-amerikanischen *Congressional Research Service* (CRS) auf 2,2 Mrd. \$ jährlich, bei einem derzeitigen afghanischen Gesamthaushalt von ca. 1 Mrd. \$.<sup>284</sup> Diese Summe berechnete der CRS auf Grundlage einer Zielgröße von insgesamt 243.000 Sicherheitskräften, da die Zielgröße inzwischen allerdings auf 352.000 angehoben wurde, dürfte der Betrag noch weitaus höher liegen. Damit wird Afghanistan auf Jahrzehnte hin von der „Internationalen Gemeinschaft“ finanziell abhängig sein, die damit ein enormes Erpressungspotential der Regierung in Kabul gegenüber hat: Sollte sie sich eines Tages weigern,

275 Wilder, A.: Cops or Robbers?. Kabul 2007, p. 1, URL: [www.areas.org.af](http://www.areas.org.af).

276 ebd.

277 Die Studie beruht auf Umfragen von Ende 2009. Integrity Watch Afghanistan: Afghan Perceptions and Experiences of Corruption. A National Survey 2010, p.71f., URL: [www.iwaweb.org/src/IWA\\_corruption\\_survey\\_2010.pdf](http://www.iwaweb.org/src/IWA_corruption_survey_2010.pdf).

278 Oxfam u.a.: No time to lose. Promoting the Accountability of the Afghan National Security Forces, Joint Briefing Paper, 10.05.2011.

279 Vgl. GAO: Afghanistan Security: Lack of Systematic Tracking Raises Significant Accountability Concerns about Weapons Provided to Afghan National Security Forces, Januar 2009.

280 Vgl. Amnesty International: Afghanistan: arms proliferation fuels further abuse, AI Public Briefing, April 2008.

281 Vgl. UNDP: Disbandment of Illegal Armed Groups (DIAG): Annual Project Report 2010.

282 Vgl. Amnesty International: Afghanistan: arms proliferation fuels further abuse, AI Public Briefing, April 2008.

283 Vgl. United Nations Disarmament, Demobilization and Reintegration Resource Centre: Afghanistan- County Programme; URL: <http://www.unddr.org>.

284 Vgl. Steve Bowman/ Catherine Dale: War in Afghanistan: Strategy, Military Operations, and Issues for Congress, Congressional Research Service, 8. Juni 2010.



Afghanische Polizisten in der EUPOL-Ausbildung, Foto: EUPOL.

die Militärs und die paramilitärischen Polizisten zu bezahlen, dürfte das das Ende der Regierung in Kabul bedeuten. Die extrem hohen Kosten haben zusätzlich den Effekt, dass Gelder etwa für die Sozialpolitik nicht zur Verfügung stehen werden. Damit führt der überdimensionierte Sicherheitsapparat weiter dazu, dass Mittel für Bildung, Soziales etc. nicht zur Verfügung stehen. Dass große Teile der westlichen Entwicklungshilfe in diesen Sicherheitsapparat gepumpt werden, macht die Sache nicht besser (siehe 4.3).

### 6.5 SSR als NATO-Standardkonzept

Der Aufbau lokaler Sicherheitskräfte wird als Sicherheitssektorreform (SSR) bezeichnet. Ursprünglich stammt das Konzept aus der Entwicklungszusammenarbeit und verfolgte das Ziel, die Sicherheitskräfte eines Landes – also Polizei, Militär und Geheimdienste – demokratisch zu kontrollieren und für Menschenrechtsfragen zu sensibilisieren. Die Praxis zeigt aber, dass Demokratie und Menschenrechte zugunsten sicherheits- und wirtschaftspolitischer Interessen des Westens in den Hintergrund treten.

Damit wird – und dies zeigt sich in Afghanistan ganz deutlich – in Kauf genommen, autoritären Regimen die Machtmittel an die Hand gegeben, die sie dann im Sinne des Westens einsetzen sollen. Eine Studie des *Zentrums für Transformation der Bundeswehr* fordert etwa: „Vor dem Hintergrund der immensen Kosten von umfangreichen Stabilisierungsmaßnahmen ist [...] zu prüfen, ob ein gezielter Ausbau der Befähigung zur konzentrierten Ausbildung von Sicherheitskräften der zu unterstützenden Staaten eine ausreichende Befähigung bei der Unterstützung

von Stabilisierungsbemühungen darstellt. Dies könnte als ‚Stabilisierung light‘ die Zahl der einzusetzenden Streitkräfte möglicherweise insgesamt erheblich verringern. [...] Das Spannungsverhältnis zwischen Interessen- und Wertepolitik, die in unterschiedlichen Zeithorizonten wirksam werden, tritt besonders deutlich im Zielkonflikt zwischen kurzfristig notwendigen Kooperationen mit autoritären Regimen im Energie- und Sicherheitssektor einerseits und dem langfristigen Interesse an einem Wandel dieser Regime zutage. Dies könnte abhängig von der Energieversorgungslage zu Kompromissen bei Demokratisierungsbemühungen und politischer Konditionalität gegenüber den Staaten der Region bis hin zur Unterstützung autoritärer Regime führen.“<sup>285</sup>

Angesichts dieser „Vorteile“ ist es kein Wunder, dass die neue NATO-Strategie vom November 2010 erstmals über die Gehversuche in Afghanistan hinaus stehende Kapazitäten zum Aufbau lokaler Repressionsorgane anvisiert – auch ist der Krieg dazu ein trauriger Trendsetter: „Wir werden Kapazitäten zum Training und Aufbau lokaler Kräfte in Krisenzonen entwickeln, damit lokale Autoritäten in der Lage sind, so schnell wie möglich die Sicherheit auch ohne internationale Hilfe aufrecht zu erhalten.“<sup>286</sup>

285 Zentrum für Transformation der Bundeswehr: Peak Oil – Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen, Strausberg, Juli 2010, S. 58 und 63.

286 Active Engagement, Modern Defence. Strategic Concept for the Defence and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Organisation adopted by Heads of State and Government in Lisbon, 19.11.2010, Ziffer 25.

## 7. Afghanistan: Militarisierung Deutschlands

Seit dem Angriff auf Jugoslawien 1999 befindet sich Deutschland mittlerweile im zwölften Jahr im Kriegszustand – es ist illusorisch zu glauben, dies würde sich nicht tief greifend auf Militär, Politik und Gesellschaft auswirken. Der Afghanistan-Einsatz ist dabei der mit Abstand größte und wichtigste Krieg der Bundeswehr, an ihm entzündeten sich nahezu alle Debatten, die inzwischen zu einer beispiellosen Militarisierung Deutschlands geführt haben.

### 7.1 Armee im Einsatz: Deutschland wird am Hindukusch verteidigt

Der Wortlaut des Grundgesetzes ist – eigentlich - eindeutig: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ (Artikel 87a I 1) Dennoch wurde bereits kurz nach Ende des Kalten Krieges damit begonnen, sich buchstäblich vom Grundgesetz zu verabschieden. Es erfolgte, in den Worten von Detlef Bald, dem ehemaligen wissenschaftlichen Direktor am *Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr* (SoWi), ein „Paradigmenwechsel von der Verteidigung zur Intervention.“<sup>287</sup> Hierfür wurde die Bundeswehr personell zwar verkleinert, die interventionsfähigen Truppenteile aber immer weiter aufgestockt. Den vorläufigen Höhepunkt dieser Neufokussierung auf Auslandseinsätze stellte die deutsche Beteiligung am Angriffskrieg gegen Jugoslawien dar. Danach war es aber der 2001 begonnene deutsche Einsatz in Afghanistan, mit dem wesentlich alle weiteren Militarisierungsschritte begründet wurden.

Vor allem diente der Afghanistan-Einsatz dazu, Bundeswehrinterventionen von jeglicher räumlichen Begrenzungen zu „befreien“ – seinen Niederschlag fand dies 2002 im berühmt berüchtigten Ausspruch des damaligen Verteidigungsministers Peter Struck: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.“<sup>288</sup> Damit wurde der Sinngehalt des grundgesetzlich klar definierten reinen Verteidigungsauftrags, der eigentlich bedeutet, dass die Bundeswehr außerhalb der Bündnis- und Landesgrenzen nichts verloren hat, überaus erfolgreich uminterpretiert. Die im Mai 2003 von Struck erlassenen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) stellten dann auch fest, „ein existenzbedrohender Angriff auf das Bündnis als ganzes [...] ist unwahrscheinlich.“ Da es in Deutschland nichts zu verteidigen gibt, wurde das Motto ausgegeben, man dürfe „Verteidigung geographisch nicht mehr eingrenzen.“<sup>289</sup>

Im Oktober 2006 wurde dann das „Weißbuch der Bundeswehr“ veröffentlicht, in dem es hieß: „Die Bundeswehr beschreitet seit Jahren konsequent den Weg des Wandels zu einer Armee im Einsatz und verändert sich dabei tiefgreifend.“<sup>290</sup> Landesverteidigung spielt im Weißbuch offenbar keine Rolle mehr: „Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus sind auf absehbare Zeit die wahrscheinlicheren Aufgaben. Sie sind strukturbestimmend und prägen maßgeblich Fähigkeiten, Führungssysteme, Verfügbarkeit und Ausrüstung der Bundeswehr. [...] Die Struktur der Bundeswehr wird konsequent auf Einsätze ausgerichtet.“<sup>291</sup>

Die aktuelle Reform der Bundeswehr setzt im Wesentlichen diesen Weg der Interventionsrichtung konsequent und radikaler als bisher fort.

### 7.2 Interessen: Neue Ehrlichkeit

Es war vor allem der Krieg in Afghanistan, der in Deutschland eine Debatte ausgelöst hat, aus welchen Gründen Bundeswehrsoldaten ins Ausland geschickt werden sollen. Dabei ist es geradezu atemberaubend, in welchem Tempo sich in jüngster Zeit das Koordinatensystem verschoben hat. Noch Ende Mai 2010 hatte der damalige Bundespräsident Horst Köhler seinen Hut nehmen müssen, weil er die Auffassung vertrat, dass ein „militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege.“<sup>292</sup> Wenige Monate später, im November 2010, fragte sich der seinerzeitige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, „was so verwegen an dieser Aussage war“ und forderte „offen und ohne Verklemmung“<sup>293</sup> über Militäreinsätze zugunsten wirtschaftlicher Interessen zu diskutieren. Der zu erwartende Aufschrei der Entrüstung blieb jedoch aus, bekanntlich musste zu Guttenberg aus anderen Gründen abtreten.

Sein Nachfolger, Thomas de Maizière, leitete nun eine nochmalige Verschärfung ein: „Eigentlich sollte es inzwischen eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir uns über unsere nationalen Interessen im Klaren sind und sie offen vertreten. [...] Unsere nationalen Sicherheitsinteressen ergeben sich aus unserer Geschichte, unserer geografischen Lage, den internationalen Verflechtungen unseres Landes und unserer Ressourcenabhängigkeit als Hochtechnologie- und rohstoffarme Exportnation. [...] Das beinhaltet auch den Einsatz von Streitkräften.“<sup>294</sup> Fast genauso klin-

287 Bald, Detlef: Der Paradigmenwechsel von der Verteidigung zur Intervention, in: W&F-Dossier Nr. 53/2006.

288 Eckert, Dirk: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“, Telepolis, 13.12.2002.

289 Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Berlin, 21. Mai 2003, Ziffer 5. Vgl. auch Claudia Haydt/ Tobias Pflüger: Grenzenlose Militärmacht Deutschland und Nebenkriegsschauplätze. Die neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR), in: AUSDRUCK (Juli 2003), S. 8-9.

290 Weißbuch 2006 zur Sicherheit Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr (Online Ausgabe), S. 9.

291 Ebd., S. 11f.

292 Horst Köhler im Gespräch mit Christopher Ricke, Deutschlandradio Kultur, 22.05.2010.

293 Guttenberg stützt umstrittene Köhler-These, Focus Online, 09.11.2010.

294 Regierungserklärung des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, zur Neuausrichtung der Bundeswehr vor dem Deutschen Bundestag am 27. Mai 2011 in Berlin.



gen dann auch die zeitgleich zu den Umbauplänen der Bundeswehr am 18. Mai 2011 neu erlassenen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“.<sup>295</sup> Ähnliche Formulierungen waren zwar bereits im Weißbuch von 2006 zu finden, aber nicht in dieser Deutlichkeit, weshalb dies auf *Zeit-Online* in einem Kommentar von Jörg Lau mit folgenden Worten explizit begrüßt wurde: „Das ist eine deutliche Akzentverschiebung. [...] Das ist kurz und knapp genau das, was Köhler angedeutet hat. De Maizière in seiner besonnenen, ruhigen Art, nimmt man ab, was einen Köhler den Kopf kostet.“<sup>296</sup>

Damit aber nicht genug: In seiner ebenfalls am 18. Mai 2011 gehaltenen Rede zur Neuausrichtung der Bundeswehr betonte de Maizière, Deutschland solle Kriege nicht nur für allzu eng verstandene Interessen führen. Der „Einsatz von Soldaten“ könne auch dann erforderlich sein, „wenn keine unmittelbaren Interessen Deutschlands erkennbar sind. Für andere demokratische Nationen ist so etwas längst als Teil internationaler Verantwortung selbstverständlich. *Wohlstand erfordert Verantwortung.*“<sup>297</sup> Diese Passage ist eine klare Ansage an diejenigen - vor allem an Außenminister Guido Westerwelle -, die eine deutsche Beteiligung am Krieg gegen Libyen abgelehnt hatten: „De Maizière sagt kein einziges Wort zu der Libyen-Entscheidung, aber die Richtlinien und seine Rede sind nach meinem Eindruck eine scharfe Kurskorrektur – oder sagen wir: der Versuch deutlich zu machen, dass Deutschland sich nicht dauerhaft auf den Kurs des Raushaltens um jeden Preis festlegt, für den der Außenminister steht“, so der Kommentar von Jörg Lau.<sup>298</sup>

Damit machte sich de Maizière eine wesentliche Argumentationsfigur zu Eigen, die wie bereits zuvor beschrieben, maßgeblich für die Rechtfertigung des Afghanistan-Krieges herangezogen wurde (siehe 3.1). Doch das Spider-Man-Motto „Aus großer Macht erwächst große Verantwortung“ ist was Bundeswehr-Einsätze anbelangt keineswegs so altruistisch, wie man gerne glauben machen will. So schreibt etwa Gunther Hellmann in einem Beitrag für die *Internationale Politik*, nach eigenem Bekunden „Deutschlands



Krieg für deutsche Interessen: Ex-Bundespräsident Horst Köhler, Foto: Roosevelt Pinheiro/ABr über Wikipedia.

führende außenpolitische Zeitschrift“, über die machtpolitischen Hintergründe dieser Verantwortungsretorik: „Deutschland, so heißt es, hat ‚Führungsverantwortung‘ zu übernehmen. Eine ‚Kultur der Zurückhaltung‘, wie sie in Bonner Zeiten verstanden wurde, ist mit einer derart gewachsenen außenpolitischen ‚Verantwortung‘ nicht mehr vereinbar, sei es im Kontext der EU oder in Afghanistan. [...] Berlin sagt ‚Verantwortung übernehmen‘, meint aber ‚Macht ausüben‘.“<sup>299</sup>

Die Zeit als Menschenrechte, Weltfrieden und was alles noch zur Legitimation von Bundeswehreinräsen erhalten musste, ist weitgehend vorbei. Immer offener ersetzt das nackte Interesse die Moral als zentrale Rechtfertigung für Auslandseinsätze der Bundeswehr. So konstatiert bzw. prognostiziert eine Studie des *Zentrums für Transformation der Bundeswehr* über die sicherheitspolitischen Herausforderungen knapper werdender Energievorkommen: „Die schon bestehende Selektivität von Interventionen [nimmt] weiter zu [...] Damit konzentriert sich das Interesse an (Entwicklungs-)Zusammenarbeit auf diejenigen Fälle, wo Entwicklungsländer mittel- und langfristig den Zugang zu wichtigen Ressourcen öffnen. Damit treten neben den unmittelbar Öl und Energierohstoffe exportierenden Nationen auch bestimmte Staaten im unmittelbaren Umfeld in den Vordergrund, die eine Bedeutung für den Transport dieser Güter besitzen. Das Verhalten von Staaten wird in diesem Sinne ‚egoistischer‘ und noch stärker an den eige-

295 „Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet. Verknappungen von Energieträgern und anderer für Hochtechnologie benötigter Rohstoffe bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Staatenwelt. Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken. Störungen der Transportwege und der Rohstoff- und Warenströme, z.B. durch Piraterie und Sabotage des Luftverkehrs, stellen eine Gefährdung für Sicherheit und Wohlstand dar. Deshalb werden Transport- und Energiesicherheit und damit verbundene Fragen künftig auch für unsere Sicherheit eine wachsende Rolle spielen.“ (Verteidigungspolitische Richtlinien: Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten, Berlin, den 18. Mai 2011, S. 4f.).

296 Lau, Jörg: De Maizières Bundeswehrreform und die deutschen Interessen, *Zeit Online*, 18.05.2011.

297 „Neuausrichtung der Bundeswehr“: Rede von Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière, 18.05.2011. Eigene Hervorhebung.

298 *Zeit Online*, 18.05.2011.

299 Hellmann, Gunther: Normativ nachrüsten. Deutschlands neue Rolle in der Welt und wie sie zu gestalten wäre, *Internationale Politik* (Online), Oktober 2010.



Ein archaischer Kolonialkrieger: Hans-Otto Budde, Inspekteur des Heeres (2004-2010).

nen Interessen ausgerichtet - Idealismus tritt als Triebfeder für außenpolitisches Engagement deutlich in den Hintergrund.<sup>300</sup>

### 7.3 Barbarisierung des Diskurses

Eine „neue Ehrlichkeit“ hat auch in der Wortwahl Einzug gehalten. Sorglos werden in Deutschland mittlerweile wieder mit aller Selbstverständlichkeit Begrifflichkeiten verwendet, die lange aus guten Gründen tabu waren und derer man sich bis vor Kurzem noch allenfalls hinter verschlossenen Türen bedient hätte. Einen ersten Vorgeschmack lieferte Hans-Otto Budde, von März 2004 bis März 2010 Inspekteur des Heeres, dessen kurz vor seinem Amtsantritt erhobenen Forderungen von der *Welt am Sonntag* auch noch gleich stilsicher in den (neokolonialen) Kontext eingebettet wurden, wo sie hingehören: „Nun, eine ‚neue Zeit‘ in der Militärstrategie und Taktik verlangt natürlich einen Soldatentypus sui generis: Der ‚Staatsbürger in Uniform‘, der mit seiner Familie in unserer Nachbarschaft wohnte und um siebzehn Uhr dreißig nach Hause kam, hat ausgedient. ‚Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann‘, stellt Budde lakonisch fest. Diesen Typus müssen wir uns wohl vorstellen als einen Kolonialkrieger, der fern der Heimat bei dieser Art von Existenz in Gefahr steht, nach eigenen Gesetzen zu handeln.“<sup>301</sup> In diesen Zusammenhang passt auch die Unverkrampftheit, mit dem in Deutschland für den NATO-Einsatz in Afghanistan der Begriff der „Schutztruppe“

aus der Versenkung geholt wurde. Kaum jemanden scheint dabei die bittere Analogie zu stören oder überhaupt aufzufallen: „Schutztruppe war die offizielle Bezeichnung der militärischen Einheiten in den deutschen Kolonien in Afrika von 1891 bis 1918.“<sup>302</sup>

Angesichts der wachsenden Zahl der im Afghanistan-Krieg getöteten Bundeswehr-Soldaten veränderte sich auch dieser Diskurs. Schon 2008 beschwerte sich der damalige Bundeswehrverbandschef, Bernhard Gertz, anlässlich der Beisetzung eines getöteten Bundeswehrsoldaten, dass davon gesprochen wurde, er sei im Einsatz „verunglückt“: „Richtig ist: Dieser Hauptfeldwebel ist für die Bundesrepublik Deutschland gefallen.“ Die Bundesregierung solle endlich mit ihren „gestelzten Wendungen“ aufhören und die Wahrheit sagen.<sup>303</sup> Der damalige Verteidigungsminister Franz-Josef Jung nahm sich diese Schelte wohl zu Herzen. Jedenfalls näherte er sich wenige Monate später bei der Beisetzung zwei weiterer in Afghanistan umgekommener Bundeswehrsoldaten verbal schon mal Gertz an. Während der Trauerfeier sagte er: „Ich verneige mich in Dankbarkeit und Anerkennung vor den Toten, die für unser Land im Einsatz für den Frieden gefallen sind.“<sup>304</sup> In diesem Zusammenhang ist auch die Einweihung des Ehrenmals für getötete Soldaten im September 2009 zu sehen, mit der die Heldenverehrung in Deutschland einen vorläufigen Höhepunkt erreichte.<sup>305</sup>

Die Zeit war scheinbar reif - oder die Lage so kritisch -, dass immer offener dazu übergegangen wurde, die Bevölkerung aufs Töten (und getötet werden) vorzubereiten. Auch die Medien stimmten dem zu und taten das Ihrige. Erinnert sei an dieser Stelle nur an das Spiegel-Titelbild aus dem Jahr 2006 (Nr. 47), in dem gefordert wurde: „Die Deutschen müssen das Töten lernen.“ Insgesamt ist die Veränderung unübersehbar: „Vom 2009 erstmals verliehenen ‚Ehrenkreuz für Tapferkeit‘ über vom Boden aus gesteuerte Aufklärungsflugzeuge bis hin zum Traumazentrum für Wehrpsychiatrie in Berlin – der zehnjährige Einsatz in Afghanistan hat die deutsche Bundeswehr stark verändert. [...] In der Außendarstellung vollzog die Politik noch zu Zeiten von Verteidigungsminister Franz-Josef Jung (CDU) eine Wende: Auf Druck der Soldaten und ihrer Familien hießen die Getöteten plötzlich offiziell Gefallene, die Verletzten Verwundete. Es gab neue Orden, und das Wort ‚Krieg‘ war nicht länger ein Tabu, wofür vor allem Jungs Nachfolger Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) sorgte.“<sup>306</sup> Der aktuelle Verteidigungsminister Thomas de Maizière setzt diese schlechte Tradition ungebrochen fort, von ihm stammen etwa Aussagen wie die folgende: „Wir Deutschen verbinden mit Ehre und auch Dienen zu oft etwas Schwerblütiges. Etwas, das drückt. Wer dient, hat

300 Zentrum für Transformation der Bundeswehr: Peak Oil – Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen, Strausberg, Juli 2010, S. 45.

301 Winkel, Wolfgang: Bundeswehr braucht archaische Kämpfer, *Welt am Sonntag*, 29.02.2004.

302 Wikipedia: Schutztruppe.

303 Vgl. Klare Worte für tote Soldaten, *Süddeutsche Zeitung Online*, 03.09.2008.

304 Trauer um „Gefallene“, *taz*, 25.10.2008.

305 Vgl. Januschke, Eugen: Das Ehrenmal der Bundeswehr, in: *Wissenschaft & Frieden* 1/2010.

306 Michelis, Helmut: Zehn Jahre Einsatz am Hindukusch. Afghanistan hat die Bundeswehr verändert, *RP Online*, 07.10.2011.

hängende Schultern oder Mundwinkel. Ich will versuchen, diesen Begriffen einen neuen Resonanzboden zu geben, ein breiteres Spektrum. Dienen ist nobel und ehrenhaft, aber es kann einfach auch Freude machen und das Selbstbewusstsein stärken. Diesen Gedanken möchte ich stärken.“<sup>307</sup>

#### 7.4 Vernetzte Sicherheit, Aufstandsbekämpfung und Militarisierung der Entwicklungshilfe

In Deutschland firmiert der Comprehensive Approach unter einem anderen Namen, auch wenn er weitgehend inhaltsgleich ist: „Kein Begriff hat in den vergangenen zwei Dekaden eine vergleichbare Karriere im sicherheitspolitischen Diskurs gemacht wie Vernetzte Sicherheit.“<sup>308</sup> Im Weißbuch der Bundeswehr aus dem Jahr 2006 wird die vernetzte Sicherheit zum Leitkonzept erhoben und folgendermaßen beschrieben: „Staatliches Handeln bei der Sicherheitsvorsorge wird künftig eine noch engere Integration politischer, militärischer, entwicklungspolitischer wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung voraussetzen.“<sup>309</sup> Die diesbezüglich naheliegende Sorge zahlreicher NROs, hierdurch drohe eine Unterordnung humanitärer Hilfe unter das Militär, hat sich mittlerweile vollauf bestätigt.

Dies wird gerade anhand der Afghanistan-Fazilität überdeutlich, die Anfang Mai 2010 von Entwicklungsminister Dirk Niebel vorgestellt wurde. Dabei handelt es sich um einen Afghanistan-Fördertopf im Umfang von 10 Millionen Euro, aus dem nur Organisationen Gelder erhalten, die sich zur Kooperation mit dem Militär bereit erklärt haben: „Niemand wird zu irgendeiner Maßnahme gezwungen, aber der Auftritt der Bundesrepublik in Afghanistan wird ein einheitlicher sein. Dieses zusätzliche Geld, das in meinem Ministerium für Aufbaumaßnahmen zur Verfügung gestellt wird, zahlt der Steuerzahler, und der hat einen Anspruch darauf, dass wir einen kohärenten Auftritt haben, das bedeutet, dass das Geld auch dort ausgegeben wird, wo unsere Soldaten für Sicherheit sorgen. Und wer in den Regionen keine Aufträge durchführen möchte, der muss das nicht, aber er kann dann auch nicht an diesem Geld partizipieren.“<sup>310</sup> In dem Zusammenhang ist es auch falsch, in der Ernennung von Oberst a.D. Friedel H. Eggelmeyer zum Verantwortlichen für die Entwicklungszusammenarbeit mit Nordafrika, Nahost und Afghanistan lediglich einen Freundschaftsdienst ehemaliger Bundeswehrkameraden zu sehen. Eggelmeyers Qualifikation liegt eben gerade in seiner militärischen Karriere. Die Parla-

mentarische Staatssekretärin beim BMZ, Gudrun Kopp, erklärte im Bundestag: „[Eggelmeyer] verfügt [...] über umfangreiche Erfahrung und Kompetenz im Bereich der vernetzten Sicherheit und trägt somit maßgeblich dazu bei, die Kohärenz zwischen entwicklungs-, außen- und sicherheitspolitischen Aspekten sicher zu stellen“. Und auch Niebel meint: Eggelmeyer „beherrscht [...] die Sprache der Bundeswehr so, dass mein Ministerium vernünftig mit den Streitkräften zusammenarbeiten kann.“<sup>311</sup>

Auf EU-Ebene existiert mit dem *Europäischen Auswärtigen Dienst* bereits eine „vernetzte“ Superbehörde: Verglichen mit der in Deutschland gängigen Ressortaufteilung vereinigen sich im EAD die Kompetenzen des Verteidigungs-, Außen- und großer Teile des Entwicklungsministeriums. Dabei zeigt sich, dass es hierüber dem Militär gelingt, sich vormals rein zivile Bereiche im EAD zunehmend unter den Nagel zu reißen.<sup>312</sup> Die Gefahr, dass hierdurch zivile Außenpolitikinstrumente zunehmend auf die Optimierung militärischer Interessensdurchsetzung reduziert werden, ist also real. Einen schaurigen Blick in die Kristallkugel, wie dies für Deutschland aussehen könnte, liefert hier eine Studie der *Stiftung Wissenschaft und Politik* mit dem bezeichnenden Titel „Aufstandsbekämpfung als Auftrag“. Dort wird eine neue strategische Planungseinheit im Auswärtigen Amt gefordert: „Ihre Aufgabe wäre es, die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aspekte der Aufstandsbekämpfung zusammenzuführen. [...] Mit Hilfe dieser Planungseinheit ließe sich kontinuierlich eine gemeinsame zivil-militärische Strategie für alle laufenden Auslandseinsätze erarbeiten und realisieren.“ Weiter plädiert die Denkfabrik dafür, dass das Militär bei konkreten Einsätzen die alleinige Kontrolle übernehmen soll: „Auf operativer Ebene sollte die Integration ziviler und militärischer Mittel innerhalb der Einsatzführungsstrukturen des Verteidigungsministeriums erfolgen. [...] Es sollte generell erwogen werden, das Personal der mit Auslandseinsätzen befassten zivilen Ministerien für die Dauer der Einsätze in die Strukturen des Verteidigungsministeriums einzugliedern.“<sup>313</sup>

#### 7.5 Etikettenschwindel Sparzwang: Bundeswehr-Umbau und Militarisierung der Gesellschaft

Am 18. Mai 2011 wurde mit der Veröffentlichung der „Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr“ ein Generalumbau der Bundeswehr eingeleitet, der angeblich nur vor allem eines zum Ziel habe: Kosten einzusparen und den Rüstungshaushalt dauerhaft massiv abzusenken. Tatsächlich geht es aber darum, die letzten Zöpfe abzuschneiden, die noch mit der „alten Verteidigungsarmee“

307 de Maizière: „Wir müssen internationale Verantwortung übernehmen“, Bundesregierung Online, 29.06.2011. Vgl. dazu Jäger, Siegfried: Militärische Gewalt. Ihre Normalisierung als Produkt multipler Demoralisierung, in: *Wissenschaft & Frieden*, 3/2011, S. 6-8.

308 Vernetzte Sicherheit – viel erreicht, aber wenig gewonnen?, in: *Reader Sicherheitspolitik* (Oktober 2011).

309 Weißbuch 2006, S. 7.

310 Niebel: Mehr Geld für zivilen Aufbau in Afghanistan, *Deutschlandradio Kultur*, 13.02.2010.

311 Dirk Niebel: „Mir ist das Parteibuch völlig egal“, *Hamburger Abendblatt*, 06.03.2010.

312 Vgl. Hantke, Martin/ Wagner, Jürgen: „Außenpolitik aus einem Guss“. Ein Militärisch-Auswärtiger Dienst zur Maximierung der europäischen Machtprojektion, *IMI-Studie*, Nr. 8/ 2011.

313 Noetzel, Timo/ Zapfe, Martin: *Aufstandsbekämpfung als Auftrag: Instrumente und Planungsstrukturen für den ISAF-Einsatz*, SWP-Studie, Mai 2008, S. 24.



Der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, erläutert während der Bundespressekonzferenz in Berlin die Neuausrichtung der Bundeswehr anhand seines Eckpunktepapiers; Foto: Bundeswehr/Sebastian Wilke über Flickr.

verbunden waren und einer „effizienten“, sprich: kriegsfähigeren, Bundeswehr im Weg stehen.

Der Reihe nach: Die Bundesregierung verkündete im Juni 2010, bis 2014 insgesamt 81,6 Milliarden Euro einsparen zu wollen. Im Mai 2010 sprachen sich laut dem *ZDF-Politbarometer* 82 Prozent der Befragten für Einsparungen im Rüstungs- und Verteidigungsbereich aus. Von den sieben für Sparvorschläge zur Auswahl gestellten Politikbereichen (Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit, Umweltschutz, Sozialleistungen, Verkehr/Straßenbau und Rüstung/Verteidigung) wurde ausschließlich der Rüstungs- und Verteidigungsbereich mehrheitlich als Einsparpotential gesehen.<sup>314</sup>

Auf den ersten Blick gesehen, schien die Politik hier halbwegs auf einer Wellenlänge mit den Präferenzen der Bevölkerung zu liegen: Der Verteidigungsetat sollte 8,3 Mrd. Euro zu den gesamten Einsparungen beitragen. Um dies zu erreichen, sei ein grundlegender Umbau der Bundeswehr erforderlich, die Sparvorgabe sei nur durch eine erhebliche Truppenreduzierung erfüllbar, hieß es. Noch unter Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg wurde eine Planungsgruppe unter Leitung des Bundeswehr-Generalinspektors Volker Wieker eingesetzt, deren Vorschläge am 31. August 2010 veröffentlicht wurden. Der „Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010“ schlug verschiedene Modelle vor, die eine Reduzierung des Gesamtumfangs von derzeit 252.000 Soldaten auf eine Zahl zwischen 205.000 und 150.000 vorsahen. Die im Bericht präferierte Zielgröße waren 163.500 Soldaten.<sup>315</sup>

Dies war in etwa immer noch der Sachstand, als Thomas de Maizière im März 2011 die Geschäfte im Bendlerblock übernahm. Am 20. April 2011 veröffentlichte die *Bild-*

Zeitung dann Auszüge aus einem „geheimen“ Bericht des Verteidigungsministeriums, der sich mit den Auswirkungen der Sparvorgaben beschäftigte. Das Papier, das wohl keineswegs zufällig das Licht der Öffentlichkeit erblickte, kam zu dem Ergebnis, unter der Sparvorgabe sei maximal Geld für 158.000 Soldaten vorhanden, vergaß aber nicht gleichzeitig auf die – aus Militaristensicht – drastischen Auswirkungen einer solchen Reduzierung hinzuweisen. Hiermit ginge etwa die „Bündnis- und Einsatzfähigkeit absehbar verloren.“ Die Kürzungen würden die Bundeswehr fundamental gefährden, so das BMVg-Papier: „Die ins Auge gefassten Einschnitte werden die Fähigkeiten

Deutschlands, mit militärischen Mitteln zur nationalen und internationalen Sicherheitsvorsorge beizutragen, erheblich einschränken. Der deutsche Militärbeitrag wird weder der Rolle Deutschlands im Bündnis entsprechen noch den nationalen Sicherheitsinteressen genügen. Diese Einschränkungen werden auf mittlere Sicht nicht reversibel sein.“ Im Ergebnis könne hierdurch die Fähigkeit, an mehreren Orten Krieg für deutsche Interessen führen zu können, nicht mehr gewährleistet werden: „Bei den vorgesehenen Eingriffen ins Fähigkeitsprofil [...] wird die Unterstützung nur noch in einem Einsatzgebiet durchhaltefähig möglich sein.“<sup>316</sup>

Zweifellos dürften diese Überlegungen die weitere Planung maßgeblich beeinflusst haben. In den „Eckpunkten für die Neuausrichtung der Bundeswehr“ vom 18. Mai 2011 werden keine Kürzungen im investitiven Bereich angekündigt. Auch künftig sollen jährlich etwa 5 Mrd. Euro für neue Rüstungsgüter ausgegeben werden. Doch auch bei der Reduzierung des Bundeswehr-Umfangs bewegen sich die Planungen nunmehr am obersten Ende der bislang diskutierten Vorschläge. Laut den „Eckpunkten“ wird deshalb „der zukünftige Bundeswehrumfang aus bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten und 55.000 zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehen.“<sup>317</sup> Bedenkt man nun, dass allein schon durch die Aussetzung der Wehrpflicht 30.000 Soldaten wegfallen, sind die Reduzierungspläne alles andere als ambitioniert. Mehr noch: sie sind absolut unvereinbar mit den Sparvorgaben, da das oben erwähnte interne BMVg-Papier ja angibt, hierfür müsste der Truppenumfang auf 158.000 Soldaten reduziert werden.

314 Vgl. IMI-Fact-Sheet: Bundeswehrreform, URL: [http://imi-online.de/download/factsheet\\_bundeswehrreform\\_web.pdf](http://imi-online.de/download/factsheet_bundeswehrreform_web.pdf).

315 Vgl. Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010.

316 Bundeswehr wird kaputt gespart! Bild.de, 20.04.2011, URL: <http://www.bild.de/politik/inland/bundeswehrreform/einsatzfaehigkeit-kaputtgespart-158000-start-185000-soldaten-17527866.bild.html>.

317 BMVg: Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr, Berlin, 18.05.2011.

Zur Erinnerung: Zu den 81,6 Mrd. Euro, die die Bundesregierung bis 2014 einsparen will, sollte die Bundeswehr laut Beschluss vom Juni 2010 eigentlich 8,3 Mrd. beitragen. Ein erstes Präsent wurde der Truppe noch unter Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg überreicht, indem ihr eine „Fristverlängerung“ bis 2015 genehmigt wurde. „Das klingt nach wenig, führt aber dazu, dass der Verteidigungshaushalt von heute nominal 31,5 Milliarden Euro bis 2015 nur auf 30,4 Milliarden sinkt – die alte Zielmarke 2014 hätte zu nominal 27,6 Milliarden Euro geführt“, so der *Tagesspiegel*.<sup>318</sup> Allein damit wird der Etat jedoch um 2,6 Milliarden Euro über dem Haushalt von 2006 liegen. Hier von drastischen Einsparungen zu reden, ist, vorsichtig formuliert, gewagt.

Doch es kommt noch besser! Da die Bundeswehr ja durchaus etwas schrumpfen soll, diese Mitarbeiter aber nicht einfach gefeuert werden können, entstehen hier weitere Kosten. Sie sollen aber nun nicht dem Militärbudget, sondern dem Bundeshaushalt angelastet werden, wie der *Tagesspiegel* weiter berichtet: „[Schäuble] überweist de Maizière bis 2015 jährlich eine Milliarde. Die Summe schrumpft mit jedem Zivilen, der einen Job im öffentlichen Dienst außerhalb der Bundeswehr findet. Schäuble hat deshalb im Kabinett eine Regelung durchgesetzt, nach der jedes Bundesressort, das eine neue Stelle schafft, erst einmal im Bundeswehr-„Überhang“ nach einem geeigneten Kandidaten suchen muss.“<sup>319</sup>

Wer sich jetzt noch nicht vom Spareifer der Bundeswehr veräppelt fühlt, für den gibt es abschließend noch ein besonderes Schmäckerl. Die „Eckpunkte“ legen, wie erwähnt, eine Bundeswehr-Zielgröße von bis zu 185.000 Soldaten fest. Diese Zahl setzt sich aus 170.000 Zeit- und Berufssoldaten plus – je nach Erfolg der Rekrutierungsanstrengungen – 5.000 bis 15.000 Freiwilligen zusammen. Nach Angaben des *Tagesspiegel* soll der Bundeshaushalt augenscheinlich künftig sogar für die Gehälter aller angeworbenen Freiwilligen aufkommen, die über der Untergrenze von 5.000 Freiwilligen liegen: „Diesen Überfluss zahlt ebenfalls Schäuble aus dem allgemeinen Haushalt – rund 2500 Euro im Monat pro Mann oder Frau.“<sup>320</sup> Eine kurze Nebenrechnung (10.000x2.500x12) ergibt für dieses Geschenk jährliche Kosten von noch einmal 300 Mio. Euro, sollte es der Bundeswehr gelingen, die Maximalzahl an Freiwilligen zu werben. Je erfolgreicher die Bundeswehr demzufolge rekrutiert und dabei größer wird, desto stärker entlastet sie ihren Haushalt, absurder geht es wohl kaum mehr. Abschließend das Spardrama in Zahlen: Der Etat der Bundeswehr, dem angeblich ein finanzieller Kahlschlag ungeahnten Ausmaßes verordnet wurde, wird sich im Jahr 2015 im Extremfall real auf 31,7 Milliarden Euro belaufen, mehr als heute und fast 4 Mrd. Euro über dem Haushalt des Jahres 2006!

Es geht und ging also nie um Einsparungen, sondern darum, die Bundeswehr kriegsfähiger zu machen. Deutlich wird dies daran, dass durch den Umbau der Bundeswehr

die Zahl von gegenwärtig 7.000 gleichzeitig im Ausland einsetzbaren Soldaten erhöht werden soll: „Es werden rund 10.000 Soldatinnen und Soldaten zeitgleich durchhaltefähig für Einsätze verfügbar sein.“<sup>321</sup> Der „Sparzwang“ diente somit dazu, vor allem zwei Hindernisse für eine Effizienzsteigerung der Bundeswehr aus dem Weg zu räumen. Einmal betrifft dies Ausgabenposten, die bislang in „sinnlose“, weil für die „Armee im Einsatz“ unnütze Bereiche flossen, abzuwickeln und die freiwerdenden Gelder umzuleiten. Gemeint sind hier insbesondere die Ende Oktober 2011 angekündigten umfangreichen Schließungen von Standorten der Bundeswehr, die bislang sowohl innerhalb großer Teile des Militärs als auch vor allem bei Ländern und Kommunen als heilige Kühe galten. Unter Verweis auf die angeblichen Sparvorgaben werden nun zahlreiche dieser heiligen Kühe geschlachtet, wodurch Gelder für den Interventionsbereich frei werden.<sup>322</sup>

Zweitens betrifft dies die Wehrpflicht, die lange als ein wesentliches Element des Bundeswehr-Selbstverständnisses, nämlich das eines „Staatsbürgers in Uniform“, war. Da Wehrpflichtige aber nicht in Auslandseinsätze geschickt werden können und erhebliche Kosten verursachen, wurde auch dieser Zopf mit der Aussetzung der Wehrpflicht nun abgeschnitten. Daraus entsteht für die Bundeswehr jedoch wiederum ein anderes Problem: Bislang war die Wehrpflicht das wesentliche Instrument, um an neue Rekruten zu gelangen. Aus diesem Grund wurden nun im Zuge des Bundeswehr-Umbaus und der Aussetzung der Wehrpflicht die schon lange zunehmenden Werbemaßnahmen nochmals erheblich intensiviert. Mit dieser Charmeoffensive will die Bundeswehr einmal die Akzeptanz ihrer Kriegspolitik in der Bevölkerung vergrößern und vor allem auch an neue Rekruten gelangen.<sup>323</sup> Damit wird die seit Jahren stattfindende Militarisierung des öffentlichen Raums weiter intensiviert.

## 7.6 Militärjustiz – Sonderrecht für deutsche Soldaten?

In der Vergangenheit kam in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr die Tötung von an Kampfhandlungen unbeteiligten Zivilpersonen immer wieder vor. Jedoch erst mit der Verschärfung der Kriegsführung in Afghanistan und der in diesem Kontext von Oberst Klein zu verantwortende Luftschlag zweier US-Kampfflugzeuge nahe Kundus am 4. September 2009 mit einer hohen Anzahl getöteter Zivilisten, darunter sogar Kindern, machte der Öffentlichkeit schlagartig deutlich, dass in Afghanistan auch durch die Bundeswehr ein brutaler Krieg mitgeführt wird. In den Medien wurde lautstark diskutiert, ob in Kundus nicht ein Kriegsverbrechen durch die Bundeswehr geschehen und

321 BMVg: Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr, Berlin, 18.05.2011.

322 Die konkreten Schließungen finden sich auf der Homepage des Bundesverteidigungsministeriums: Die Stationierung der Bundeswehr in Deutschland, Oktober 2011.

323 Vgl. Stache, Christian: Neuer Minister, alte Pläne: Die Rekrutierungsoffensive 2011 der Bundeswehr, in: AUSDRUCK (April 2011), S. 22-23.

318 Ein Buchungstrick, der keiner ist, *Tagesspiegel*, 06.07.2011.

319 Ebd.

320 Ebd.

dies nicht ein Fall für das Völkerstrafgesetzbuch und die deutschen Strafgerichte sei. In dieser Situation reagierte die Bundesregierung darauf mit der Ankündigung, „eine zentrale Zuständigkeit der Justiz für die Verfolgung von Straftaten von Soldaten, die diesen in Ausübung ihres Dienstes im Ausland vorgeworfen werden“<sup>324</sup>, schaffen zu wollen.

Dies hat folgenden Hintergrund: In Deutschland unterliegen Soldaten, wie alle anderen Bundesbürger auch, rechtlich denselben Regelungen für Gerichtsstände. Das heißt: für Bundeswehrangehörige ist keine besondere Justiz zuständig, sondern jeder kann an dem Gericht seines Heimatortes angeklagt werden und muss sich auch dort verantworten. Dies wurde aus historischen Gründen so festgelegt und ist Ausdruck des Ideals vom Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“. Andererseits beinhaltet dies aber aus Sicht der Bundesregierung die Gefahr, dass sich Soldaten für ihre Handlungen in Afghanistan unter Umständen vor den hiesigen Strafgerichten verantworten müssen, ein unvorhersehbarer Ausgang des Verfahrens inklusive. Dies könnte etwa zu sinkenden Bewerberzahlen, zu fallender Bereitschaft überhaupt in Auslandseinsätze zu gehen oder zu Verweigerungen militärischer Aktionen im Einsatz führen, wenn sich die betreffenden Soldaten nicht sicher sein können, dafür nicht später strafrechtlich belangt zu werden, so die Sorge. Um solche Entwicklungen zu vermeiden, legte das Bundesjustizministerium am 28. April 2010 einen Referentenentwurf mit dem Titel „Entwurf eines Gesetzes für einen Gerichtsstand bei besonderer Auslandsverwendung der Bundeswehr“ vor. Danach sollte in die Strafprozessordnung ein Passus eingefügt werden, wonach Leipzig als alleiniger Gerichtsstand für Bundeswehrangehörige im Auslandseinsatz zu gelten hat. Die kaum verschleierte Absicht des Gesetzentwurfs ist es, auf diese Weise dort eine besondere „Ermittlungskompetenz“ aufzubauen, um der Bundeswehr entgegenkommende Gerichtsentscheidungen zu erreichen.

Bis heute gelangte der Entwurf allerdings nicht zu Gesetzeskraft und ist mutmaßlich vorerst wieder in den bürokratischen Schubladen verschwunden. Dazu dürfte auch wesentlich der vehemente Proteststurm der juristischen Fachverbände gegen den Gesetzentwurf beigetragen haben. Der Deutsche Anwaltsverein (DAV) beispielsweise hielt in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf „eine ausdrückliche Zuständigkeitsregelung für Straftaten im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen von Soldaten“ für „vermutlich entbehrlich“ und einen „unnötigen Aktivismus“. Diese völlig zu Recht getroffene Einschätzung begründete der DAV folgendermaßen: „Spezialkenntnisse in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht werden allen Gerichten in den unterschiedlichsten Verfahren zugemutet. Warum Soldaten eine Sonderbehandlung erfahren sollen, ist deshalb nicht ganz nachvollziehbar. Der Staatsbürger in Uniform ist erst einmal Staatsbürger, die Uniform kommt dann. [...] Gegen sie erhobene Vorwürfe [...] sollten schon deshalb nach allgemeinen Grundsätzen untersucht

werden, um den Gedanken an ein Sonderrecht gar nicht aufkommen zu lassen. Eine Zuständigkeitskonzentration führt [...] leicht zu einseitiger Rechtsprechung, die auf Kritik und Diskussion durch andere (gleichrangige) Gerichte verzichten muss.“<sup>325</sup>

## 7.7 Militarisierung der Innenpolitik

Ein letzter und überaus zynischer Aspekt ist, dass der Afghanistan-Einsatz auch noch dafür herangezogen wird, eine Militarisierung der Innenpolitik zu legitimieren. Begründet wird diese scheinbare Notwendigkeit mit der Gefahr terroristischer Anschläge, die eigentlich vor allem durch den Einsatz in Afghanistan verringert, in Wahrheit aber durch genau diesen Einsatz vergrößert wird, wie Heinz Fromm, Chef des Verfassungsschutzes, bestätigt: „Deutschland zählt für die islamistischen Terroristen zu den sogenannten Kreuzzüglern.“<sup>326</sup> Noch deutlicher wird BND-Chef Ernst Uhrlau: „Deutschland rückte und rückt aufgrund seines markanten außen- und sicherheitspolitischen Profils verstärkt ins Zielspektrum terroristischer Anschläge.“<sup>327</sup> Dennoch soll die „Terrorgefahr“ der Türöffner für Bundeswehr-Einsätze innerhalb Deutschlands werden, denen bislang – noch – enge Grenzen gesetzt sind.

Schon länger wird daran gearbeitet, dass Einsatzverbot der Bundeswehr im Inland auszuhöhlen – und die Anlässe, bei denen dies geschieht, zeigen, dass hier vor allem auch linke Demonstrationen und Proteste im Blickpunkt stehen: „Wir erlebten im Jahr 2007 rund um Heiligendamm einen ganzen Landstrich im Ausnahmezustand. Die Bundeswehr wurde in angeblicher Amtshilfe für die Polizei wie selbstverständlich gegen die massenhaften Proteste gegen den Gipfel in Stellung gebracht: Getarnte Spähpanzer, Hubschrauber, Hunderte bewaffneter Feldjäger und 2.500 Soldaten waren im Demonstrationseinsatz – mit durchaus einschüchternder Wirkung. [...] Auch der Polizeieinsatz zur Absicherung des NATO-Gipfels 2009 in Straßburg ist durch das Militär unterstützt worden (600 Soldaten, Hubschrauber, AWACs, Spürpanzer). An solchen Einsätzen zeigt sich beispielhaft: Die herrschende Sicherheitspolitik, die sich als vernetzte, gesamtgesellschaftliche und globale Aufgabe begreift, gebärdet sich mitunter so, als befänden wir uns hierzulande in einem Antiterrorkrieg, der einen permanenten Ausnahmezustand und entsprechende Notstandsmaßnahmen rechtfertige.“<sup>328</sup>

325 Vgl. Kramer, Helmut: Kriegerjustiz durch die Hintertür, in: Blätter für die deutsche und internationale Politik, 2/2010, S. 5-8; Haid, Michael: Zivile Gerichtsbarkeit und Völkerstrafgesetzbuch. Justiz und Gesetz im Dienst der Kriegsführungsfähigkeit der Bundeswehr, in: Ausdruck, (April 2010), S. 21-23; ders.: Kein Sonderrecht für Soldaten! Zivile Gerichtsbarkeit und Völkerstrafgesetzbuch (Teil II), in: Ausdruck, (Juni 2010), S. 3-5.

326 Bosbach fordert Datei gegen Visa-Missbrauch, Spiegel Online, 02.12.2006.

327 „Trägerische Ruhe“, Frankfurter Allgemeine Zeitung Online, 20.11.2006.

328 Gössner, Rolf: Militärischer Heimatschutz. Neue Sicherheitsarchitektur für den alltäglichen Ausnahmezustand?, in: IMI (Hg.): Krisenmanagement: „Sicherheitsarchitektur“ im globalen Ausnahmezustand, Tübingen 2010, S. 56-62, S. 61.

324 Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP: Wachstum, Bildung, Zusammenhalt, Berlin, 26. Oktober 2009, S. 126.

## 8. Bürgerkrieg – Parzellierung – UN-Protectorat?

Während der Krieg immer weiter eskaliert, scheint, wie bereits mehrfach angedeutet, ein vollständiger Truppenabzug, ungeachtet aller Lippenbekenntnisse, weder bis noch nach 2014 ernsthaft in Betracht zu kommen. Aus Kostengründen und um die westlichen Opfer weitest möglich zu reduzieren, sollen aber dennoch Teile der Truppen abgezogen werden – der Rest verbleibt als „Rückversicherung“ im Land, um bei Bedarf eingreifen zu können, sollten die Dinge „aus dem Rufer“ laufen. Den Großteil der Kampfhandlungen sollen jedoch in Zukunft die afghanische Armee und Polizei schultern, die für diesen Zweck derzeit massiv ausgebaut werden (siehe 6.). Hierdurch wird aber – bewusst - in Kauf genommen, dass das Land mit hoher Wahrscheinlichkeit in einen lang andauernden Bürgerkrieg schlittern wird. Darüber hinaus kursieren im Vorfeld der im Dezember 2011 in Bonn stattfindenden Petersberg-II-Konferenz, auf der die Weichen für die künftige Afghanistan-Politik gestellt werden sollen, allerlei Vorschläge, welche weiteren Maßnahmen nun zu ergreifen seien: Sie reichen von der Überführung des Landes in ein UN-Protectorat bis hin zu seiner Parzellierung.

### 8.1 Nebelkerze Truppenabzug

In Zeiten extrem knapper Kassen verschlingen die über 130.000 am Hindukusch stationierten NATO-Soldaten enorme Summen, weshalb Teile von ihnen schrittweise bis 2014 abgezogen werden sollen. Das Abzugsgerede dient deshalb vor allem dazu, einer zunehmend kritikreichen westlichen Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Inzwischen ist die Katze mehr oder minder aus dem Sack, dass keinerlei Absicht besteht, sich komplett aus dem Land zu verabschieden.

Schon im November 2010 unterzeichneten die afghanische Regierung und die NATO eine Erklärung, in der beide versicherten, „eine robuste und andauernde Partnerschaft zu entwickeln, die die ISAF-Sicherheitsmission komplementiert und nach ihr weitergeht.“<sup>329</sup> Im Februar 2011 hatte der afghanische Präsident Hamid Karzai bei einer Pressekonferenz implizit das amerikanische Interesse an permanenten Militärbasen sowie die Aufnahme von Geheimverhandlungen darüber bestätigt.<sup>330</sup> Im Juni 2011 meldete schließlich der britische *Guardian*, diese Geheimverhandlungen seien weit fortgeschritten, weshalb damit

zu rechnen sei, dass „US-Truppen noch für Jahrzehnte in dem krisengeschüttelten Land bleiben werden.“<sup>331</sup> Ohnehin spricht die US-Regierung lediglich davon, bis 2014 ihre Kampftruppen abziehen zu wollen. Andere Militäreinheiten, Ausbilder der afghanischen Truppen und Spezialeinheiten, sind hiervon explizit ausgenommen. Dies dürfte die entscheidende Hintertür sein, mit der eine dauerhafte Präsenz gewährleistet werden soll, wie ein am 8. Oktober 2011 von *Associated Press* veröffentlichter Bericht bestätigt: „Während sich die meisten amerikanischen Truppen auf einen Rückzug 2014 vorbereiten, [...] deuten jüngste Äußerungen des Weißen Hauses darauf hin, dass die CIA und Spezialeinheiten Al-Kaida jagen und mit den lokalen Kräften zusammenarbeiten werden, noch lange nachdem die meisten US-Truppen das Land verlassen haben. Wenn die afghanischen Truppen 2014 die Führung übernehmen, ‚werden die zurückbleibenden US-Kräfte im Wesentlichen eine Dauerpräsenz mit dem Schwerpunkt auf Terrorbekämpfung darstellen‘, gab der Nationale Sicherheitsberater Tom Donilon an. [...] Sie werden von Teams ergänzt, die auch danach weiter die afghanischen Truppen ausbilden, fügte der Sprecher des Weißen Hauses, Tommy Vietor, hinzu. [...] Hocharrangige US-Offizielle haben davon gesprochen, einen Mix von 10.000 solcher Truppen in Afghanistan behalten zu wollen, was zwischen 20.000 und 30.000 konventionelle Kräfte erfordert, um die Logistik und die Unterstützung zu gewährleisten.“<sup>332</sup>

Konsequenterweise versicherte der jüngst aus dem Amt geschiedene Oberkommandierende der Afghanistan-Truppen, David Petraeus, Ende Juli 2011, für eine Beendigung des NATO-Einsatzes im Jahr 2014 gebe es „keine Garantien“.<sup>333</sup> Auch der deutsche Verteidigungsminister Thomas de Maizière verkündete zeitgleich, er beabsichtige keineswegs, „einseitig eine Zahl des Abzuges zu nennen.“<sup>334</sup> Substantielle Truppenteile werden also noch lange Zeit in Afghanistan stationiert bleiben. Sie sollen von dort die Fähigkeiten zur Machtprojektion in die geostrategisch wichtige, weil ölreiche kaspische Region verbessern und den Fortgang des (Bürger-)Krieges zwischen der Regierung und dem Widerstand beaufsichtigen. Denn abziehen möchten die Besatzer nicht, kämpfen und sterben aber ebenso wenig. Geht es nach den gegenwärtigen Plänen, sollen das zunehmend die Afghanen gefälligst selbst erledigen.

331 Burke, Jason: Secret US and Afghanistan talks could see troops stay for decades, *The Guardian*, 13.06.2011.

332 Spec-Ops and CIA First In, Last Out of Afghanistan, AP, 08.10.2011.

333 Petraeus: „Keine Garantien“ für Afghanistan-Abzug 2014, AFP, 20.07.2011.

334 Bundeswehrrückzug aus Afghanistan von Verbündeten abhängig, *Deutsche Welle*, 19.07.2011.

329 Declaration by the North Atlantic Treaty Organisation (NATO) and the Government of the Islamic Republic of Afghanistan on an Enduring Partnership signed at the NATO Summit in Lisbon, Portugal, 20.11.2010.

330 Vgl. Ditz, Jason: Karzai Admits US Seeks Permanent Military Bases in Afghanistan, *antiwar.com*, 08.02.2011.

## 8.2 Übergabestrategie in Verantwortung?

Die derzeit von der NATO und auch Deutschland verfolgte Strategie wurde von Angela Merkel beschönigend als „Übergabestrategie in Verantwortung“ bezeichnet.<sup>335</sup> Das wesentliche Element davon ist nicht etwa der vollständige Abzug, aber dennoch der Versuch, den Großteil der Kampfhandlungen auf die künftig bereitstehende afghanische Armee und Polizei abzuwälzen (siehe 6.). Das hiermit verfolgte Ziel ist klar: Ein im Dezember 2010 erschienener Bericht des *Center for a New American Security*, eine Denkfabrik mit besten Kontakten zur jetzigen US-Regierung, forderte etwa, man müsse zwar auch nach 2014 Truppen im Land belassen, das Kämpfen sollen aber andere übernehmen: „Diese Verlagerung dient dazu, die größten von der Region ausgehenden Bedrohungen einzudämmen und vitale US-Interessen zu sichern, während sie gleichzeitig nur die minimal erforderlichen Kosten in Form von Truppen, Dollars und Leben verursacht.“<sup>336</sup>

Insgesamt scheint die Strategie zunehmend „Erfolge“ zu zeitigen: Allein zwischen 2007 und Juli 2011 waren die Verluste mit 5.735 afghanischen Soldaten und Polizisten deutlich höher als die der NATO.<sup>337</sup> Insofern ist es mehr als zynisch, wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel schon seit Jahren davon spricht, es sei notwendig, dass die Kampfhandlungen in Afghanistan „Schritt für Schritt ein afghanischeres Gesicht bekommen.“<sup>338</sup> Dies ist umso zynischer, da diese Afghanisierung des Krieges wohl den Bürgerkrieg neu entflammen dürfte. So prognostizierte die *Stiftung Wissenschaft und Politik* im August 2011, für das Land zeichneten sich „durchweg negative Entwicklungsoptionen ab“, ein Bürgerkrieg sei relativ wahrscheinlich.<sup>339</sup> Von einer „Übergabestrategie in Verantwortung“, wie es Merkel formulierte, kann also keinerlei Rede sein. Das voraussehbare Drama wird jedoch offenbar billigend in Kauf genommen - die grusligen Szenarien, was passiert, wenn man diesen Weg weiter beschreitet, liegen bereits auf dem Tisch.

## 8.3 Dauerbürgerkrieg unter westlicher Beaufsichtigung

Das *Center for a New American Security* veröffentlichte ein Papier, in dem drei mögliche Zukunftsszenarien für Afghanistan präsentiert wurden. Unwahrscheinlich, aber möglich, sei eine nachhaltige Stabilisierung des Landes, ebenso

wie der – aus westlicher Sicht – schlimmste Fall, ein Sieg der Widerstandsgruppen über die Karzai-Regierung und die Etablierung neuer, dezidiert anti-westlicher Machthaber. Vermutlich werde die Entwicklung aber in folgende Richtung gehen: „Im wahrscheinlichsten Szenario wird die Obama-Regierung vorsichtig zu einer koordinierten Anti-Terror-Mission übergehen, bei der das alliierte Engagement sich auf das Training der afghanischen Armee, die Durchführung von Präzisionsangriffen aus der Luft und Spezialoperationen am Boden beschränkt. [...] Dieses wahrscheinlichste Szenario erlaubt es den USA und ihren Verbündeten weiterhin Einfluss in Zentralasien auszuüben und eine vollständige Rückkehr der Taliban zu verhindern.“<sup>340</sup> Recht unverblümt wird in dem Dokument zudem beschrieben, was ein solches Szenario für Afghanistan bedeuten würde: „Afghanistan bleibt im Bürgerkrieg zwischen der Regierung in Kabul, die im Wesentlichen von den Politikern und Warlords geführt wird, die das Land zwischen 1992 und 1996 befehligten, und einer entrechteten paschtunischen Gesellschaft im Süden und Osten gefangen.“<sup>341</sup>

Zwar wird in der CNAS-Studie eingeräumt, ein Bürgerkrieg sei von allen denkbaren Entwicklungen für die afghanische Bevölkerung die mit Abstand dramatischste, das scheint die westlichen Strategen jedoch nicht davon abzuhalten, genau diesen Pfad nun einzuschlagen. Erfreulicherweise gibt es aber selbst im US-Militär vereinzelte Stimmen, die sich mehr als deutlich hiergegen aussprechen. So quitierte der US-Militär Matthew P. Hoh, ehemals Oberbefehlshaber der Zivilkräfte der US-Regierung in der afghanischen Provinz Zabul, im September 2009 seinen Dienst. In seinem Rücktrittsgesuch begründete er seine Entscheidung folgendermaßen: „Die Paschtunen haben das Gefühl, seit Jahrhunderten Angriffen innerer wie äußerer Feinde auf ihr Land, ihre Kultur, ihre Traditionen und ihre Religion ausgesetzt zu sein. Die Anwesenheit von US- und Nato-Truppen rechtfertigt den Aufstand in ihren Augen ebenso wie diejenige nicht-paschtunischer Soldaten und Polizisten. Sowohl im Osten als auch im Süden habe ich die Beobachtung gemacht, dass es bei den meisten Kämpfen nicht darum geht, dem weißen Banner der Taliban zum Sieg zu verhelfen, sondern in erster Linie darum, die Besatzungsmacht zu vertreiben und sich gegen die Erhebung von Steuern durch die nicht-repräsentative Regierung in Kabul zu wenden. Die US-amerikanische Militärpräsenz im Land trägt einen großen Teil zur Legitimierung des Aufstandes der Paschtunen bei. Ebenso führt unsere Unterstützung der afghanischen Regierung, wie sie im Augenblick erfolgt, dazu, die Distanz zwischen Regierung und Bevölkerung zu vergrößern. Die Versäumnisse der afghanischen Regierung, vor allem in Anbetracht der von amerikanischer Seite erbrachten Opfer an Menschenleben und Dollar, sind gewaltig und nehmen immer noch weiter zu.“

335 Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zu den aktuellen Ereignissen in Afghanistan, Stenografische Mitschrift des Deutschen Bundestages, 08.09.2009.

336 Barno, David W./ Exum, Andrew: Responsible Transition. Securing U.S. Interests in Afghanistan Beyond 2011, Center for a New American Security, December 2010, S. 6.

337 Vgl. Campbell, Jason H./ Shapiro, Jeremy: Afghanistan Index. Tracking Variables of Reconstruction & Security in Post-9/11 Afghanistan, Brookings Institution, 29.09.2011, S. 14.

338 Der Spiegel, 03.11.2007.

339 Maaß, Citha D./ Ruttig, Thomas: Afghanistan vor neuem Bürgerkrieg? SWP-Aktuell 40, August 2011, S. 1f.

340 Exum, Andrew: Afghanistan 2011: Three Scenarios, CNAS Policy Brief, 22.10.2009, S. 2.

341 Ebd.



Anschließend listet Hoh die Defizite der Karzai-Regierung auf, die von der US-Regierung geschützt wird. Sie zeichne sich u.a. durch „eklatante Korruption und unverfrorene Bestechlichkeit“ aus sowie „einen Präsidenten, dessen Vertraute und Chefberater sich aus Drogenbaronen und Kriegsverbrechern zusammensetzen, die unsere Anstrengungen zur Drogenbekämpfung und zum Aufbau eines Rechtsstaats lächerlich machen.“ Vor diesem Hintergrund kommt Hoh zu dem vernichtenden Fazit: „Unsere Unterstützung einer solchen Regierung in Verbindung mit einem mangelnden Verständnis der wahren Natur des Aufstandes erinnert mich in erschreckender Weise an Süd-Vietnam, wo wir ebenfalls auf Kosten des inneren Friedens unseres Landes eine unbeliebte und korrupte Regierung gegen einen Aufstand unterstützten, dessen nationalistische Dimension wir in arroganter Weise missverstanden, da wir den Konflikt nur vor dem Hintergrund unserer Ideologie des Kalten Krieges begreifen konnten.“<sup>342</sup>

Unter diesen Bedingungen ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sich Afghanistan zu einem totalitären Militärstaat entwickeln wird – aber immerhin zu einem pro-westlichen und das scheint schließlich das Ziel der Übung zu sein. So werden derzeit – von afghanischer Seite nicht finanzierbare – Repressionsorgane in Stellung gebracht, um die Karzai-Regierung gegen den Widerstand im eigenen Land abzusichern. Teils macht sich vor diesem Hintergrund deshalb ein zynischer Fatalismus breit, der einen düsteren Einblick gibt, welche Zukunft Afghanistan wohl bevorsteht. So heißt es etwa in einem Kommentar der *taz*: „Das Maximum, das der Westen in Afghanistan noch erhoffen kann, ist, einen autoritären Potentaten zu hinterlassen, der getreu dem US-amerikanischen Bonmot ‚Er ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn‘, der die Regierung auf prowestlichem Kurs hält. Sicherheitspolitisch könnte das sogar funktionieren, weil dessen Terror sich dann ‚nur‘ gegen die eigene Bevölkerung und vielleicht noch gegen Nachbarstaaten, nicht aber gegen den Westen richtet.“<sup>343</sup>

#### 8.4 Planspiele: UN-Protectorat oder Komplettzerschlagung?

Wie erwähnt, kursieren im Vorfeld der Petersberg-II-Konferenz im Dezember 2011 allerlei Vorschläge für die Neuausrichtung der westlichen Afghanistan-Strategie. Einer davon stammt vom *Institute for Security Studies* (ISS), der wichtigsten hauseigenen Denkfabrik der Europäischen Union. In der Studie „Afghanistan 2011-2014 and beyond“ vom Juni 2011 wird überraschenderweise gefordert, den NATO-Einsatz baldmöglichst zu beenden. Was sich auf den ersten Blick gut und sinnvoll anhört, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als perfider westlicher Versuch, sich des selbstverschuldeten Schlamassels zu entledigen. „Der Schlüssel liegt darin, das, was im Wesentlichen

augenblicklich eine ausländische Militäroperation ist, in einen Friedensbildungseinsatz umzuwandeln, geführt von der afghanischen Regierung sowie den Vereinten Nationen, aber mit Unterstützung, einschließlich militärischer Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, stets jedoch unter zivilem Kommando.“<sup>344</sup>

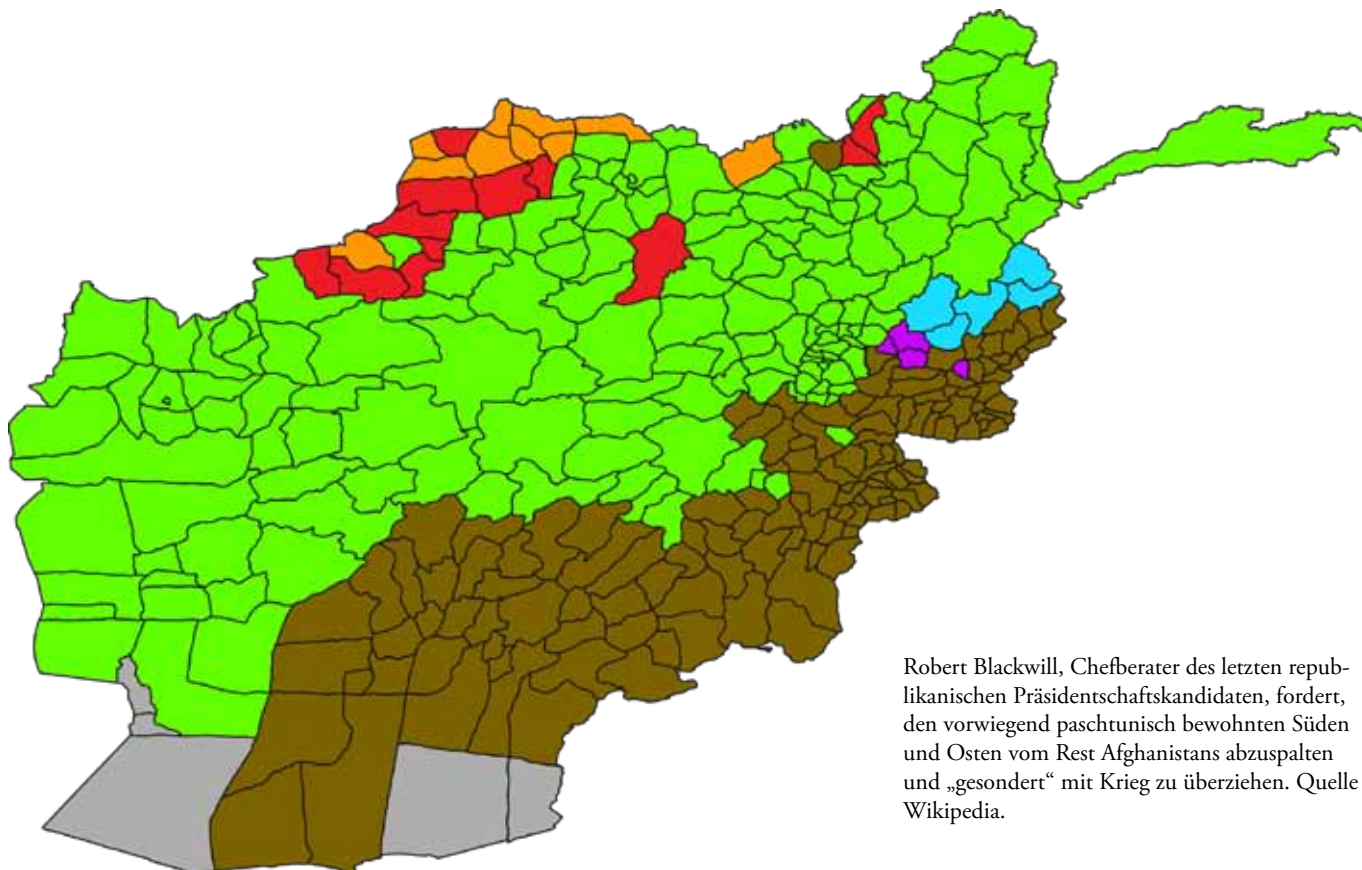
Allerdings steht zu hoffen, dass die Vereinten Nationen sich davor hüten werden, die Suppe auszulöffeln, die sich die NATO selbst eingebrockt hat. Zumindest spricht einiges dafür, dass die Veto-Mächte Russland und China dies zu verhindern wissen werden. Zumal sich die Probleme des Landes nicht dadurch erledigen, dass dann formal unter UN-Kommando und Flagge gekämpft würde. Ein wesentliches Hindernis für die Beilegung des Konfliktes ist das Beharren auf pro-westlichen Machthabern in Kabul sowie das Bestreben, dauerhafte Militärbasen im Land zu unterhalten. Beides macht es unmöglich, einen „Friedensdeal“ mit dem Widerstand auszuhandeln, für den damit zwei rote Linien überschritten sind, doch auch hierfür gibt es „kreative“ Lösungsvorschläge. Verglichen mit den Ideen, mit denen Robert D. Blackwill, der ehemalige Chefberater des letzten republikanischen Präsidentschaftskandidaten John McCain, derzeit hausieren geht, erscheint die ISS-Studie sogar noch regelrecht sympathisch.

Zuerst veröffentlichte Blackwill seine Überlegungen im Juli 2010 im Magazin *Politico*, danach in der *Financial Times* und schließlich in *Foreign Affairs*, der wichtigsten außenpolitischen Zeitschrift der USA. Auch wenn der Krieg gegenwärtig schlecht verlaufe, ein Sieg sei immer noch möglich, so Blackwills Einschätzung. Hierfür müsse aber „die US-Regierung aufhören über Exit-Strategien zu reden, sondern die USA auf die Übernahme einer langfristigen Kampfmission von 35.000 bis 40.000 Mann für die nächsten sieben bis zehn Jahre orientieren.“ Dies allein sei jedoch noch nicht ausreichend, nötig sei darüber hinaus die Parzellierung des Landes in „handliche“ Teile: „Die Aufstandsbekämpfungsstrategie der Obama-Regierung in Afghanistan ist dabei zu scheitern. Angesichts der Alternativen besteht die beste zur Verfügung stehende Politikoption der USA darin, Afghanistan aufzuteilen.“ Ein „Rest-Afghanistan“ solle die nördlichen und westlichen Regionen umfassen und von den mehrheitlich paschtunisch bewohnten Gebieten, aus denen sich das Gros des Widerstands speist, abgespalten werden. Dieses, von Blackwill als „Paschtu-Afghanistan“ bezeichnete Gebilde müsse dann aus der Luft überwacht und mit Krieg überzogen werden: „Der Himmel über dem Paschtu-Afghanistan wäre dunkel von bemannten und unbemannten Flugzeugen der Koalition. Man würde nicht nur nach Terroristen suchen, sondern, soweit erforderlich, auch die neue Taliban-Regierung in all ihren Facetten überwachen. Beamte, Gouverneure, Bürgermeister, Richter und Zöllner würde jeden Morgen aufwachen, ohne zu wissen, ob sie den Tag in ihren Büros überleben.“<sup>345</sup>

342 US-Diplomat tritt zurück. Scharfe Kritik an der Afghanistan-Strategie der US-Regierung, *Wissenschaft & Frieden* 3/2010.

343 Hansen, Sven: Letzte Hoffnung Diktatur, *taz*, 13.09.2009.

344 Peral Luis/ Tellis, Ashley J.: Afghanistan 2011-2014 and beyond: from support operations to sustainable peace, *Institute for Security Studies*, June 2011, S. 3.



Robert Blackwill, Chefberater des letzten republikanischen Präsidentschaftskandidaten, fordert, den vorwiegend paschtunisch bewohnten Süden und Osten vom Rest Afghanistans abzuspalten und „gesondert“ mit Krieg zu überziehen. Quelle Wikipedia.

Allein die einflussreiche Stellung, die Blackwill innerhalb des US-Strategieestablishments einnimmt, verbietet es, seine Pläne als völlig abwegig abzutun. Außerdem ist die Zerschlagung von „Problemländern“ in den letzten Jahren zu einer gängigen westlichen Praxis geworden, sollte keine andere Option bestehen, die eigenen Interessen durchsetzen zu können - siehe etwa den Kosovo und/ oder den Süd-Sudan. Jedenfalls scheint in den derzeit augenscheinlich über inoffizielle Kanäle stattfindenden Geheimverhandlungen zwischen den USA und dem afghanischen Widerstand, eine De-Facto-Teilung des Landes laut einem Bericht der pakistanischen Zeitung *The Express Tribune* angeboten worden zu sein: „Die Vereinigten Staaten haben dem flüchtigen Taliban-Führer Mullah Omar die Kontrolle über den Süden Afghanistans angeboten, sollten sie bereit sein, den Norden den anderen von Amerika beeinflussten politischen Kräften zu überlassen, um den Konflikt zu beenden.“<sup>345</sup> Aus pakistanischen Geheimdienstkreisen hieß es darauf hin, dieses Angebot sei unter Verweis, eine Aufspaltung Afghanistans sei indiskutabel, abgelehnt worden.

Wie weit derartige Überlegungen und Verhandlungen tatsächlich fortgeschritten sind, lässt sich kaum herausfin-

den. Alle zusammen verdeutlichen aber vor allem eines: Der Westen hat zwar keinen Plan, wie er aus dem selbstverschuldeten Schlamassel in Afghanistan herauskommen soll – den verfolgt er aber mit aller Härte!

345 Vgl. Blackwill, Robert D.: A de facto partition for Afghanistan, *Politico*, 07.07.2010; ders.: America must give the south to the Taliban, *Financial Times*, 21.07.2010; ders.: Plan B in Afghanistan, *Foreign Affairs*, Januar/Februar 2011.

346 ISAF strongly rejects report on ceding control of southern Afghanistan to Taliban, *Wakht News Agency*, 14.06.2011.

## Fazit

Inzwischen wird vielerorts die wohl zutreffende Auffassung vertreten, weder die NATO – und schon gar nicht die afghanischen „Sicherheitskräfte“ – seien in der Lage, den Widerstand zu besiegen. Es wird deshalb kein Weg um eine Verhandlungslösung und eine politische Beteiligung der Widerstandsgruppen herumführen – alles andere ist unrealistisch: „Je länger Verhandlungen aufgeschoben werden, desto höher wird letztlich der Preis für die Wiederherstellung des Friedens. Obwohl Verhandlungen schwierige Zugeständnisse und Schwerpunktsetzung mit sich bringen werden, ist eine substanzielle Übereinkunft möglich, die den Krieg beenden würde und für alle betroffenen Parteien akzeptabel wäre. Je eher der Friedensprozess beginnt, desto größer sind die Chancen, dass ein wirklicher Friede erreicht werden kann – vielleicht noch vor 2014.“<sup>347</sup>

Jegliche Aussicht hierfür wird gegenwärtig jedoch durch die Absicht zunichte gemacht, westliche Truppen ad infinitum am Hinduksuch belassen zu wollen. „Verkompliziert wird ein Friedensdeal dadurch, dass die USA offenbar nicht daran denken, ganz abzuziehen, was bisher eine Kernforderung der Taliban ist. [...] Dass 20 000 US-Soldaten in Afghanistan bleiben sollen, sei ‚nur das bescheidenste Szenario‘, schreibt der indische Politiker und Außenpolitik-Experte Shashi Tharoor.“<sup>348</sup> Tatsächlich ist der westliche Truppenabzug eine „Schlüsselforderung der Aufständischen“<sup>349</sup>, die Pläne, in Afghanistan eine militärische Dauerpräsenz einrichten zu wollen, verhindern somit Verhandlungen, die der einzige Weg sind, um aus der gegenwärtigen Eskalationsspirale herauszukommen. Was auch immer exakt und mit welcher Gewichtung hierfür verantwortlich ist – geostrategische Interessen, ökonomisch Bereicherungsabsichten oder der Wunsch, auf Teufel komm raus eine „siegreiche“ NATO-Operation

vorgaukeln zu können, wahrscheinlich ist es von allem ein bisschen - jedenfalls kostet diese Entscheidung unzählige Menschenleben und verursacht unsägliches Leid.

Mit jedem Tag, den die Militärbesatzung länger andauert, sinken die Chancen für eine Verhandlungslösung. Jeder Tag, an dem in Afghanistan weiter gekämpft und getötet wird, wird die Wahrscheinlichkeit eines neuen Bürgerkrieges vergrößern, da die Kluft zwischen den auf Seiten des Westens stehenden Bevölkerungsteilen und denen in den Reihen des Widerstands stetig größer wird.

Ein sofortiger und vollständiger westlicher Truppenabzug ist daher die einzig sinnvolle Forderung. Ein deutscher Abzug wäre wohl definitiv der Anfang vom Ende des NATO-Krieges. Von allein wird sich die Bundesregierung hierzu wohl nicht entscheiden, sie muss „überzeugt“ werden. Das Potenzial hierfür ist da. Etwa zwei Drittel der deutschen Bevölkerung lehnt den Krieg ab. Nun muss es gelingen, diese „demoskopische Friedensbewegung“ (Laura von Wimmersperg) auf die Straße zu bringen, um die Herrschenden von ihrem fatalen Kriegskurs abzubringen. Gelänge dies im Falle Afghanistans, so würde dies auch der gesamten westlichen Kriegspolitik einen schweren Schlag versetzen. Die hierfür u.a. ins Leben gerufene Kampagne „War starts here“ zitiert in ihrem Aufruf aus einem bei *wikileaks* veröffentlichten Report zum Krieg in Afghanistan. In ihm warnt die CIA davor, dass „eine in Frankreich und Deutschland vorhandene passive Ablehnung der Kriegsbeteiligung in eine aktive und politisch bedeutsame Feindschaft umschlagen könnte.“<sup>350</sup> Nun ist es an der Zeit, mit den Protesten gegen die Petersberg-II-Konferenz einen Anfang zu machen, damit sich die Sorge der Herrschenden bewahrheitet!

347 Brahimi, Lakhdar/ Pickering, Thomas R.: Afghanistan. Den Frieden verhandeln, Bericht der Internationalen Task Force für Afghanistan im Auftrag der Century Foundation, Friedrich-Ebert-Stiftung, Mai 2011, S. 10. Vgl. auch Dorransoro, Gilles: Afghanistan: the impossible transition, The Carnegie Papers, June 2011.

348 Möllhoff, Christine: Abzugsbeginn aus Afghanistan wird zum Problem, Der Tagesspiegel, 17.07.2011.

349 Brahimi/Pickering 2001, S. 11.

350 War starts here, URL: <http://www.antifa.de/cms/content/view/1768/>

**TRUPPEN RAUS AUS AFGHANISTAN!**

**SIE REDEN VOM FRIEDEN. SIE FÜHREN KRIEG.**

**PROTESTE GEGEN „PETERSBERG II“  
BONN 03.–05.12.2011**

**3.12 Demonstration (ab 11h30) / 4.12 Anti-Kriegskonferenz / 5.12 Protestaktionen**

